

121104 | A-EM44

OST- EUROPA MARKT

19. Jahrgang

Heft 6

Juni 1939

Zeitschrift des Wirtschaftsinstituts für die Oststaaten
Königsberg (Pr) / Berlin
Herausgeber: Hono Jonas
Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) / Berlin W. 35

INHALTSVERZEICHNIS

Jahrgang 19, Heft 6

Juni 1939

	Seite
Die Deutsche Ostmesse als Instrument der Förderung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu den baltischen Staaten. Von Konsul Hans Jonas, Direktor der Deutschen Ostmesse, Königsberg (Pr)	277
Wohnungsnot und Wohnungsbau in Polen. Von Dozent Dr. habil. P. H. Seraphim, Königsberg (Pr)	280
Die Entwicklung der polnischen Flachswirtschaft in den letzten drei Jahren. Von Dipl. rer. oec. S. Sommer, Rastenburg (Ostpr.)	285
Litauens Wald und seine Nutzung. Von Alfons Scholz, Kaunas	291
Litauens Flachswirtschaft. Von Lothar Johnke	294
Der Eigentumsvorbehalt im lettischen Recht. Von Dr. Reinhard Blasig	297
Die Industrie der Steine und Erden in Lettland	300
Japanische Siedlungspläne in der Mandschurei. Von Johann Newel, Mukden	303
Osteuropäischer Wirtschaftsbrief: Lettland: Die Wirtschaftslage Lettlands im 1. Vierteljahr 1939	308
Osteuropäische Wirtschaftschronik	311
Osteuropäische Messen und Ausstellungen	323
Osteuropäische Märkte und Preise	324
Aus den osteuropäischen Fachzeitschriften	326
Osteuropäische Wirtschaftsliteratur	331

Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Ost-Europa-Markt“ kostet vierteljährlich RM 4.—, Einzelheft RM 1.50. Für das Ausland RM 3.—, Einzelheft RM 1.10.

Herausgeber: Konsul Hans Jonas.

Schriftleitung und Verlag: Königsberg (Pr), Adolf-Hitler-Straße 6/8. Fernruf: Sammelnummer 344 22. Bankkonto: Stadtsparkasse, Königsberg (Pr), Stadthaus. Postscheckkonto: Königsberg 16 675

OST-EUROPA-MARKT

19. Jahrgang

Juni 1939

Heft 6

Die Deutsche Ostmesse

als Instrument der Förderung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu den baltischen Staaten.

Von Konsul Hans J o n a s ,
Direktor der Deutschen Ostmesse, Königsberg (Pr).

Seit zwei Jahrzehnten steht die Deutsche Ostmesse Königsberg, die zum 27. Mal in den Tagen vom 20. bis 23. August dieses Jahres veranstaltet wird, im Dienst der internationalen Ostwirtschaft. Im Jahre 1920 nach dem Zusammenbruch des russischen Zarenreiches mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit den neuentstandenen Oststaaten zu fördern, hat sich die Königsberger Messe zum **Zentralmarkt des Osthandels** entwickelt und diesen Platz von Jahr zu Jahr stärker ausgebaut. Mit einer Beteiligung von 300 ausländischen Ausstellern und mehr als 5000 Besuchern aus zwölf Ländern ist die Deutsche Ostmesse heute Deutschlands zweitgrößte internationale Messe, deren besonders günstige Verkehrsverbindungen zur See, in der Luft und über Land ihr einen weitreichenden Wirkungsbereich erschlossen haben. Zu den Staaten, die sich die Vorzüge der Ostmesse als Verkehrs- und Marktzentrum in den Handelsbeziehungen von und nach dem Osten zunutze gemacht haben, gehören neben den anderen Nord- und Oststaaten seit langem die **baltischen Länder**, von denen Lettland der älteste Aussteller in Königsberg ist, dem Estland und Litauen bald folgten und nun auch schon seit einer Reihe von Jahren alljährlich auf der Ostmesse erscheinen.

Jedes dieser Länder bringt seine Erzeugnisse auf die Messe, um neue Absatzmärkte zu finden und gleichzeitig sich über das Warenangebot für die eigene Bedarfsdeckung zu unterrichten. Sowohl die private Wirtschaft, als auch die staatliche Wirtschaftsführung dieser Staaten entsenden ihre Vertreter und Fachleute nach Königsberg, um sich über den Stand von Angebot und Nachfrage zu informieren und auf den seit Jahren durchgeführten Außenhandelsbesprechungen mit den führenden Persönlichkeiten des in- und ausländischen Wirtschaftslebens zusammenzutreffen. Die Deutsche Ostmesse Königsberg kann sich in diesem Zusammenhang einen beachtlichen Anteil an dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den **baltischen Staaten** zuschreiben, deren lebhaftes Interesse an der Königsberger Messe andererseits auch ihre Einschätzung und Würdigung der Ostmesse als förderndes Instrument des gegenseitigen Handels zum Ausdruck bringt.

Est. A
Tartu Ülikooli
Raamatukogu

28 035

Der Außenhandel Deutschlands mit den baltischen Staaten zeigt in den letzten Jahren dank der natürlichen beiderseitigen Ergänzungen der Wirtschaftsstrukturen eine günstige Entwicklung. Als Agrarstaaten, die sich um den Aufbau einer eigenen Industrie im Rahmen ihrer Nationalwirtschaften bemühen, benötigen die baltischen Staaten in steigendem Maße die Einfuhr von Produktionsmitteln und industriellen Fertigwaren. Diese Einfuhr bezahlen sie mit ihrem Ueberschuß an Rohstoffen und Agrarprodukten. Der Außenhandelsumsatz Deutschlands mit den baltischen Staaten stieg von 85 Mill. RM im Jahre 1934 auf 171 Mill. RM im Jahre 1938, weist also eine Verdoppelung auf.

Die baltischen Staaten befinden sich gegenwärtig in einem Prozeß der Intensivierung sowohl ihrer landwirtschaftlichen als auch der industriellen Erzeugung und eines Ausbaues ihres Verkehrswesens. Die erstarkte Kaufkraft der Bevölkerung der Agrarstaaten im Ergebnis der planmäßig durchgeführten Wirtschaftspolitik läßt gleichzeitig mit den staatlichen Investitionsmaßnahmen mit einem erhöhten Absatz der Landmaschinen-, Kraftfahrzeug- und Produktionsmaschinenindustrie Deutschlands rechnen. Die auf der Warenmustermesse, der Technischen und Baumesse gebotenen, straff nach Branchen gegliederten Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft, ihre neuesten Modelle und technischen Verbesserungen können daher auf ein lebhaftes Interesse bei den Besuchern aus den baltischen Staaten rechnen. Sowohl die Maschinen aller Art zur Verarbeitung und Veredlung der agrarischen Erzeugnisse, als auch die Baumaschinen, die zur Verbesserung und Durchführung der großzügigen Straßenbauten dienen können, sind hier zu nennen. Der Uebergang vom Holzbau zum Massivbau ist weiterhin ein allgemein zu kennzeichnendes Element der Wirtschaftsentwicklung dieser Länder, die den Rohstoff Holz als wichtigen Exportartikel für den Inlandverbrauch einschränken und dafür für den Export freihalten wollen. Die zahlreichen holzsparenden modernen Baustoffe und Bauweisen auf der Baumesse in Königsberg bieten daher dem Fachmann aus den baltischen Staaten Anregungen für die holzsparende Baustoffpolitik seines Landes.

Die Intensivierung der Produktion in den baltischen Staaten und das zunehmende Abströmen der Arbeitskräfte in die Städte hat zu staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes geführt und eine zunehmende Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit erforderlich gemacht. Die Königsberger Ostmesse, im Mittelpunkt einer intensiven Agrarprovinz gelegen, bietet gerade dem Landwirt die Möglichkeit, auf der Landwirtschafts-Ausstellung sich über die neuesten Landmaschinen zu unterrichten und sie sich in Betrieb vorführen zu lassen. Darüber hinaus veranstaltet die Messeleitung zahlreiche Exkursionen für Fachleute auf landwirtschaftliche Musterbetriebe. Hervorzuheben ist weiterhin die klimatische Uebereinstimmung zwischen Ostpreußen und den Ostseeanliegerstaaten, die sowohl bei dem Bezug von Zuchtsaaten, ebenso wie von

Zuchtrassen der berühmten ostpreußischen Hochzuchten eine wesentliche Voraussetzung für die Verpflanzung in das andere Land bietet.

Der zunehmende Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch die Maschinen läßt auch der Elektrifizierung zunehmende Aufgaben zukommen. Die rationelle Anwendung von Elektrizität und Gas in Industrie, Landwirtschaft und Haushalt zeigt die spezielle Gas- und Elektrizitätsausstellung mit zweckentsprechenden Geräten. Dieses umfassende Warenangebot unter Berücksichtigung der aktuellen Wirtschaftsprobleme der Ostseeländer, läßt die Deutsche Ostmesse als berufenen Lieferanten für den Bedarf der sich industrialisierenden Nachbarstaaten erscheinen.

Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für die wichtigsten Exportwaren der baltischen Staaten bildet die Grundlage für den stetig zunehmenden Warenaustausch, zu dessen Steigerung die Deutsche Ostmesse beitragen konnte. So bezog Deutschland im Jahre 1938 für rd. 90 Mill. RM Waren aus den drei baltischen Staaten, davon allein für 46 Mill. Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft, und zwar vor allem Butter, Eier, Hülsenfrüchte, Sämereien, Obst, Därme und für 37 Mill. Rohstoffe und Halbwaren für die gewerbliche Wirtschaft (Flachs und Hanf, unbearbeitete Felle, Holz und Holzmasse, Bau- und Nutzholz, Schnittholz, Brennschieferöle, Furnier- und Sperrholz u. a. m.). Die rückläufige Entwicklung der Konjunktur im Auslande gegenüber dem anhaltenden Ausbau der deutschen Wirtschaft läßt die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes weiter an Bedeutung gegenüber der Einfuhrschrumpfung auf den Weltmärkten für seine Handelspartner gewinnen.

Wie gesagt, ist es bereits zur Tradition geworden, daß die baltischen Staaten sich an der Deutschen Ostmesse beteiligen. Bei ihren Ausstellungen handelt es sich nicht um allgemein propagandistische Länderschauen — sondern um eine Werbung für die eigenen Landeserzeugnisse in einem aufnahmefähigen und kaufkräftigen Wirtschaftsraum. Die bevorstehende 27. Deutsche Ostmesse zeigt bereits wieder eine lebhaftere Interessennahme des Auslandes und darunter insbesondere auch der baltischen Länder. Die laufende Anpassung der Handelsbestimmungen an die Marktbedürfnisse der beteiligten Länder hat günstige Voraussetzungen für die praktische Geschäftstätigkeit und steigende Umsätze im Außenhandelsverkehr mit den baltischen Staaten geschaffen. Hierdurch hat auch die führende deutsche Messe des Ostens, der die besondere Förderung der Beziehungen zu den baltischen Staaten obliegt, an Bedeutung gewonnen. Man darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß gerade auch die 27. Deutsche Ostmesse zu einer Vertiefung und einem Ausbau der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den langjährigen Ausstellerstaaten Estland, Lettland, Litauen beitragen und den Wirtschaftskreisen der genannten Länder zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten und Anregungen aller Art vermitteln möge.

Wohnungsnot und Wohnungsbau in Polen.

Von Dozent Dr. habil. P. H. S e r a p h i m, Königsberg (Pr).

Trotzdem Polen sowohl über einen Ueberfluß an Arbeitskräften als auch über Baustoffe, insbesondere Holz, verfügt und trotzdem auch in der Nähe der meisten Großstädte keine Knappheit an verfügbarem Baugelände vorhanden ist, gehört es zu denjenigen Ländern Europas, in denen die Wohnungsnot am stärksten und krassesten hervortritt. Es ist das eine Folge davon, daß die Bevölkerungsentwicklung in Polen die Richtung einer außerordentlichen Verstädterung angenommen hat. Der Grund liegt einmal in der ländlichen Uebersetzung, die durch fortgesetzte Realteilungen zu einer Bodenzersplitterung besonders in den südlichen und mittleren Landesteilen Polens geführt hat. Dieses Zuviel an landwirtschaftlichem Nachwuchs strebt den Städten zu und wir erkennen tatsächlich einen außerordentlich schnellen Wachstumsprozeß gerade der größeren und Großstädte Polens. Sie stieg, um nur einige Beispiele heranzuziehen, die Bevölkerungszahl Warschau von 383 000 im Jahre 1880 auf 781 000 im Jahre 1910 und 1,23 Mill. 1937, die Bevölkerung Lodzs von 100 000 auf 408 000 und 653 000 in den gleichen Jahren. In Mittelpolen stiegen ferner die Bevölkerungsziffern von Czenstochau von 25 000 auf 80 000 und 133 000, von Sosnowitz von 25 000 auf 99 000 und 121 000, die von Lublin von 44 000 auf 66 000 und 116 000 in den gleichen Stichjahren. Auch in den Westgebieten des Landes hat die Großstadtbildung erhebliche Fortschritte gemacht. So stieg die Bevölkerungszahl in Posen von 1880—1910 von 66 000 auf 157 000 und bis 1937 auf 265 000, die von Kattowitz von 13 000 auf 43 000 und 132 000, die von Bromberg von 34 000 auf 58 000 und erneut sehr stark bis 1937 auf 133 000. Gdingen, das im Jahre 1921 nur eine Bevölkerung von 3 000 Personen aufwies, zählte 1937 101 000 Einwohner.

Der Prozeß der Anfüllung der Städte wird durch die Landabwanderung, durch die relativ hohe natürliche Bevölkerungsvermehrung gefördert. Bei einer Gesamtbevölkerung von 34 Mill. am 1. Januar 1937 rechnet man mit einem natürlichen Bevölkerungszuwachs von 400 000 Menschen jährlich. Wenn auch in den letzten Jahren sichtbar die Tendenz eines Sinkens der natürlichen Bevölkerungszunahme, insbesondere eines Rückganges der Geburtenziffern, erkennbar ist, so liegt der natürliche Bevölkerungszugang in Polen doch noch erheblich höher als in den meisten mittel- und westeuropäischen Ländern.

Eine solche Entwicklung einer Aufblähung der Städte und Steigerung der Einwohnerzahl besonders der Großstädte hätte eine planmäßige städtische Baupolitik nötig gemacht, wenn nicht schwere Schäden sozialer und gesundheitlicher Art für die ständig wachsende Bevölkerung der Städte auftreten sollten. Es kann festgestellt werden, daß Polen zur Behebung dieser Schwierigkeiten durch Einsatz einer

planmäßigen Wohnungsbau- und Siedlungspolitik

in den Außenbezirken der Städte ganz außerordentlich wenig getan hat. Zwar wurde schon im verfassungsgebenden Sejm ein Gesetz

über die Schaffung eines staatlichen Wohnungsfonds angenommen (Gesetz vom 3. Februar 1920), das die Schaffung kleiner, billiger und hygienischer Wohnungen gerade für die städtische Bevölkerung Polens als Ziel aufstellte. Die bereitgestellten Mittel waren aber so gering, daß im Jahre 1919/20 nur 6 000 Wohnungen auf Grund der zugewiesenen Staatsmittel erstellt wurden. Nachher hörte die Wohnungsbautätigkeit auf Grund der staatlichen Förderung des Wohnungsfonds völlig auf. Ueber das Stadium der Diskussionen ist Polen in den folgenden Jahren auf dem Gebiet der Wohnungsfrage nicht herausgekommen. Zwar wurde am 29. April 1925 ein Gesetz über den Ausbau der Städte erlassen, das 1937 und 1936 novellisiert wurde. Doch unterblieben Ausführungsbestimmungen und, was das wichtigste war, Mittelzuweisungen, die den dringend notwendigen Wohnungsbau heben und in Gang setzen konnten. Ebenso blieben zwei Wohnungsbauprojekte der Regierung von 1929 und 1930 und ein Wohnungsbauplan des Verbandes polnischer sozialistischer Abgeordneter im Jahre 1929 ohne jede praktische Wirkung. Eine gewisse Bedeutung für den Wohnungsbau erhielt erst im April 1934 die vom Staat neu gegründete Gesellschaft für Arbeitersiedlung (Towarzystwo Osiedli Robotniczych). Diese Gesellschaft wurde als G. m. b. H. aufgezogen, die Gesellschafter waren die Landwirtschaftsbank, die Direktion der polnischen Staatsforstverwaltung, der Arbeitsfonds und der Sozialversicherungsverband. Im Laufe von vier Jahren hat die (abgekürzt TOR) Gesellschaft insgesamt 7 243 Wohnungen erstellt, und zwar teilweise indem die Gesellschaft selbst als Bauherr auftrat, teilweise indem sie Kredithilfe für den Arbeiterwohnungsbau geleistet hat. Für die Erstellung dieser 7 243 Wohnungen hat die Gesellschaft 31,3 Mill. Zl. aufgewendet, Mittel, die ihr in Form einer Dotation seitens des Arbeitsfonds zur Verfügung gestellt wurde.

Neben dieser Bautätigkeit ist noch die direkte staatliche Bautätigkeit zu erwähnen. Sie bezieht sich hauptsächlich auf Erstellung kleinerer Wohnungen, insbesondere von Dienstwohnungen für staatliche Beamte. In den Jahren 1918 bis 1928 sind insgesamt 1 102 Gebäude errichtet worden, vor allem liegen sie in Warschau und verstreut in den Ostgebieten Polens, in der Hauptsache in der Grenzzone, wo sie also dem Zolldienst und dem Grenzkorps zugute kommen. Einen ähnlichen Charakter haben die von der Heeresverwaltung durchgeführten Bauten, die durch den sogenannten Heeresquartierfonds gespeist werden und für verheiratete Offiziere und Unteroffiziere Wohnraum zur Verfügung stellen.

Eine wesentlich größere Bedeutung als Bauherr kommt dem Verband der Sozialversicherungsanstalten Polens zu. Im Dezember 1929 beauftragte das Wirtschaftskomitee beim Ministerrat den Verband der Sozialversicherungsanstalten, seine Kapitalien im Wohnungsbau festzulegen. Vorgesehen war dabei eine Aufwendung von 25 Mill. Zl. jährlich. Als Ziel sollte die Erstellung billiger Wohnungen für Arbeiter und Angestellte angestrebt werden. Bis 1933 hat der Verband der Sozialversicherungsanstalten tatsächlich eine gewisse Bautätigkeit entwickelt, wenn auch bei weitem nicht die in Ansatz gebrachte Summe verbraucht wurde. Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise wurde dem Verband

die Festlegung flüssiger Kapitalien im Wohnungsbau jedoch zu schwierig und 1933 wurde die neue Bautätigkeit wieder eingestellt. Insgesamt gelang von 1930—1933 die Erstellung von 4 321 Wohnungen mit ungefähr 10 000 Räumen. An erster Stelle wurde die Neubautätigkeit in Warschau betrieben, wo insgesamt 931 Wohnungen durch den Verband gebaut wurden. An zweiter Stelle steht Gdingen mit 699, ferner Sosnowitz, wo die Wohnverhältnisse besonders ungünstig waren, mit 545 und an vierter Stelle Lodz mit 490 durch die Sozialversicherung gebauten Wohnungen.

Mit dieser Uebersicht ist die Neubautätigkeit im Laufe der letzten 20 Jahre in Polen erschöpft. Insgesamt ergibt sich eine Zahl von 18 700 Wohnungen, die in den Jahren 1918—1938 in Polen mit Staats- oder Sozialhilfe gebaut wurden. Wenn man die nicht genau ermittelbare Zahl der Bauarbeiten der Heeresverwaltung nimmt, ergibt das einen Jahresdurchschnitt von knapp 1000 Wohnungen, die auf diese Weise als Zugang zu buchen sind.

Eine gemeindliche Wohnungsbautätigkeit ist in Polen so gut wie gar nicht vorhanden. Wo solche Versuche gemacht wurden, hat man sie mit Einsatz der Wirtschaftskrise im Jahre 1929/30 schleunigst aufgeben müssen. Nur in Warschau hat die Stadt in etwas größerem Umfang Wohnräume erstellt, doch auch hier ist der Zugang von annähernd 5000 städtischen oder durch Stadtkredite geschaffenen Wohnungen gemessen an dem gerade hier so außerordentlich stark steigenden Wohnungsbedarf überaus gering. In Posen, Bromberg und Kattowitz hat die städtische Verwaltung gleichfalls Wohnräume geschaffen, aber in der Hauptsache beschränken sich diese Bauvorhaben auf die Schaffung von Wohnungen für städtische Beamte und Angestellte, während die breiten Massen der Fabrikarbeiterbevölkerung auf den freien Wohnungsmarkt bzw. auf Werkwohnungen angewiesen blieben.

Der Bau von Werkwohnungen ist in Polen eigentlich nur im Gebiet von Ostoberschlesien planmäßig gefördert worden, wo die großen Unternehmungen wie Henkel Donnersmark, Friedenshütte, Bismarckhütte und Vereinigte Kattowitzer und Laurahütte u. a. m. zum Teil in den Zeiten der günstigeren Konjunktur (bis 1930) den Bau von Werkwohnungen betrieben haben. In Galizien, Kongreßpolen und Ostpolen ist dagegen die Erstellung solcher Werkwohnungen, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, fast ganz unterblieben. Die private Bautätigkeit schließlich konzentrierte sich weit mehr auf den Bau von größeren Ertrag bringenden Wohnungen, und zwar vor allem in den sogenannten besseren Stadtvierteln. Gerade in Warschau ist hier eine rege Neubautätigkeit entfaltet worden, zumal für polnische Verhältnisse unerhört hohe Mietzinse von 150—250 Zl. monatlich für eine 3- bis 4-Zimmerwohnung einen starken Anreiz zur Vermehrung der Bautätigkeit bildeten. Der Kleinwohnungsbau spielt dagegen bei der privaten Wohnungsbautätigkeit eine weit geringere Rolle.

Die Gesamtzahl der verfügbaren Wohnungen in Polen wird nach der Volkszählung von 1931 mit 6,4 Mill. mit 11,8 Mill. Zimmer beziffert. Davon entfallen auf die Städte 1,93 Mill. Wohnungen mit 4,23 Mill. Zimmern, und zwar auf die Städte über 20 000 Einwohner 1,22 Mill. Wohnungen mit 2,72 Mill. Zimmern, auf die Kleinstädte 707 000

Wohnungen mit 1,51 Mill. Zimmern und auf das Land 4,47 Mill. Wohnungen mit 4,48 Mill. Zimmern.

Ein wirklicher Einblick in den

Stand der Wohnungsnot

in Polen kann auf Grund eines internationalen Vergleichs gewonnen werden. Als charakteristisch stellt sich dabei heraus, daß in Polen der Typ der Kleinstwohnungen ganz entscheidend für den Charakter der Wohnungen überhaupt ist. 68,7 % aller Wohnungen Polens sind 1- bis 2-Zimmerwohnungen, während in England nur 17,2 %, in Deutschland 19,2 % aller Wohnungen solche Kleinstwohnungen sind. Insgesamt betrug der Anteil der 1-, 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen an der Gesamtzahl der Wohnungen (in %):

	Polen	England	Deutschland
1-Zimmer-Wohnungen	36,5	4,7	3,1
2-Zimmer-Wohnungen	32,2	12,5	16,1
3-Zimmer-Wohnungen	16,9	24,0	29,6
4- u. mehr Zimmer-Wohn.	14,1	62,2	51,2

Die Gegenüberstellung dieser Ziffern zeigt das völlig entgegengesetzte Verhältnis in der Aufteilung des Wohnraumes nach kleinsten und größeren Wohnungen.

Mit dem Ueberwiegen der Kleinstwohnungen hängt die Ueberfüllung der Einzelwohnungen auf das innigste zusammen. Im polnischen Staatsdurchschnitt kommen doppelt so viel Bewohner auf eine Einzimmerwohnung als im deutschen und englischen Durchschnitt. Insgesamt betrug die Zahl der Personen je Zimmer:

	Polen	England	Deutschland
1-Zimmerwohnung	3,85	1,9	1,8
2-Zimmerwohnung	2,25	1,5	1,5
3-Zimmerwohnung	1,6	1,2	1,2
4-Zimmerwohnung	1,1	1,5	0,98

Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Unterschiede der Wohnverhältnisse in den einzelnen Gebietsteilen Polens außerordentlich groß sind, die gegebenen Durchschnittsziffern somit keineswegs als typisch bezeichnet werden können. So wohnen beispielsweise in Posen 4,4 % der Bevölkerung der Stadt in Einzimmerwohnungen, in den nördlichen Stadtbezirken Warschaws dagegen 24 %, in der Innenstadt von Lodz 42,4 %. Weitaus am ungünstigsten sind die Wohnverhältnisse in Mittelpolen, aber auch in den südlichen Landesteilen ist die Zusammendrängung der Bevölkerung in kleine 1- bis 2-Zimmerwohnungen und die Ueberfüllung der Wohnräume mit sechs, sieben und acht Personen je Zimmer weit verbreitet. Außerordentlich interessant ist, daß man an Hand der polnischen Statistik, und zwar des Vergleichs der beiden Zählungen 1921 und 1931 die Feststellung machen kann, daß der mangelhafte Zugang an Neubauwohnungen eine starke Verschlechterung des gesamten Wohnbildes ergibt: während beispielsweise in Mittelpolen 1921 38,9 % der Bevölkerung in Einzimmerwohnungen lebte, so waren es 1931 43,4 %. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in den anderen Landesteilen festzustellen. Bezeichnend ist übrigens auch, daß in Westpolen im Laufe von 20 Jahren seiner Zugehörigkeit zum polnischen Staat in seinem Wohnungswesen ein Rückschritt zu ver-

zeichnen ist. Insgesamt betrug der Anteil der Bevölkerung an den einzelnen Wohnungsgruppen (1-, 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen) in Polen in den Jahren 1921 und 1931 (in %):

	1-Zimm.-Wohn.		2-Zimm.-Wohn.		3-Zimm.-Wohn.		4-Zimm.-Wohn.	
	1921	1931	1921	1931	1921	1931	1921	1931
Polen ges.	29,8	31,9	30,7	32,8	18,8	18,3	20,7	16,8
Mittelpolen	38,9	43,4	30,0	33,0	15,2	13,7	13,9	9,8
Ostpolen	19,8	21,8	22,3	26,3	23,8	25,2	34,1	36,4
Westpolen	10,2	12,7	25,7	32,8	25,8	25,9	38,3	28,4
Südpolen	28,7	29,0	27,2	39,0	18,0	17,4	16,1	13,5

Aus dieser Tabelle geht die deutliche Verschiebung in der Richtung einer Verschlechterung des Wohnungsniveaus der großen Masse der Bevölkerung Polens hervor. Die gleiche Tendenz finden wir bei einer Untersuchung der durchschnittlichen Belegung der einzelnen Wohnungsgruppen. Entsprechend hat sich auch der relative Anteil der Kleinwohnungen an der Gesamtzahl aller Wohnungen in allen Landesteilen Polens erhöht. So waren 1921 in Zentralpolen 45,6 % aller Wohnungen Einzimmerwohnungen, 1931 47,5 %, in den Ostgebieten Polens 24,6 bzw. 25,7 % und in Westpolen 15,1 bzw. 17,4 %. Lediglich in den Südwojewodschaften ist ein Stillstand der Entwicklung festzustellen.

Um zu ermessen, was diese Wohnungszusammendrängung sozial gesehen bedeutet, muß man an die

völlig ungenügenden sozialen und hygienischen Zustände

der Wohnungen in allen Teilen Polens mit Ausnahme der ehemals deutschen Gebietsteile denken. Die Angabe spricht für sich, daß in den nördlichen Altstadtteilen Warschaws vor allem in dem jüdischen Ghetto ein Drittel, in der Lodzer Innenstadt, die gleichfalls ausschließlich von Juden bewohnt wird, kaum ein Fünftel der Wohnungen eigene Abortanlagen besitzen. Die Zusammendrängung mehrerer (zwei bis drei Familien) in solchen Einzimmerwohnungen, die Benutzung von Wohnungen, die baupolizeilich als unbewohnbar bezeichnet werden, insbesondere die Heranziehung von Kellergelassen zu Wohnzwecken, sind überdies häufige Erscheinungen. Erwägt man schließlich, daß gerade in Warschau der Hauptteil der von der jüdischen Händlerbevölkerung oder der polnischen Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadtteile in einem freudlosen Hochhausstil der Vorkriegszeit mit fünf bis sechs Hinterhöfen erbaut ist und Grünanlagen in der Nähe der Häuser fehlen, daß in dem gesamten Gebiet der Innen- und Nordstadt Lodzs (600 000 Einwohner) eine Kanalisation auch heute noch fehlt, daß unabgeputzte, verschmutzte und vom Rauch der Fabrikschornsteine geschwärzte Mietskasernen in Orten wie Bendzin, Sosnowitz oder Dambrowa die städtische Siedlung ausmachen, so sieht man die ganze Trostlosigkeit und gleichzeitig die sozialpolitisch notwendigerweise auftretenden negativen Rückwirkungen dieser Wohnungslage in Polen. Dazu kommt noch, daß gerade in den Großstädten der Industriegebiete (Sosnowitzer Industriegebiet) im Gegensatz zu Ostoberschlesien, wo die Verhältnisse wesentlich günstiger liegen, ferner in Warschau und Gdingen die Mietpreise sehr hoch geschraubt sind. Die Hauseigentümer sind zudem außerordentlich häufig Juden, die die mangelhaften Bestimmungen eines Mieterschutzes in

Polen zu einer rücksichtslosen Heraufsetzung der Mieten ausnutzen. Es ist bezeichnend, daß beispielsweise in der Hauptverkehrsstraße Lodzs, die die ganze Stadt von Norden nach Süden durchzieht, 72 % des Hauses in jüdischer Hand ist, daß in einer weiteren wichtigen Straße der Stadt, der Pilsudski-Straße, von 76 Häusern 71 Juden gehören. Für Warschau wissen wir durch die hypothekarischen Beleihungen, daß beispielsweise am 1. Januar 1939 1719 nicht jüdische und 1317 jüdische Grundstücke hypothekarisch beliehen wurden.

Auch bei den neu erstellten Wohnungen, selbst soweit der Staat an ihnen beteiligt ist, sind die Mietpreise für polnische Verhältnisse, insbesondere für die Einkommensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung, außerordentlich hoch und gehen bis zu 30 Zl. für eine 1½- bis 2-Zimmerwohnung.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Wohnungsbau in Polen auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung keineswegs Rücksicht genommen hat, daß diese Bevölkerung vielmehr in kleinen und Kleinstwohnungen bei Fehlen jeglichen Komforts zusammengedrängt wird und daß gesundheitliche und sittliche Rückwirkungen negativer Art aus dieser Wohnungsnot sich ergeben müssen.

Die Entwicklung der polnischen Flachswirtschaft in den letzten drei Jahren.

Von Dipl. rer. oec. S. Sommer, Rastenburg (Ostpr.).

Anbaufläche.

Die seit 1933 sich erweiternde Flachs-anbaufläche behielt auch in den letzten Jahren eine steigende Tendenz:¹⁾

1936 = 133 700 ha

1937 = 145 600 „

1938 = 147 900 „

Die Zunahme des Anbauareals betrug demnach 1936/37 = 9 % und 1937/38 = 1,5 %, erreichte also bei weitem nicht das in Polen als „ideal“ vorgesehene Tempo von 20 % jährlich. — Die größte Erweiterung der Saatfläche zeigten nach wie vor die Wojewodschaften Nordostpolens (in ha):

Tab. 1	Flachs-anbaufläche Nordostpolens ²⁾ .			
	Wojewodschaft	1936	1937	1938 ³⁾
	Gesamt-Polen	133 700	145 600	147 900
	davon:			
	Wilna	33 600	39 000	39 000
	Nowogrod	17 600	20 700	22 200
	Białystok	15 200	15 800	16 900
	Polesien	14 100	14 800	15 000
	Nordöstl. Wojewod-			
	schaften zusammen	80 500	90 300	94 000
	%-Anteil an der Flachs-			
	anbaufläche Ganz-			
	polens:	60,2 %	62,0 %	63,5 %

¹⁾ Vergl. „Ost-Europa-Markt“, Jg. 1936, Heft 10 (Oktober).

²⁾ Prof. Dr. Jagmin, Stan i przyszłość Iniarstwa na ziemiach Północno-Wschodnich, Wilna 1938.

³⁾ Persönliche Angaben von Prof. Jagmin.

Diese Tabelle zeigt, daß das Schwergewicht des polnischen Flachsbaues im Nordosten liegt¹⁾ mit 63,5 % der Fläche, die überhaupt in Polen mit Flachs bebaut wird.

Daß die Flachsanbaufläche nicht in dem gewünschten Umfange sich erweitert, ist auf die unklare Marktlage im In- und Auslande zurückzuführen. Denn der Flachsbau ist ja auch eine Preis- und Rentabilitätsfrage für den Erzeuger, der infolge der in früheren Jahren erlittenen Rückschläge vorsichtig geworden ist.

Der Flachsexport.

Ein Teil der polnischen Flachsernte findet Absatzmöglichkeit im Auslande. Die Ausfuhr hat sich seit 1934 stetig aufwärts entwickelt, und die Exportquote betrug in den Jahren 1936 und 1937 sogar 40 % der Gesamternte und darüber. Hauptabnehmer für polnischen Flachs waren England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien, die Tschecho-Slowakei und Ungarn. Die Entwicklung der Flachsausfuhr Polens in den einzelnen Jahren zeigt nachstehende Tabelle, der außerdem zum Zwecke des Vergleichs die Exportziffern der anderen osteuropäischen Flachsbauländer hinzugefügt sind (in t):

Tab. 2	Flachsausfuhr ²⁾ .					
	1932	1934	1935	1936	1937	1938
Polen	6 300	7'300		14 000	17 400	10 300
Baltische Länder	26 900	26 200	25 700	30 000	22 600	—
UdSSR	115 000	80 000	65 000	45 000	34 500	—

Der Grund für die stete Erweiterung der Ausfuhr ist aus der Zusammenstellung offensichtlich; er liegt in der allgemein besseren Konjunktur für Fasern, hervorgerufen vor allem durch das Verschwinden des russischen Flachses vom Weltmarkt. Dieser Rückgang belief sich im Jahre 1937 gegenüber 1932 um 80 500 t oder 70 %. Die so auf dem Weltmarkt entstandene Lücke nutzte Polen für sich in günstiger Weise aus, um seine Flachsausfuhr zu steigern.

Fast zu gleicher Zeit aber gingen die westeuropäischen Länder dazu über, den Flachsanbau im eigenen Lande zu heben. Deutschland beispielsweise ist bereits in der Lage, etwa 50 % des Landesbedarfs an Flachs aus eigener Erzeugung zu decken. Ferner streben der Selbstversorgung mit Fasern Frankreich und die Tschecho-Slowakei zu. Die rapide Aufwärtsentwicklung der Flachswirtschaft in den westeuropäischen Ländern zusammen mögen nachstehende Zahlen veranschaulichen:

1) Vergl. Karte über „Flachsproduktionsgebiete in Polen“ in „Die Ostwirtschaft“ Jg. 1936, Heft 10, S. 150.

2) Jagmin, „Perspektywy zasiewów lnu“, „Przegląd Lniarski“, Jg. 1937, Heft 1, S. 5 und persönliche Angaben des Direktors der Flachsforschungszentrale, Wilna.

Seit langem mit Interesse und Ungeduld erwartet
erscheint soeben

Band 4 (Schlußband) zu Karl Stählin

Geschichte Rußlands von den Anfängen bis zur Gegenwart

Von Alexander II. bis zum Untergang des Zarenreiches

Band 4 umfaßt 2 Teilbände: Gr. 8°, XX und 1136 Seiten mit 6 Karten,
2 Stammtafeln und 59 Seiten Personenverzeichnis für das Gesamtwerk.

Kartoniert 40.— RM., in Halbleinen gebunden 45.— RM.

Beide Teilbände und das Personenverzeichnis werden nur zu-
sammen abgegeben. Teilzahlungen können mit den Buchhand-
lungen vereinbart werden.

Früher erschienen:

Bd. 1: Gr.-8°, 440 Seiten u. 3 Kartenbeilagen, Kart. 7.65 RM., Halbleinen 9.90 RM.

Bd. 2: Gr.-8°, 764 Seiten u. 2 Kartenbeilagen, Kart. 18.— RM., Halbleinen 21.60 RM.

Bd. 3: Gr.-8°, 554 Seiten u. 2 Kartenbeilagen, Kart. 13.50 RM., Halbleinen 16.— RM.

Umfassende und außergewöhnlich anerkennende Beurteilungen in den
bedeutendsten Tageszeitungen und den wichtigsten historischen und
kulturpolitischen Zeitschriften des In- und Auslandes haben seit andert-
halb Jahrzehnten das Erscheinen des großen Werkes mit gespannter Auf-
merksamkeit begleitet und seine baldige Vollendung nachdrücklich ge-
wünscht. Denn auch für die umwälzende Erscheinung des Bolschewis-
mus „ist die Kenntnis der russischen Geschichte in den vorhergehenden
Jahrhunderten unentbehrlich und in der von Professor Stählin gebotenen
Form geradezu vollendet“ (Otto Mohndorf in der Deutschen Allgemeinen Zeitung).

„Mit Stählins Werk ist dem beschämenden Zustand ein Ende gemacht,
daß die deutsche Geschichtswissenschaft nach Hermann-Strahl (1832—
1866) keine einzige nennenswerte Gesamtdarstellung der Geschichte Ruß-
lands hervorgebracht hat!“ (Archiv für Kulturgeschichte).

Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) / Berlin W 35

Der das große und bedeutende Werk abschließende vierte Band behandelt Zustände und Ereignisse, welche unsere älteste Generation wenigstens seit den siebziger Jahren mehr oder minder bewußt miterlebte. Klärung und Einordnung der unheilverkündenden Zeitläufte in den Ablauf der allgemeinen europäischen Geschichte blieb die große Aufgabe der Gegenwart. Wiederum zeigt sich Stählin als der wahrhaft mit allen Gebieten des russischen Lebens und Staates umfassend vertraute Historiker, der die tragischen letzten Jahrzehnte des untergehenden Zarenreiches an Hand eines wieder in reichster Fülle vorhandenen Quellenmaterials in den verschiedenen und komplizierten Phasen der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschaft und der Kultur plastisch zu gestalten weiß. Ein Rückblick auf die Zeit Nikolaus I. leitet zu dem tiefen Einschnitt der Reformen Alexanders II. und den Anfängen der revolutionären Opposition über. Polenaussstand und erstes Kaiserattentat führen zur Beschneidung des Reformwerkes, während die Panslawisten den Türkenkrieg entzünden. Alexander III. verwirft das vom Vater noch am Tage seiner Ermordung genehmigte Verfassungsprojekt, führt im Innern eine energische Reaktion durch und schließt nach der deutschen Kündigung des Rückversicherungsvertrages die Allianz mit Frankreich. Mit der Thronbesteigung des zur Regierung unvorbereiteten Nikolaus II. und seiner an der unumschränkten Selbstherrschaft für den Sohn und Erben krampfhaft festhaltenden Gemahlin, die seit Rasputins Auftreten nur noch pathologisch ganz zu verstehen ist, beginnt eine Tragödie von grandiojen Ausmaßen. Zwar gelingt die Niederwerfung der durch den Krieg mit Japan ausgelösten ersten Revolution, und Witte leitet noch die Dumaverfassung ein. Stolypins neues Wahlverfahren und seine Agrarreform erwecken sogar noch einmal starke Hoffnungen auf eine große Zukunft des regenerierten Staates. Der Weltkrieg hat sie zunichte gemacht. Aus den Frontniederlagen und den neuen Innenkämpfen zwischen bürokratischer Routine und öffentlicher Meinung ist die zweite Revolution entstanden, die nur die Überleitung zur dritten, der bolschewistischen, bildet.

Einige Ausschnitte aus der Fülle der Presseurteile:

„Die Einstellung des Historikers von Instinkt . . . Es mag sein, daß es gut ist, wenn man nicht dem Volke angehört, dessen Geschichte man schreibt; freilich muß man dann diese Geschichte ebensogut mit dem Herzen kennen, wie ein Glied dieses Volkes selbst. Stählin hat diese Kenntnis, das fühlt man in jeder Zeile . . . Noch ein großer Vorzug ist der Darstellung Stählins eigen: das vielfarbige Gemälde, das er von dem russischen geistigen Leben gibt, ist von einer Plastik, wie sie selten erreicht wird . . . Unübertreffliche Weite des Blickes für die geistigen Zusammenhänge, verbunden mit lebendiger Einfühlungs- und Darstellungskraft, zeichnen Stählins Russische Geschichte aus.“

Алжа Качманова, bekannt durch ihre weitverbreiteten Rußland-Erlebnishücher, in einer Besprechung von mehr als 150 Zeilen.

„Das großangelegte Werk Stählins gehört zu den Meisterwerken deutscher Geschichtsschreibung.“ „Berliner Börsen-Zeitung“, 1937.

„Die Erzählung, obwohl stets auf die große Linie, auf die feineren Zusammenhänge der äußeren und inneren Politik ausgerichtet, erhebt sich durch ein aus dem

Vollen geschöpftes farbiges Detail stellenweise zu erschütternder Anschaulichkeit. Mit der geistigen Distanz des Autors aber paart sich ein starkes Einfühlungsvermögen in russische Zustände, die Charakterschilderungen sind von intimstem Reiz., und vor allem das Schwerste ist gelungen: die Zeichnung des großen geistigen Hintergrundes.“

Professor Dr. Kurt Borries
in der „Historischen Zeitschrift“, München 1935.

„Ein Drama ist es, das Stählins meisterhafte Feder durch unsere Seele heben läßt. Mit wie tiefer Weisheit er die Menschen der Geschichte durchschaut, mit Blut und Seele erfüllt und schildert, mit welch umsichtiger Kenntnis er die Dokumente der Archive und die entlegensten Memoiren der Zeitgenossen auswertet, wie tief er in die Schwierigkeiten der zaristischen Volkswirtschaft, der Kriegsführung, der Beamtenmaschinerie des russischen Reiches eindringt, wie wunderbar die äußere Politik mit der inneren vertettet wird, stets unter weitester Sicht europäischen Geschehens, läßt sich nicht einmal andeuten.“

Professor Dr. Karl Meyer in der „Kölnischen Zeitung“, 1935.

„Universalgeschichtliche Orientierung verbindet sich mit intensivster Beherrschung des Sonderstoffes, strengste Wissenschaftlichkeit mit hervorragender Gabe einprägsamer Anordnung und künstlerischer Gestaltung.“

Professor Dr. Friedrich Braun
in „Vergangenheit und Gegenwart“, Leipzig 1935.

„Auf beschränktem Raum ist nicht nur das komplizierte Thema allseitig und erschöpfend behandelt, sondern auch dieses tragischste Zeitalter der russischen Geschichte in einem ebenbürtigen historiographischen Kunstwerk gestaltet.“

Professor Dr. Friedrich Andreae
in den „Jahrbüchern für Geschichte Osteuropas“,
Breslau 1937.

„In glücklicher Weise halten sich Tatsachengeschichte und Ideengeschichte die Waage. Auch wegen ihrer fesselnden Form der Darstellung ist es ein hervorragendes Meisterwerk.“

Dr. Friedrich Steinmann
in der „Deutschen Literaturzeitung“, Berlin 1936.

„Die Erudition des Verfassers ist erstaunlich... Sein lebendiger, historisch-kritischer Geist erlaubt ihm, mit sicherer Hand Spreu und Weizen zu unterscheiden. Kein Zweifel, Stählins Werk ist zur Zeit das Standardwerk über die Geschichte Rußlands.“

„Völkischer Beobachter“, Berlin 1936.

„Ein Standardwerk der deutschen wissenschaftlichen Literatur.“

„Die Ostwirtschaft“, Berlin 1935.

„Das Werk glänzt durch weltgeschichtliche Betrachtungsweise, durch kritisches Urteil und durch großartige Durchführung. Es ist zur Anschaffung aufs wärmste empfohlen.“

„Deutsches Bildungswesen“, München 1935.

„Eine der Großleistungen der deutschen Geschichtswissenschaft.“

Robert Haerdter in der „Magdeburgischen Zeitung“, 1935.

„Karl Stählins work... is, undoubtedly, the greatest contemporary production in the field of Russian History and not only because of its voluminous character. This, however, also must be appreciated.... the nearer are the events, the larger space is given to them by the writer, who, of course, is quite right in distributing his material.“

Professor J. J. Gapanovich in „Russian Historiography outside Russia“, Peiping 1935.

Ähnlich anerkennende Besprechungen sind auch in „The American Academy of Political and Social Science“, in der „Revue des Etudes Slaves“, in „Monde Slave“, in der „Nuova Rivista Storica“ und anderen Zeitschriften erschienen.

Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte

Herausgegeben von Professor Dr. Karl Stäblin

- Band 1: **Jacob von Stäblin**
Ein biographischer Beitrag zur deutsch-russischen Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts.
Von Professor Dr. Karl Stäblin.
8°, 48 Seiten. Kartoniert 0.80 RM.
- Band 2: **Die Fahrt des Athanasius Nikitin über die drei Meere**
Reise eines russischen Kaufmanns nach Ostindien 1466—1472. Aus dem Alt-russischen überfetzt, mit Einleitung, Anmerkungen und einer Kartenskizze versehen.
Von Privatdozent Dr. Karl S. Meyer.
8°, 48 Seiten. Kartoniert 0.80 RM.
- Band 3: **Der Briefwechsel Iwans des Schrecklichen mit dem Fürsten Kurbskij (1564—1579)**
Eingeleitet und aus dem Alt-russischen übertragen unter Mitwirkung von Dr. Karl S. Meyer von Professor Dr. Karl Stäblin.
8°, 176 Seiten. Kartoniert 4.— RM.
- Band 4: **Reise von Petersburg nach Moskau (1790)**
Von A. A. Raditschew. Aus dem Russischen übersetzt von Professor Dr. Arthur Luther.
8°, 192 Seiten. Kartoniert 4.— RM.
- Band 5: **Ueber die Sittenverderbnis in Rußland**
Von Fürst M. Schtscherbatow. (Vergriffen)
- Band 6: **War der 1764 getötete Gefangene von Schlüsselburg der russische Erbkaiser Iwan VI.?**
Von Professor Dr. Karl Stäblin.
8°, 32 Seiten, 8 Faksimiles und 2 Wappenwiedergaben. Kartoniert 2.50 RM.
- Band 7: **Alexander Puschkin in seinen Briefen**
Uebersetzt und eingeleitet von Professor Dr. Arthur Luther.
8°, XVI und 232 Seiten. Kartoniert 3.60 RM., Ganzleinen 5.20 RM.
- Band 8: **„Tage . . .“**
Mémoires aus der russischen Revolution (1905—1917).
Von Wassilij Witaljewitsch Schulgin, ehem. Mitglied der Reichsduma.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Russischen von Marissa von Keutern.
Eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Georg von Keutern.
8°, 288 Seiten. Kartoniert 4.80 RM., Ganzleinen 6.20 RM.
- Band 9: **W. S. Solowjews Geschichtsphilosophie**
Ein Beitrag zur Charakteristik der russischen Weltanschauung.
Von Dr. Georg Sacke.
8°, XVI und 140 Seiten. Kartoniert 4.30 RM.
- Band 10: **Das Leben des Protopopen Awwakum**
Von ihm selbst niedergeschrieben.
Uebersetzung aus dem Alt-russischen nebst Einleitung und Kommentar von Dr. Rudolf Jagoditsch.
8°, VIII und 228 Seiten mit 4 Abbildungen. Kartoniert 5.80 RM.
- Band 11: **Konstantin Petrowitsch Pobjedonoszew**
Der Staatsmann der Reaktion unter Alexander III.
Von Dr. Friedrich Steinmann.
8°, VIII und 284 Seiten. Kartoniert 6.80 RM.
- Band 12: **Russisch-Turkestan, gestern und heute**
Von Professor Dr. Karl Stäblin.
8°, XII und 72 Seiten mit 32 Abbildungen auf Kunstdruckpapier und einer Karte. Kartoniert 4.50 RM.

Diese Monatsschrift hat es verstanden, sich unentbehrlich für jeden zu machen, der am Ostraum Interesse hat.

So urteilt der „Völkische Beobachter“ über



Ost-Europa

Zeitschrift für die gesamten Fragen
des europäischen Ostens

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft
zum Studium Osteuropas

Ost-Europa-Verlag
Königsberg (Pr) und Berlin W 35

Bücherzettel



An

Buchhandlung



Hiermit bestelle..... ich — wir

aus dem Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) / Berlin W 35

..... Expl.	Stählin, Geschichte Rußlands, Bd. 4 (2 Teilbände mit Personenverzeichnis)				
				1/2 Ln.	RM. 45.—, Kart. RM. 40.—
..... „	„	Bd. 3	1/2 Ln.	„	16.—, Kart. „ 13.50
..... „	„	Bd. 2	1/2 Ln.	„	21.60, Kart. „ 18.—
..... „	„	Bd. 1	1/2 Ln.	„	9.90, Kart. „ 7.65
..... „	„	„Ost-Europa“, Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens, vierteljährlich			RM. 9.—
		Für das Ausland			RM. 6.75
..... „	„	Quellen und Aufsätze zur russischen Geschichte, Band			
..... „				
..... „				

Einzelprospekte unserer Verlagswerke und Probehefte unserer Zeitschriften unberechnet!

Nichtgewünschtes durchstreichen!

Ort und Tag

Straße

Name des Bestellers

Tab. 3 Flachs-anbau in den westeuropäischen Ländern.¹⁾

Gesamt-Flachsproduktion der Länder		1932	1933	1934	1935	1936	1937
Deutschland	Aussaats (in ha)	32 000	47 000	67 000	107 000	144 000	169 000
Frankreich							
Belgien	Erweiterung der Anbau- fläche in %	100	147	209	334	450	
Holland							
Irland	Ernte in t	21 800	31 700	44 100	73 400	100 000	—
Tschechoslowakei							

Demnach haben sich in den Ausfuhrländern für polnischen Flachs Anbaufläche wie Erträge in sechs Jahren verfünffacht. Diese Tatsache engt die Absatzmöglichkeiten für polnischen Flachs in Westeuropa ein, was in der Ausfuhrziffer für das Jahr 1937/38 (Tab. 2) bereits zum Ausdruck kommt. Keineswegs dürfte nach der dargestellten Sachlage die Exportschrumpfung als „vorübergehende Erscheinung“ anzusehen sein, sondern im Gegenteil, die Ausfuhrziffer dürfte in den kommenden Jahren weiter sinken. Mit Bestimmtheit kann vorausgesagt werden, daß die gute Exportkonjunktur der letzten Jahre für Polen vorüber ist. Noch schwieriger dürften sich die Absatzverhältnisse im Auslande für Polen gestalten, falls Sowjetrußland den Weltmarkt mit seinem Flachs wieder stärker beschicken sollte.

Der Binnenmarkt.

Nachdem die Absatzmöglichkeiten im Auslande auf weite Sicht durchaus unbestimmt geworden sind, bemühen sich maßgebende Stellen in Polen, die sich aus dieser Situation für die Flachswirtschaft ergebenden Rückschläge nach Möglichkeit abzuwenden. Vor allen Dingen will man die Flachswirtschaft auf dem Niveau erhalten, auf dem sie gegenwärtig steht, und sie in Zukunft dadurch heben, daß man ihr im Lande selbst einen aufnahmefähigen und festen Absatzmarkt schafft bei Preisen, die dem Erzeuger die Rentabilität sichern. Dieses Problem kann nur gelöst werden, wenn die faserverarbeitende Industrie Polens dem Erzeuger eine regelmäßige Abnahme einheimischer Faserstoffe garantiert, was wiederum eine Umstellung der Fabrikbetriebe vom ausländischen auf einheimischen Rohstoff nach sich zieht.

Dies zu erreichen, ist eine schwere Aufgabe; denn die Faserindustrie Polens basiert gegenwärtig fast ausschließlich auf ausländischen Rohstoffen, und besonders bemerkenswert ist, daß die Einfuhr in jüngster Zeit trotz lebhafter Propaganda für landeseigene Rohstoffe erheblich steigt. Man führte ein:²⁾

Baumwolle	1936 =	73 200 t	im	Werte	von	Zl	126 500 000
	1937 =	78 100 t	„	„	„	„	142 300 000
Jute	1937 =	4 400 t	„	„	„	„	2 140 000
	1938 =	4 775 t	„	„	„	„	2 530 000

¹⁾ „Flachsprobleme in Bewegung“ — Deutsche Landwirtschaftl. Presse, Jg. 1937, Nr. 3.

²⁾ Denkschrift über den gegenwärtigen Stand des Flachsbaues in Polen (Memorial o obecnym stanie akcji lniansko-konopnicj w Polsce) veröffentlicht von der Flachsgesellschaft in Wilna.

Der Industrieverbrauch von einheimischer Flachs- und Hanffaser zusammen betrug dagegen:

1934	1935	1936	1937	1938
6 500 t	8 000 t	9 500 t	11 000 t	?

Für das Jahr 1938 dürfte die an sich sehr geringe Verbrauchsziffer gesunken sein.

Die Flachsverarbeitungsindustrie

ist in Polen immer noch schwach entwickelt und verfügt z. Zt. nur über 45 000 mechanische Spindeln.¹⁾ Diese Zahl wurde auch im vergangenen Jahre nicht vermehrt, während andererseits die Baumwollindustrie in einem einzigen Jahre (1937) eine Zunahme von rd. 83 000 Spindeln verzeichnen konnte. Trotz der geringen Faserverarbeitung hat die Flachsindustrie beim Absatz ihrer Erzeugnisse mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das kommt daher, daß der Binnenmarkt von Geweben aus fremdländischen Rohstoffen so stark beherrscht wird, daß es schwer ist, für Leinenerzeugnisse, hergestellt aus einheimischem Flachs, Käufer zu finden.

So suchen beispielsweise seit zwei Jahren „Rohstoffpläne“ für vermehrten Flachsverbrauch im Inlande dadurch zu werben, daß sie einzelnen Wirtschaftszweigen die Verwendung von Leinen als Verpackungsmaterial (Säcke usw.) empfehlen. Die Bemühungen blieben jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Unzugänglich für dieses einheimische Verpackungsmaterial blieben die Mühlen- und die Düngemittelindustrie mit Ausnahme der staatlichen Werke in Mościce und Chorzów. Ferner kämpft die Zuckerindustrie vor jeder Kampagne um die Verringerung der ihr zugedachten Anzahl von Leinensäcken. Desgleichen geht das staatliche Salzmonopol wieder mehr und mehr zum Jutesack über. Neuerdings kursieren in Polen Gerüchte, wonach sogar die Militärbehörden den Ankauf von Leinengeweben zugunsten der Baumwollgewebe zu verringern beabsichtigen. Inwieweit sie richtig sind, läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Jedoch dürfte m. E. diese Nachricht nur mit Vorsicht aufgenommen werden, da noch im Frühjahr 1938 die Marschälle Żeligowski und Prystor sich in der Öffentlichkeit mit Nachdruck dahin geäußert haben, daß es im Interesse der Landesverteidigung wichtig sei, sich in bezug auf Faserrohstoffe vom Auslande unabhängig zu machen und die Faserwirtschaft des eigenen Landes zu fördern.

Was die Konjunktur für Flachserzeugnisse auf dem Binnenmarkt Polens angeht, so kann abschließend gesagt werden, daß sie z. Zt. allgemein schlecht ist.

Die Standardisierung von Faserrohstoffen.

In Anbetracht der schwierigen Lage der polnischen Flachswirtschaft ist der „Außenhandels-Rat“ (Rada Handlu Zagranicznego) in enger Zusammenarbeit mit der „Flachsanbaugesellschaft“ (Towarzystwo Lniarskie) und der „Flachsforschungszentrale“ (Lniarska Centralna Stacja Doswiadczalna) in Wilna zu Beginn des Jahres 1938 mit großer Energie an die Lösung dieser Fragen herangegangen, indem sie z. B. an die bereits seit 1934 vordringliche Frage der Standardisierung von Flachs- und Hanffasern herangingen. Schon während der Sommermonate desselben Jahres fanden eingehende Besprechungen zwischen den Vertretern der landwirtschaftlichen Verbände, den Vertretern der Fachverbände der Flachskaufleute, dem Ministerium

¹⁾ Frankreich besitzt zur Zeit 550 000, Deutschland 300 000 und die Tschechoslowakei 280 000 mechanische Spindeln.

für Handel und Industrie und dem Landwirtschaftsministerium statt. Als Ergebnis dieser Besprechungen sind durch die „Kommission für die Standardisierung von Flachs und Hanf“ (Komisja Standaryzacji Lnu i Konopi) in Wilna im Spätherbst 1938 erstmalig Normen für Flachsfasern aufgestellt worden. Diese „Normen für die Sortierung, Verpackung und Bezeichnung von Standardflachs“ sind am 10. November 1938 vom Minister für Handel und Industrie bestätigt worden und in Kraft getreten. Sie sind zunächst für die Kampagne 1938/39 verbindlich. Diese „Normen“) enthalten in fünf Hauptabschnitten ausführliche Bestimmungen über: Länge und Feinheit der Faser, Reinheit, Art der Röste, Festigkeit der Faser, Farbe, Spinnigkeit usw.

Die Kontrolle darüber, ob die Standardnormen beim Flachs-Export beobachtet werden, wird von einer Spezialabteilung beim „Außenhandelsrat“ ausgeübt, deren Leiter ein Kontrollinspektor (Główny Inspektor Standaryzacji Lnu) ist. Leider ist es trotz größter Anstrengungen der Industrie- und Handelskammer (Izba Przemysłowa) in Wilna nicht gelungen, die maßgebenden Stellen für den „Kontrollzwang“ zu gewinnen. Die Kontrolle für Exportflachs ist nach wie vor freiwillig, d. h. der Exporteur kann das Exportgut der Kontrolle unterwerfen, braucht es aber nicht. Damit nun recht viel Exportflachs die Kontrolle passiert, erhebt der „Außenhandels-Rat“ für „nichtstandardisierten“ Flachs Gebühren, und zwar:

1. für nichtstandardisierten	Hechelflachs	Zl. 30,— je t ²⁾
2. „	„	Schwungflachs „ 15,— „ t
3. „	„	Hede „ 10,— „ t

Diese niedrigen Sätze dürften für den Export von Nicht-Standardflachs nur von untergeordneter Bedeutung sein. Aus dieser Erkenntnis heraus ist man in Polen bestrebt, den Exportfirmen, die grundsätzlich nur Standardflachs ausführen, erhöhte Kontingente zuzuteilen.

Bei der Durchführung der Kontrolle ergeben sich auch Schwierigkeiten, die für den ausländischen Käufer nicht uninteressant sein dürften. Die Kontrolle selbst ist infolge Mangels entsprechender Lagerhäuser der Kontrollstelle dezentralisiert und geschieht zum großen Teil auf den Speichern der einzelnen Flachskaufleute. Die Kontrollräume sind meist eng und dunkel; häufig genug lagert der Flachs in provisorisch hergerichteten feuchten Bretterschauern oder gar auf schmutzigen Höfen, so daß eine vorschriftsmäßige technische Kontrolle nicht möglich ist. Aufschlußreich für den Ausländer sind die Ausführungen des polnischen Flachsfachmannes, des Flachs-

¹⁾ „Standardnormen für Flachsfasern“ („Normy Standarysacyjne włókna Lnianego“) Wilna November 1938.

²⁾ Adam Perepeczko, „Prace nad usprawnieniem eksportu włókna lni-anego z Polski“, Wilna 1938.

kontrollbeamten bei der Landwirtschaftskammer in Wilna, A. Perepeczko, die hier wörtlich wiedergegeben seien:¹⁾

„Der Kontrolleur reist nach vollzogener Kontrolle auf schnellstem Wege zur nächsten Kontrollstelle. Was dann aber mit dem kontrollierten, auf Lager des Kaufmannes zurückgebliebenen Flachs vom Zeitpunkt der Kontrolle bis zum Verladen auf die Bahn geschieht, weiß kein Mensch. Derselbe Flachs muß einen stundenlangen Transport²⁾ mit Wagen bis zur nächsten Bahnstation machen, wobei ein Naßwerden während des Transportes durchaus nicht selten ist. Ferner besteht bei der oft geringen ethischen Berufsauffassung des dortigen Kaufmannes eine unbegrenzte Möglichkeit, die kontrollierte Ware nachher zu verfälschen, zu vertauschen usw.

Wer trägt unter solchen Bedingungen die Verantwortung für die schlechte Qualität des Flachses? — Der Kaufmann kann sie nicht tragen, da er ja mit Dokumenten nachweisen kann, daß eine Kontrolle durch den zuständigen Kontrollbeamten vorgenommen sei, und der Flachs den in Polen geltenden Standardnormen entspreche. Die Verantwortung trägt auch nicht der Kontrollbeamte, der nach bestem Wissen und Können seine Arbeit verrichtet hat und in gutem Glauben den Flachs auf dem Lager des Händlers zurücklassen mußte. Desgleichen ist auch die Kontrollbehörde nicht imstande, die Verantwortung zu übernehmen, in deren Auftrag die Kontrolle durchgeführt wurde.“

Der Käufer im Ausland, der aus Polen standardisierten Flachs erhält, kontrolliert, verpackt, begleitet von einer Reihe von Dokumenten, die die Qualität der Sendung „garantieren“, geht bei dem jetzt bestehenden Kontrollsystem ein großes Risiko ein, da er jederzeit Ware schlechter Qualität erhalten kann.

Zuständige Stellen arbeiten an der Behebung dieser Mißstände, die geeignet sind, einen ganzen Landwirtschaftszweig zu ruinieren und darüber hinaus der polnischen Wirtschaft empfindlichen Schaden zuzufügen. Bei den vielen starken Gegenströmungen, besonders aus Industriekreisen, wird bis zu einer zufriedenstellenden Lösung aller die Flachswirtschaft betreffenden Fragen noch ein weiter Weg sein. Möglich ist andererseits, daß die Regierung zu energischen Maßnahmen greifen wird, die geeignet sind, die Flachsproduktion mit dem Ziel der Rohstoffselbstversorgung des Landes zu heben.

Benutzte Literatur:

1. Prof. Dr. Jagmin, Rechenschaftsbericht der Flachsforschungszentrale Wilna 1935 (Sprawozdanie z działalności L. C. S. D.)
2. Prof. Dr. Jagmin, Rechenschaftsbericht der Flachsforschungszentrale Wilna für 1936 (Sprawozdanie z działalności L. C. S. D.)
3. Prof. Dr. Jagmin, Rechenschaftsbericht der Flachsforschungszentrale Wilna für 1937 (Sprawozdanie z działalności L. C. S. D.)
4. K. Borysowiczówna, Działalność Bazarów Przemysłu Ludowego, Wilno 1938.
5. Jagmin, Stan i przyszłość lniarstwa na ziemiach Polnocno-Wschodnich, Wilno, 1938.

¹⁾ „Prezglad Lniarki“, Jg. 1938, Heft 1, S. 40.

²⁾ Die Orte liegen oft 10 km und sogar einige 10 km vom nächsten Verladebahnhof entfernt. Die Wege sind unvergleichlich schlecht.

Litauens Wald und seine Nutzung.

Dr. Alfons S c h o l z, Kaunas.

Litauen steht mit 15,6 % der Gesamtfläche Wald hinter Deutschland, Lettland, Polen und Estland. Trotzdem wurde in den ersten Jahren der litauischen Unabhängigkeit eine Waldnutzung betrieben, wie sie eine rationelle Waldwirtschaft an sich nicht gestattet hätte. Im Rahmen der staatlichen Aufbauarbeit fielen dem Wald zwei Aufgaben zu: Durch die Landreform, die Aufteilung der großen Güter, konnte die neugeschaffene recht extensive kleinbäuerliche Landwirtschaft sich nicht in großem Maße an der Ausfuhr beteiligen, wie es eigentlich die Gesamtwirtschaft erfordert hätte. In dieser Zeit mußte der Wald einspringen, um die Lücken im Export auszufüllen, So betrug die Holzausfuhr bis 1930 jährlich durchschnittlich $\frac{1}{4}$, 1929 mit 99,5 Mill. Lit $\frac{1}{3}$ des Gesamtexportes, mengenmäßig sogar $\frac{2}{3}$. Infolge einer noch nicht genügend entwickelten Sägewerksindustrie mußte in der Hauptsache Holz in unverarbeitetem Zustande ausgeführt werden. Erst ab 1926/27 begann man in größerem Umfange mit der Holzverarbeitung im Inlande, so daß ab 1934 jährlich gegen 1,5 Mill. fm bearbeitete Holzsortimente, d. h. etwa die Hälfte des gesamten Jahreseinschlages hergestellt werden. Die zweite Aufgabe war, den Neusiedlern für die Errichtung von Schulen und Gebäuden der Selbstverwaltungen Bauholz zur Verfügung zu stellen. Dies geschah entweder unentgeltlich oder zu stark ermäßigten Preisen. Neusiedler erhielten das Bauholz zu 20 % des eintaxierten Wertes; noch 1937 stellte der Staat für solche Zwecke Holz im Werte von 4,7 Mill. Lit kostenlos zur Verfügung. Die Menge, die jährlich für Neubauten oder Ausbesserung heute noch verbraucht wird, beträgt 0,5 Mill. fm mit einem Wert von 20 Mill. Lit. Der große Export und die rege Bautätigkeit auf dem Lande erklären es, daß heute in Litauen Waldbestände geschlagen werden, die erst in zehn Jahren schlagreif sind. Die litauische Waldbewirtschaftungspolitik sucht daher jetzt die Waldausbeute einzuschränken und möglichst nur verarbeitetes Holz zu exportieren.

Litauens Wälder

erreichen mit 908 850 ha rd. 16 % der Gesamtfläche des Landes. Diese Zahl umfaßt aber nur die rein waldwirtschaftlich genutzte Fläche ohne Waldweiden und Waldgewässer. Die staatlichen Wälder betragen 736 190 ha, die privaten 172 660 ha. Die Angaben über die Größe der privaten Wälder stützen sich auf die landwirtschaftliche Erhebung von 1935. Der ehemalige Direktor der Landwirtschaftsakademie Prof. Tonkunas gibt die Waldfläche unter Hinzurechnung der Waldweiden und Moore mit 25 % der Gesamtfläche an. Auf einen Einwohner entfallen in Litauen 0,38 ha Wald, in Polen 0,32 ha, Lettland 0,92, Estland 0,85 ha. Die weit verbreitete Ansicht, Litauen sei ein walddreiches Land, trifft also nicht zu. Die walddreichsten Gebiete befinden sich in den Kreisen Kau-

nas, Mariampol, Schakai, Trakai, die waldärmsten in den Kreisen Vilkawischki, Birzai, Tanevezyn, Mazeikiai und Telschi. Nach der Größe der einzelnen Waldkomplexe gerechnet, sind 17 % bis zu 25 ha groß gegen 33 % von 25 bis 1000 ha, 50 % von 1000 bis 10 000 ha und 15 % größer als 10 000 ha. Ferner sind 107 000 ha (13,6 %) weiche Laubhölzer, 334 600 ha (45,6 %) Fichte, 135 800 ha (18,56) Fichten und Kiefern, in 100 Jahren schlagreif, 146 800 ha (20 %) Kiefern für Sägewerke mit 120 Jahren schlagreif und etwa 9 500 ha (1,38 %) Eichen vorhanden. Bekannt ist der Wald bei Punia, wo Fichten im Alter von 110 bis 120 Jahren eine Höhe bis zu 41 m, Kiefern bis zu 35 m erreichen. Der gesamte Holzvorrat der litauischen Wälder wird nach Angaben des Walddepartements auf 110 Mill. fm, davon 90 Mill. staatlich und 20 Mill. aus privaten Wäldern geschätzt. Eine staatlich durchgeführte Untersuchung des Waldbestandes zeigt uns eine Uebersicht über das Alter der Wälder und stellt gegenüber, welches Alter sie eigentlich haben müßten:

Altersjahre	ha	% % der Gesamt- waldfläche	normal müßten sein
1 bis 20	229 693	31,4	23,5
21 „ 40	148 732	20,4	23,5
41 „ 60	115 224	16,0	23,5
61 „ 80	112 733	15,4	18,3
81 „ 100	74 183	10,2	7,2
101 „ 120	32 119	4,4	3,7
über 120	16 229	2,2	0,3

Aehnliches ergibt sich, wenn man den gegenwärtigen Altersbestand mit dem des Jahres 1922 vergleicht. Es waren (in ha):

Jahre	Bestände		
	jüngere	mittlere	reife
1922	283 839	210 866	260 749
1937	350 226	189 572	189 115

Der Anteil der mittleren und schlagreifen Bestände ist zurückgegangen. Um den Waldbestand nicht noch weiter zu gefährden, versucht man vom Kahlhieb zum Pflegehieb überzugehen. Doch werden auch heute noch gegen 80 % im nicht rationellen Kahlschlag gefällt und nur in wenigen Förstereien kommt der Pflegehieb zur Anwendung.

Durch die Landreform wurden alle Wälder über 25 ha zugunsten des Staates enteignet. Von 1924 bis 1934 wurden jährlich gegen 1 000 ha Wald an Neusiedler oder Landarme zu Aufbauzwecken abgegeben. Diese Waldflächen wurden von ihren neuen Besitzern zum größten Teil in Ackerland umgewandelt.

Der Staat übt auf

das gesamte Holzgeschäft

weitgehenden Einfluß aus und kann dieses in Bahnen lenken, die ihm aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten erwünscht sind. Der Staat ist bestrebt, den Verbrauch an Holz im Inlande rationeller zu gestalten und einzuschränken. Dazu gehört in erster Linie, das flache Land von der Holz- zur massiven Bauweise überzuleiten. Am 2. März 1939 wurde hierin der ent-

kus Eppel, Boris Segall usw. Sie besitzt allein 126 Ankaufspunkte. Rechtsberater der Gesellschaft ist ein einflußreicher Litauer; die A. G. Semlin in Schaulen. Die Aufgabe dieser Gesellschaft ist die Bearbeitung von Flachs und Hede. An ihrer Spitze steht ebenfalls ein einflußreicher Litauer. Die A. G. L. B. Chazen & Sohn in Panevezys. Mitglieder sind Hesel Chazen, Isaak Chazen und Chaja Chazen; sie besitzen eine Hedefabrik und eine Flachsaukämm-Anlage; die Gesellschaft Lietlin in Schaulen. Diese verarbeitet Hede zum Export. Teilhaber sind Musja Abramson und Mendel Abramson; die Gesellschaft Zemaityjos linai. Sie besitzt in Mascheiki zwei Hedefabriken. Inhaber sind Mause Tuoje und Mause Peis; die Gesellschaft S. Rosenberg und J. Rezim. Ihre Aufgabe besteht im Aufkauf und Export von Flachs und Hede; die Exportgesellschaft Suvalkijos Linai. Die Gesellschaft ist Inhaberin einer Hedeverarbeitungsfabrik in Neustadt.

Diese aufgeführten Gesellschaften bilden die sog. Hede-Exportzentrale, die bis April 1939 rd. 36,2 % der gesamten Flachs-ernte von 1938 ausführen konnte. In Kaunas besteht noch eine A. G. Lietuvos Linai, deren Aktionäre Litauer sind. Die Gesellschaft besitzt 30 Flachsankaufspunkte und konnte bis April 1939 nur 3 % der Gesamternte exportieren, während bis April 1939 Privatpersonen 68,8 % der Flachs-ernte 1938 exportierten. Die restliche Menge (31,2 %) führte die landwirtschaftliche Genossenschaft Lietukis, die in Litauen 76 Flachsankaufspunkte besitzt, aus. Nach genauer Einsicht in diese Liste kann man verstehen, daß der augenblickliche Zustand dem nationalen Bewußtsein des litauischen Bauern und Handeltreibenden nicht entspricht.

Die Einschaltung des Staates in die Neuorganisation des Flachs-anbaus und -Exportes ist nur zu begrüßen. Dadurch wird die litauische Flachsindustrie eine größere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erlangen und auch die französischen und belgischen Märkte erobern können.

Nach dem erfolgreichen Abschluß der deutsch-litauischen Handelsverträge kann Litauen mit einem größeren Absatz in Deutschland rechnen. Die günstige verkehrspolitische Lage des deutschen Marktes kann sich dabei nur zugunsten der litauischen Flachswirtschaft auswirken.

Der Eigentumsvorbehalt im lettischen Recht.

Von Dr. Reinhard Blasig.

Nach der Lettischen Zivilprozeßordnung findet die Vollstreckung von Urteilen ausländischer Gerichte nur auf Grund besonderer Staatsverträge statt. Da ein solcher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Lettland nicht besteht, können Urteile deutscher Gerichte in Lettland grundsätzlich nicht vollstreckt werden. Hat also der deutsche Lieferant auf Grund eines Kaufvertrages gegen den lettischen Käufer ein Urteil eines deutschen Gerichts erwirkt, so muß er seine Forderung noch einmal vor einem lettischen Gericht einklagen, wobei die im deutschen Urteil angeführten Tatsachen als Beweismittel dienen können, außer wenn es sich um ein Abwesenheitsurteil handelt. Das dem lettischen Gericht vorzuliegende Urteil muß den Vermerk aufweisen, daß es rechtskräftig und unbedingt vollstreckbar

ist. Die Eigenschaft des Urteils als eine nach deutschem Recht ordnungsmäßig zustandgekommene öffentliche Urkunde mit zwingender Rechtskraft muß ferner von einem lettischen Konsulat innerhalb des deutschen Reichsgebietes beglaubigt sein. Schließlich unterliegt dieses ausländische Urteil auch der nochmaligen materiellen Nachprüfbarkeit seitens des lettischen Gerichts. Zu diesen Schwierigkeiten, die es unzweckmäßig erscheinen lassen, in einem zwischen einem deutschen Lieferanten und einem lettischen Käufer abgeschlossenen Kaufvertrage unter Eigentumsvorbehalt einen deutschen Ort als Gerichtsstand und Erfüllungsort zu vereinbaren, tritt noch die grundsätzliche Erwägung, daß ein Kaufvertrag mangels besonderer Vereinbarung als in dem Lande abgeschlossen gilt, in dem er erfüllt wird, also im Lande des Käufers (§ 19 Abs. 2 und 3 Lettisches Zivilgesetzbuch). Auf Grund dieser Umstände erscheint es daher ratsam, daß ein Kaufvertrag, der einen Verkauf nach Lettland zum Gegenstand hat, die in Lettland geltenden Bestimmungen berücksichtigt und die Schutzmaßnahmen ergreift, die ihm das lettische Recht zur Verfügung stellt.

Das am 1. Januar 1938 in Kraft getretene neue Lettische Zivilgesetzbuch vom 28. Januar 1937 hat die Rechtseinheit auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts hergestellt. Dem Willen des Gesetzgebers entsprechend, eine gründliche Reform des bisher unübersichtlichen und für den Ausländer auch in seinen historischen Wurzeln und seiner juristischen Dogmatik kaum verständlichen Zivilrechts vorzunehmen, die dem allgemeinen Wunsche nach einem speziell lettischen Gesetzbuch entgegenkam, weist vor allem das Gebiet des Familien- und Erbrechts die umfassendsten Neuerungen auf. Aber auch das Schuldrecht ist in wesentlichen Punkten neuen Inhalts. In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die im wesentlichen dem Swod entnommene

Regelung des Eigentumsvorbehalts beim Abzahlungskauf.

Maßgebend hierfür ist die Bestimmung des § 2069 ff. LZ (Lettisches Zivilgesetzbuch). Gemeinsam mit den Regeln des in den Rigaer und Libauer Börsenusancen gesammelten örtlichen Gewohnheitsrechts bilden diese Bestimmungen im wesentlichen das materielle Handelsrecht Lettlands. § 2069 LZ sagt im Wortlaut: „Der Verkäufer kann sich an der verkauften Sache das Eigentum vorbehalten, entweder so, daß ihm dieses Recht bis zur endgültigen Bezahlung des Kaufpreises verbleibt, oder auch so, daß das Eigentum an ihn zurückfällt, wenn der Käufer nicht bezahlt. Im Zweifel über die Absicht der Vertragschließenden ist als vereinbart zu vermuten, daß das Eigentum dem Verkäufer verbleibt, solange der Kaufpreis nicht endgültig bezahlt ist.“

Im Hinblick auf § 2034 LZ erscheint es ratsam, den Eigentumsvorbehalt, der nach lettischem Recht an allen Waren, ohne Rücksicht auf ihre Beschaffenheit und ihren Wert, zulässig ist, vertraglich ausdrücklich festzulegen. Denn für den Fall, daß der Verkäufer dem Käufer die Zahlung stundet, erwirbt der Käufer unbedingtes Eigentum an der ihm verkauften Sache in dem Augenblick der Uebergabe gemäß der Grund-

regel des § 987 LZ. Diese Stundung wird von dem Gesetz stets vermutet, wenn der Verkäufer dem Käufer die Sache vorbehaltlos übergibt. Bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzbuchs vertraten die lettischen Gerichte in ständiger Rechtsprechung die Auffassung, daß die Einsendung von Lieferungsbedingungen mit dem Vermerk des Eigentumsvorbehalts oder anderer wesentlicher Nebenbedingungen des Kaufvertrages erst durch die vollzogene Anerkennung der darin enthaltenen Bedingungen seitens des Käufers rechtswirksam geworden wäre. Ein schriftlicher, bei höheren Wertobjekten notariell beglaubigter Kaufvertrag, der den ausdrücklichen Hinweis enthält, daß dem Verkäufer das uneingeschränkte Eigentumsrecht bis zur vollen Zahlung des Kaufpreises verbleibt, ist daher geeignet, unerwünschte Differenzen zwischen den Parteien in der Abwicklung ihrer Vertragsbeziehungen auszuschalten.

Die Frage der

Zweckmäßigkeit eines Eigentumsvorbehalts

entscheidet sich nach der Art und dem Verwendungszweck der gelieferten Waren. In Lieferungsverträgen über Waren, die dem Verbrauch unterliegen oder ihrem Wesen nach ganz oder teilweise für den Weiterverkauf bestimmt sind, ist der Eigentumsvorbehalt nicht empfehlenswert. Hier sind andere Sicherungen vorzuziehen, z. B. Bankgarantien oder Bürgschaften. In der Form des Sicherungs- oder Depotwechsels kann jedoch der Eigentumsvorbehalt nicht vereinbart werden, da dieser Begriff dem lettischen Recht fremd ist und dieses den Wechsel lediglich als Zahlungsmittel verwendet. Eine Registereintragung des Eigentumsvorbehalts kennt das lettische Recht nicht. Sofern sich der Eigentumsvorbehalt auf unbewegliche Sachen, etwa in das Fundament eingemauerte Maschinen bezieht, wird er Dritten gegenüber nach § 1081 LZ erst mit der Eintragung in die Grundbücher wirksam. Erfolgt diese Eintragung nicht, so werden diese Maschinen nach § 854 LZ wesentliche Bestandteile dieses Industrieunternehmens und teilen als solche nach §§ 852, 853 LZ in jeder Hinsicht das Schicksal der Hauptsache, so daß der Eigentümer des Grundstücks auch das Eigentum an diesen Maschinen erwerben würde. Daher ist auch darauf zu achten, daß der Einbau der Maschinen ihre spätere Trennung von der Hauptsache nicht unmöglich macht, und die Vertragsbestimmungen sind danach zu formulieren. Außerdem wird es zweckmäßig sein, den Eigentumsvorbehalt des Verkäufers auf einer an dem Gegenstand angebrachten Tafel deutlich sichtbar zu machen. Schließlich ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nach § 860 LZ auch die zum Betriebe eines Industrieunternehmens erforderlichen Werkzeuge und Maschinen sowie die in der Bearbeitung befindlichen Fabrikate als Zubehör gelten, nicht dagegen jedoch die vorrätigen unbearbeiteten Materialien und ebensowenig die bereits vollendeten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse.

Auch das Eigentumsrecht an Konsignationswaren bis zum Verkauf der Waren bleibt dem Verkäufer in formeller Hinsicht nur dann erhalten, wenn über den Vorbehalt eine rechtsgültige Ver-

einbarung zwischen dem Konsignationsgeber und dem Konsignationsnehmer getroffen worden ist. Die schnelle Erkennbarkeit der Konsignationsware wird erleichtert, wenn der Handelsvertreter sie gesondert von seinen übrigen Beständen aufbewahrt und sie durch eine Tafel am Eingang des Lagerraumes als Eigentum des Geschäftsherrn kennzeichnet. Eine getrennte Buchführung und der Abschluß eines besonderen in Lettland versteuerten Vertretervertrages mit den genauen Angaben des Vertreterbezirks, der Höhe der Provision und des Hinweises, daß die Ware bis zur Verrechnung oder Barzahlung im Eigentum der Lieferfirma steht, sind unerläßliche Sicherungsmaßnahmen, die dem Geschäftsherrn eine langwierige Prozeßführung um die Anerkennung des Eigentumsrechts ersparen.

Ein einseitiges Rücktrittsrecht steht dem Verkäufer nach § 2039 LZ in keinem Falle zu, auch wenn der Käufer mit der vereinbarten Ratenzahlung mehr als zweimal hintereinander im Rückstand bleibt. Er kann lediglich auf Aufhebung des Vertrages und Rückgabe der verkauften Sachen nebst Ersatz der Wertminderung klagen, wobei er sich jedoch die geleisteten Zahlungen des Käufers auf seine Klageforderung anrechnen lassen muß. (§ 2070 LZ.)

Die Industrie der Steine und Erden in Lettland.

—n. Lettland ist von Natur aus arm an Rohstoffen. Eisenerze, Steinkohle, Oel und andere wichtige Mineralien fehlen in diesem Lande ganz und müssen von den betreffenden verarbeitenden Industrien aus dem Auslande bezogen werden. Daher kommt es, daß die Industrie in Lettland nie den Umfang annehmen kann, wie in Ländern, welche die notwendigen Rohstoffe aus ihrem eigenen Boden gewinnen. Anders liegen indessen die Verhältnisse für die Industrie der Steine und Erden, die über einheimische Rohstoffe in reichlichen Mengen verfügt.

Vor dem Weltkriege und noch in den Jahren bis 1936, war der

Erforschung und Auswertung der mineralischen Rohstoffe

in Lettland nur wenig Beachtung geschenkt worden. Lediglich der Zementindustrie und den Dolomitbrüchen von Stockmannshof (Plavinas) kam damals eine mehr als lokale Bedeutung zu. Erst als im Januar 1936 beim Finanzministerium der Ausschuß zur Erforschung der Bodenschätze in Lettland gegründet wurde, war die Auswertung der Mineralien in größerem Umfange als bisher sichergestellt. Der Untersuchung durch den Ausschuß unterliegen vor allem folgende Rohstoffe: Ton, Kalkstein, Süßwasserkalk, Dolomit, Gips und weißer Sand. Die Untersuchung hat ergeben, daß die genannten Rohstoffvorkommen in Lettland von hoher Qualität sind und daß ihre bisherige Verwendung ungenügend war. So war z. B. dem Dolomit bis vor wenigen Jahren die Verwendung beim Wegebau verschlossen. Die ausgezeichnete Eignung des weißen Sandes in Lettland für die Herstellung von Klarglas haben erst die Analysen und Versuche der letzten Zeit ergeben. Auch die übrigen Rohstoffe, wie Kalkstein, der erst seit 1932 in der Zuckerindustrie Verwendung findet, Süßwasserkalk, dessen Verwendungsmöglichkeiten

scheidende Schritt durch die Annahme eines vorbereiteten Planes getan. Ferner wird in Litauen in einem kaum denkbaren Umfange Holz als einziges Brenn- und Heizmaterial von der Bevölkerung verwendet. Deshalb begann man mit der Ausbeute des Torfs und Rodung von Baumstümpfen mit Spezialmaschinen und gewann so 50 000 fm Brennholz. In den letzten Jahren kommt geschlagenes Holz oder stehender Wald nicht mehr zum Verkauf. Der litauische Staat hat selbst größere Sägewerke erworben, um einen stärkeren Einfluß auszuüben. Durch den Erwerb dieser Sägewerke ist der litauische Staat auf dem wichtigen Gebiet der Forst- und Holzwirtschaft als Eigenunternehmer aufgetreten. Damit sichert er sich indirekt ein Kontroll- und Aufsichtsrecht über die gesamte Holzwirtschaft. Ueber die Struktur der litauischen Holzausfuhr geben nachstehende Tabellen Auskunft:

Litauische Holzausfuhr 1925 bis 1938 (in 1000 t und 1000 Lit):

	Zellulose-, Furnier-, Fertigfabrikate		Schnittholz, Schwellen		Papierholz, nicht ver- arbeitetes Holz		Stämme	
	t	Lit	t	Lit	t	Lit	t	Lit
1925	43,4	25,2	47,7	13,1	83,5	7,1	55,5	6,3
1926	45,5	31,9	33,5	8,0	163,3	12,0	30,0	2,7
1927	46,0	30,1	57,5	13,3	53,7	3,8	56,6	4,5
1928	55,8	39,6	61,2	15,8	131,9	10,1	78,6	7,7
1929	69,1	54,6	67,7	17,9	185,1	13,7	102,5	13,3
1930	58,2	40,3	51,2	12,0	151,8	9,7	65,9	7,3
1931	40,9	28,0	42,7	9,8	56,3	2,4	45,4	3,2
1932	43,1	23,8	55,3	9,0	76,3	1,9	19,3	1,0
1933	52,5	21,3	90,2	10,8	124,8	3,1	75,8	2,2
1934	65,5	22,6	87,6	11,3	136,5	3,9	109,3	4,9
1935	60,4	16,0	131,6	13,9	5,6	0,5	48,0	2,8
1936	65,1	15,5	121,9	12,3	60,8	2,4	51,1	3,0
1937	77,4	20,1	128,0	18,4	109,1	8,9	49,3	3,5
1938	57,3	16,5	130,9	16,8	55,5	3,2	14,1	1,0

Aus dieser Tabelle ersieht man den Uebergang in der Holzausfuhr vom Rohstoff zum Halb- und Fertigfabrikat. Dieser Prozeß hat einen Grad erreicht, der im Verhältnis zu den Bedingungen der Rohstoffbasis als erfolgreich angesehen werden kann. Das Jahr 1925 gleich 100 gesetzt, ergibt in der Ausfuhr von Fertigfabrikaten bis 1937 eine Steigerung auf 179 Punkte. In der Ausfuhr von Brettern, Planken, Balken dürfte die höchstmögliche Grenze erreicht sein, Fichten und Kiefern kommen so gut wie gar nicht mehr als Stämme zur Ausfuhr. Die Rückgliederung des Memelgebietes bleibt auch nicht ohne tiefgreifende Folgen auf das litauische Holzgeschäft. In Memel befanden sich die einzige Zellulose- und Furnierfabrik, die im vergangenen Jahre Zellulose und Furniere im Wert von 15,7 Mill. Lit zur Ausfuhr brachten. Dabei ist zu bedenken, daß die Ausfuhr dieser Artikel nach gewissen Ländern die litauische Hauptausfuhrposition darstellten, wie nach Italien, Frankreich, USA. Es wird auch nicht so leicht halten, diese Positionen durch andere Warengruppen zu ersetzen. Infolge der gefallen Weltmarktpreise entspricht allerdings der Erlös aus der Ausfuhr nicht dem mengenmäßig gesteigerten Export. Zum Beweis genügt die Gegenüberstel-

lung, daß z. B. 1938 188 000 t Halb- und Fertigfabrikate 33,3 Mill. Lit einbrachten, gegenüber 70 000 t Papierholz und Stämmen mit nur 3,2 Mill. Lit.

Deutschland steht hinter England in der litauischen Holz- ausfuhr an zweiter Stelle. In den letzten Jahren bezog es:

	1938		1937		1936	
	1000 t	1000 Lit	1000 t	1000 Lit	1000 t	1000 Lit
Papierholz	34,3	1 737,2	19,7	910,8	29,1	896,6
Balken, Bretter	13,8	2 952,6	7,0	1 886,4	9,8	2 290,5

England kaufte 1938 für 11,3 Mill. Lit Grubenholz, Zellulose und Furniere, Frankreich für 3,6 Mill. Lit Schnittholz und Zellulose. Deutschland ist fast der alleinige Abnehmer von Papierholz. Rd. 134 000 t von den 136 000 t Papierholz gingen 1934 nach Deutschland. In den deutsch-litauischen Verhandlungen über die Abnahme litauischen Holzes im Vertragsjahr 1939/40 ist vereinbart worden, daß Deutschland für 6 Mill. Lit Holzmaterial auf dem Verrechnungswege über das Clearingkonto und für weitere 6 Mill. Lit gegen Zahlung in Devisen abnimmt. Die litauischen Holz mengen, die sich während der Verhandlungen noch in den Memeler Sägewerken befanden, werden als Transitware anerkannt und können von Litauen frei verkauft werden. Für das Jahr 1939 sind 2,2 Mill. fm Holz zum Einschlag vorgesehen, von denen 1 529 000 fm zu Sortimenten verarbeitet werden. Für Industrie- und Handelszwecke sind nur 80 000 fm zum Verkauf bestimmt.

Litauens Flachswirtschaft.

Von Lothar J o h n k e.

In litauischen Wirtschaftskreisen wird zur Zeit die Frage der **Reorganisation und Rationalisierung**

des Flachsbaus und der Flachsausfuhr eingehend erörtert. Fachzeitschriften und Tagespresse brachten zu diesem Problem aufschlußreiche Berichte maßgebender Persönlichkeiten. Vor allen Dingen soll eine Verbesserung der Qualität erzielt werden. Durch Schulung von Facharbeitern und durch entsprechende Kurse für Bauern verspricht man sich auf diesem Gebiet positive Ergebnisse. Ebenso will der Staat durch Zentralisierung des Ankaufs einen maßgebenden Einfluß auf den gesamten Flachsexport gewinnen.

Bei der Erzeugung und der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte steht der Flachs in Litauen an hervorragender Stelle. Eine Aufstellung des Erlöses an Valuta für ausgeführte Waren in den Jahren 1924 bis 1937 ergibt ein anschauliches Bild von der Stellung der Flachsausfuhr in der Gesamtwirtschaft (in Mill. Lit):

Flachs und Samen	575,1
Schweine und Schweinefleisch	541,6
Butter, Käse, Sahne, Milch	410,4
Eier	132,6
Pferde	109,3
Getreide	101,5
Vieh	70,9
Geflügel	49,5

So konnte 1927 für 60 Mill. Lit Flachs ausgeführt werden. Obgleich heute die landwirtschaftlichen Preise auf dem Weltmarkt nicht sehr hoch sind, erhielt Litauen für seine Flachsausfuhr 1937 24 Mill. Lit und 1938 sogar etwas mehr. Nur 5 bis 10 % des angebauten Flachses werden zur Verarbeitung der einheimischen Industrie zugeführt. Die **Anbaufläche** beträgt im Durchschnitt jährlich 70- bis 80 000 ha oder 2,5 % des gesamten Ackerlandes. Sie könnte auf 150- bis 160 000 ha gesteigert werden, ohne dadurch eine Belastung anderer Wirtschaftszweige hervorzurufen. Die Ausfuhr würde bedeutend größer sein, wenn die Qualität des Flachses mehr den Anforderungen des Weltmarktes entspräche.

England, Deutschland und Schweden treten als **wichtigste Käufer**

in Erscheinung. Die französischen und belgischen Webereien benötigen zur Verarbeitung bessere Qualitäten; deshalb wird von ihnen der litauische Flachs nur selten in Anspruch genommen. Die natürlichsten und günstigsten Absatzmärkte für den litauischen Flachs wären Deutschland und Schweden. Allerdings kauft Schweden jährlich nur 2000 t und Deutschland kauft im Verrechnungswege, während die anderen Länder mit Devisen zahlen. In den Jahren 1934/35 war die Flachsausfuhr nach Deutschland auf ein Minimum gesunken, was folgende Tabelle zeigt:

	Gesamtausfuhr	davon nach Deutschland	
	t	t	1000 Lit
1934	10 184	2 015	2 021
1935	10 426,4	72,8	34,7
1936	19 682,5	1 030	1 381,4
1937	16 186,6	525	992,6

Erst die Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen veranlaßte ein langsames Ansteigen der Flachsausfuhr nach Deutschland. Nach Eingliederung der Tschechei in den deutschen Wirtschaftsraum ist der Markt bedeutend aufnahmefähiger geworden. Ungefähr 30 % des gesamten Flachsexports geht heute ins Reich. Trotzdem bleibt England mit 50 bis 60 % oder 10 000 t Flachs der größte Aufkäufer. Mengemäßig kann Litauen auf dem englischen Markt viele Länder überbieten, aber die **Bewertung** und die Nachfrage nach litauischem Flachs bleiben weit zurück. Im Mai 1939 betragen die Preise für lettischen und estnischen Flachs ungefähr 2320 bis 2350 Lit je t; für litauischen wurden nur 1970 bis 2000 Lit gezahlt. Der Preisunterschied schwankt um 300 Lit je t. Die Webereien in Belfast in Nordirland verarbeiten große Mengen litauischen Flachses.

Bis 1934 konnten die litauischen Bauern nach ihrem Belieben die Anbauflächen vergrößern oder verringern. Der Export wurde ausschließlich von Privatpersonen und Privatfirmen durchgeführt. Als 1931 die Krise auf dem Weltmarkt eintrat, machten viele Ausfuhrfirmen bankrott oder hatten große Verluste zu verzeichnen. Das Ergebnis war ein Rückgang der Anbaufläche, und ebenso fielen die Einnahmen des Landes aus diesem Landwirtschaftszweig katastrophal (vgl. Tabelle).

	Anbaufläche (in ha)	Einnahmen (in Mill. Lit)
1928	90 000	52,8
1929	86 000	55,9
1930	81 800	33,8
1931	56 100	14,5
1932	72 700	11,6
1933	56 700	9,2
1934	61 740	13,2
1935	78 570	18,1
1936	84 070	31,9
1937	88 300	31,1
1938	77 890	—

Die ernste Lage führte Ende 1934 zu einer

gesetzlichen Regelung des Flachsexports

hinsichtlich der Festsetzung von litauischen Flachssorten und der Organisation einer Flachskontrolle beim Finanzministerium. Ihre Aufgabe ist die Bestimmung der Sorten und die Zulassung der Exportfirmen sowie die Marktbeobachtung im Auslande. Der Erfolg trat ein; die Bauern vergrößerten die Anbauflächen und achteten auf bessere Qualität. Dieses Gesetz blieb vier Jahre lang in Kraft. Dennoch konnte es die allgemeinen Bedürfnisse nicht befriedigen. Eine harte Konkurrenz blieb zwischen den Aufkäufern und ebenso zwischen den Verkäufern bestehen. Trotz der Sortenverbesserung erzielte der litauische Flachs auf dem Weltmarkt bedeutend niedrigere Preise als der lettische, sowjetrussische usw. Flachs bester Qualität kann nur in geringen Mengen exportiert werden, da die bäuerliche Flachserzeugung weder eine genügende Fachausbildung noch neue technische Maschinen und Anlagen besitzt. Nachstehende Tabelle über den Ausfuhranteil der einzelnen Sorten gewährt einen gewissen Einblick in die augenblickliche Lage (in %).

Sorte	Ausfuhr	Sorte	Ausfuhr
R	5,1	SO	3,0
Zk	29,1	SI	11,6
SRK	28,0	SII	40,4
PK	23,0	SIII	28,5
K	8,4	SIV	16,5
W	5,2		
D	1,2		

Seit 1935 beteiligt sich die halbstaatliche Genossenschaft „Lietukis“ am Flachshandel und nimmt am Aufbau der litauischen Flachswirtschaft regen Anteil. Augenblicklich werden von der „Lietukis“ 20 Agronomen mit der Untersuchung einzelner Fragen der Flachswirtschaft beschäftigt.

Bis 1935 gab es in jedem Städtchen zahlreiche Flachshändler, deren Zahl seit 1935 etwas verringert werden konnte. In Litauen befinden sich heute 240 Flachsankaufspunkte; der erzielte Gewinn wird unter die beteiligten Firmen verteilt. Die Aufzählung der einzelnen Firmen gibt einen Einblick in die untragbaren Verhältnisse der privaten Aufkäufer und Verkäufer des litauischen Flachshandels.

In diesem Jahr kaufen und exportieren folgende Personen und Firmen: Die Flachsexportzentrale. An dieser Gesellschaft sind folgende Personen beteiligt: Jos. Schulmann, Moritz Altschul, Mose Berelowitsch, Hirsch Ellert, Mar-

Die zweite Periode der Ansiedlungsversuche

setzte nach dem Umschwung ein. Nachdem die feindselige Haltung der Regierung gegen die japanischen Siedler sich ins Gegenteil verkehrt hatte und die gesetzlichen Verbotsbestimmungen gefallen waren, war die Bahn für eine systematische Ansiedlung frei. Bereits im Jahre 1932 arbeitete das japanische Uebersee-Ministerium einen Plan aus, der die folgenden fünf Punkte vorsah:

1. Eine große Anzahl von Bauern zu schicken, und zwar nur solche mit Familien, die — abgesehen von der ersten Hilfe — nach einer gewissen Zeit vollkommen auf eigenen Füßen stehen sollen. Das ihnen zugeteilte Land soll nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der einzelnen Familien bemessen werden.
2. Die Ansiedler werden entweder bereits vor ihrer Abreise in Japan oder aber nach ihrer Ankunft in der neuen Heimat entsprechend geschult.
3. Die Ansiedler erhalten finanzielle Beihilfen je nach Größe der Familie und ihrer Bedürfnisse.
4. Nur fähige und tüchtige junge Leute aus den Ackerbau treibenden Gegenden Japans sind auszusuchen.
5. Innerhalb von 10 Jahren sollen 100 000 Familien auf diese Weise angesiedelt werden.

Schon bald stellte sich heraus, daß zum erfolgreichen Uebersiedeln japanischer Emigranten nach der Mandschurei doch mehr gehört als nur ein Plan und Geld. Die fehlenden Erfahrungen mußten teuer erkaufte werden. Man kann ohne weiteres annehmen, daß die japanischen Behörden bei der Auswahl ihrer bäuerlichen Ansiedler sehr vorsichtig waren und wirklich nur fähige, tüchtige und willige Leute aussuchten. Trotzdem waren die Ergebnisse der ersten Jahre nicht gerade ermutigend. Kaum einer der Ansiedler blieb länger als zwei Jahre, meist gaben sie schon nach dem ersten Jahr das Rennen auf und ergriffen einen anderen Beruf, an dem allerdings auch kein Mangel war. Bestimmend für diesen Mißerfolg war in erster Linie eine Reihe von sehr schlechten Ernten als Folge von Ueberschwemmungen. Dadurch wurden die Leute mutlos. Außerdem hatte man die meisten von ihnen im Bestreben, ihnen alles so leicht als möglich zu machen, zu nahe an den Städten angesiedelt. Was lag da näher, als daß der junge Bauer, dem die Ernte mißbraten war, sich auf den Weg zur nahen Stadt machte und dort auch sofort gut bezahlte Anstellung fand?

Von diesen Versuchen der zweiten Periode, die bis zum Jahre 1936 einschließlich dauerte, waren nur wenige erfolgreich. Und zwar waren es hauptsächlich die von einer religiösen Sekte geschickten Ansiedler, sowie merkwürdigerweise die aus Tokio kommenden Arbeitslosen, die durchhielten und die ihnen zugewiesenen Siedlungen behaupteten. Allerdings hatten die Ansiedler auch mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht nur, daß die ersten Ernten schwer unter den Regenfällen litten, noch unangenehmer und aufreibender waren die Beunruhigungen durch Räuberbanden, die in den ersten Jahren nach dem Umschwung oft

mehrere tausend Mann stark waren. Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen ganze Siedlungen von den Banditen vollständig vernichtet und ihre Bewohner getötet worden sind. Andere hatten, wenn sie nicht rechtzeitig Nachricht an die nächste japanische Militärstation geben konnten, unter heftigen und verlustreichen Kämpfen wochenlange Belagerungen auszuhalten.

Aber trotz aller Schwierigkeiten ließen die japanischen Behörden nicht locker. Gegen 1935 und 1936 zeigten sich die ersten Dauererfolge. Nachdem die Siedler sich erst einmal akklimatisiert hatten — das ungewohnte und harte Klima forderte in den ersten Jahren schwere Opfer — und nachdem vor allem Familinzuwachs eingetreten war, fanden die Ansiedler heraus, daß es sich nicht nur ganz gut leben läßt, sondern auch am Ende des Jahres ein finanzieller Ueberschuß abgefallen war. So z. B. hatten die Bewohner der Ansiedlung Chifuri bei Chiamusso am Unterlauf des Sungari, die Anfang 1933 gegründet war, zunächst Rückschläge auszuhalten, aber doch im Jahre 1936 einen Reingewinn erzielt, der je nach der Größe und dem Fleiß der Familie zwischen 100 und 200 Yen auf die Familie ausmachte. Jede der 300 Familien hat rund 20 ha Ackerland zur Verfügung, das so reich und fruchtbar ist, daß innerhalb der nächsten 20 Jahre nicht mit einer künstlichen Düngung gerechnet zu werden braucht. Nicht weniger als 33 000 t Getreide und andere Erträge des Ackerbaues und der Viehzucht verließen diese eine Siedlung im Jahre 1936, dazu 10 000 Yen an Bargeld, das nach Japan überwiesen wurde. Heute hat Chifuri eine Schule, ein Hospital, eine landwirtschaftliche Versuchsanstalt, einen Konsumverein, einen Kreditverein, eine Ziegelei, eine Fabrik zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, eine Sake-(Wein-)Brauerei und eine Telefonanlage. In anderen Siedlungen waren, nach anfänglichen schwerwiegenden Mißerfolgen, ähnlich gute Ergebnisse zu verzeichnen.

Im ganzen betrug die Anzahl der Gruppensiedlungen zwischen 1932 und 1936 fünf Dörfer mit ursprünglich 2785 Familien. Von diesen sind im Laufe der Jahre 418 Familien teils abgewandert, teils in den Kämpfen gegen Banditen gefallen, so daß Ende 1937 noch 2367 Familien übrig waren. Diese erhielten von der japanischen Regierung die folgenden ersten Beihilfen je Haushalt (meist nur aus Mann und Frau bestehend, da nur junge Leute ausgewählt wurden):

Schulungskosten	Yen 20.—
Reisekosten	„ 200.—
Ankauf von Vieh	„ 75.—
Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten	„ 150.—
Einrichtung eines Haushaltes	„ 250.—
Für Kleidung	„ 30.—
Erste Lebensunterhaltungskosten	„ 85.—

Zusammen also je Haushalt 810 Yen. Die Zuschüsse während der nächsten Jahre richteten sich nach der Lage der verschiedenen Siedlungen. Sie betragen im Durchschnitt 300 Yen jährlich für den Bau von Badeanlagen, Brunnen, Krankenbeihilfen usw. Einige der Siedler-

familien haben so seit ihrer Niederlassung außer der oben genannten ersten Beihilfe bis zu 1400 Yen Zuschüsse erhalten.

Ende 1937 wurde festgestellt, daß in den fünf Siedlungen folgende Viehbestände vorhanden waren: 3000 Pferde, 700 Rinder, 3000 Schafe, 2000 Schweine, 3000 Hühner, 600 Stück anderes Geflügel und 200 Bienenstöcke.

Durch diese Erfolge ermutigt, wurde im Jahre 1937
die dritte Ansiedlungsperiode

eingeleitet und zwar mit der Gründung der Mandschurisch-japanischen Kolonisations-Gesellschaft mit einem Kapital von 50 Millionen Yuan, das hauptsächlich von den beiden Regierungen, zu einem kleineren Teil von der Südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft und einigen anderen Aktionären gestellt wird. (Diese Gründung ist nicht zu verwechseln mit der Mandschurisch-koreanischen Kolonisations-Gesellschaft, die sich die Ansiedlung von Koreanern in der Mandschurei zur Aufgabe macht.) Der Kolonisationsplan, zu dessen Durchführung diese große Gesellschaft gegründet wurde, sieht die Ansiedlung von einer Million japanischer Familien innerhalb der nächsten 20 Jahre vor. Gemessen an den immerhin spärlichen Ergebnissen der letzten Jahre scheint das ein außerordentlich umfangreiches Programm zu sein, dessen Durchführung von vielen ausländischen Beobachtern als unmöglich bezeichnet wird. Diese „Fachleute“ vergessen, daß das Wort „unmöglich“ bei einem Volk mit dem Charakter der Japaner nur mit großer Vorsicht anzuwenden ist.

Gewiß, die Schwierigkeiten, die der

Verwirklichung des Ansiedlungsplanes

entgegenstehen, sind groß. Sie ist auch besonders deswegen schwierig, weil sie mit dem Zwang einer durchgreifenden Aenderung der überkommenen japanischen Gebräuche und der bisherigen Lebensweise verbunden ist. Auf der anderen Seite steht der Zwang, ein Ventil für den Ueberdruck der japanischen Bevölkerungszunahme zu öffnen. Es sei auch zugegeben, daß der erforderliche Zuschuß für den japanischen Staat hoch ist und daß er viele Jahre bezahlt werden muß, ehe der einzelne Bauer oder die Gruppe auf eigenen Füßen steht. Demgegenüber ist aber zu bedenken, daß der japanische Bauer in der Mandschurei auch noch eine andere Bestimmung hat: er ist der Vorposten auf dem Glacis seines Vaterlandes und erfüllt damit eine militärische Dienstpflicht.

Gerade auf diesem Gebiete haben die japanischen Siedler der vergangenen Jahre Hervorragendes geleistet, indem sie durch ihre eigenen Leiden zur Ueberwindung der Räuberplage beträchtlich beigetragen haben. Aus diesen Erwägungen heraus wurde jetzt auch eine neue Einrichtung geschaffen: eine Art freiwilliger Arbeitsdienst für junge Japaner im Alter von 15 bis 18 Jahren, von denen in diesem Jahr erst einmal 5000 eingesetzt werden sollen. Die Ein-

richtung ist so gedacht, daß eine gewisse Anzahl von jungen Arbeitswilligen nach den neu eingerichteten Siedlungen geschickt und dort bewaffnet und unter militärischer Disziplin sowohl zum Schutz der Siedlungen gegen Angriffe von Banditen als auch zur weiteren Urbarmachung des Landes, Errichtung von Wohn- und Gemeinschaftshäusern usw. Verwendung findet. Nach einem Jahr können sie sich dann entscheiden, ob sie endgültig angesiedelt werden oder nach Japan zurückkehren wollen. Selbst im letzteren Falle ist die Arbeit nicht umsonst gewesen, sondern hat dazu beigetragen, einem anderen Siedler den ersten Anfang leichter zu machen.

Osteuropäische Wirtschaftsbriefe.

Lettland:

Die Wirtschaftslage Lettlands im 1. Vierteljahr 1939.

K.— Die Wirtschaftslage Lettlands hat sich in den ersten Monaten 1939 in mancher Beziehung günstiger entwickelt, als zu Beginn des Jahres erwartet werden konnte. Der Rückschlag auf den Weltmärkten, insbesondere auf dem Holzmarkt, zu Ende des vorigen Jahres, drohte sich auch auf die Entwicklung der Inlandskonjunktur auszuwirken. Die Lage hat sich jedoch in den ersten Monaten dieses Jahres wesentlich gebessert, da vor allem der Holzmarkt zu steigenden Preisen bemerkenswerte Absatzmöglichkeiten bot. An Stelle des befürchteten weiteren Rückgangs ist eine bedeutende Steigerung der Ausfuhr im ersten Jahresdrittel 1939 zu verzeichnen.

Außenhandel.

So zeigt der lettländische Außenhandel in den ersten vier Monaten 1939 gegenüber dem von 1938 folgendes Bild (in Mill. Ls.):

	Januar—April	
	1939	1938
Einfuhr	72,4	70,2
Ausfuhr	75,7	57,1
Bilanz	+3,3	—13,1

Demnach ist die Ausfuhr in den ersten vier Monaten 1939 um 18,6 Mill. Ls. größer gewesen, also um 32,6 %, als im ersten Jahresdrittel 1938. Zum Teil ist diese Ausfuhrsteigerung auch auf eine Preisbesserung zurückzuführen. Der Preisindex für lettländische Ausfuhrwaren auf der Basis 1913 = 100 hat sich von Monat zu Monat erhöht. Er betrug im Januar 1939 etwa 142 und stieg bis zum April auf 147, gegenüber 139 im April 1938. Damit hat der Durchschnittspreis lettländischer Ausfuhrwaren wieder den Stand von 1937 erreicht. Der weiteren Entwicklung der Ausfuhr kann preis- und mengenmäßig eine durchaus günstige Voraussage gestellt werden.

Spezifizierte Ausfuhrziffern stehen erst für die ersten drei Monate 1939 zur Verfügung. Aus diesen ist zu ersehen, daß unter den Ausfuhr Gütern Flachs an erster Stelle steht. Es gelangten im ersten Vierteljahr 1939 rund 6817 t Flachs

selbst heute noch nicht erschöpft sind, haben bisher in starker Abhängigkeit von dem geringen und schwankenden örtlichen Bedarf wenig Beachtung gefunden. Zudem ergaben die Untersuchungen und Vergleiche der eigenen Rohstoffe, daß diese mit den besten ausländischen Sorten konkurrieren können und daß namentlich der lettische Kalk die von der Bauindustrie an ihn gestellten Anforderungen weit übertrifft.

Der Ausschuß, welcher in diesem Jahr zu einem Forschungsinstitut ausgebaut wurde, untersucht die Mineralvorkommen auf Menge sowie ihre chemischen und mechanischen Eigenschaften zur Beurteilung der industriellen Verwendungsmöglichkeiten. Diese staatliche Planungsstelle arbeitet auf das engste mit der verarbeitenden Industrie zusammen, wodurch der Staat seinen Einfluß auch in der Industrie der Steine und Erden sichergestellt hat. Neue, mit staatlichem Kapital ausgerüstete Aktiengesellschaften (A.-G. Kiegelnieks un Kudra, A.-G. Kalkis, A.-G. Siferis, A.-G. Latvijas Gipsis) sind mit der privatwirtschaftlichen Auswertung der genannten Rohstoffe und mit der Organisation der betreffenden Industriezweige beauftragt.

Aus dieser Tatsache, ferner aus der regen Propaganda in Presse und Rundfunk für den Bau „feuerfester Häuser“, aus der Umwandlung der staatlich verbilligten Bauholzlieferungen in ebensolche Ziegellieferungen durch das Landwirtschaftsministerium für den Häuserbau auf dem Lande, ist der Wille des Staates zur Entwicklung und

Erweiterung der Industrie für mineralische Baustoffe,

schon allein aus Gründen der Holzersparnis im Inlande, erkennbar. Nachstehende Tabelle zeigt die bisherigen Auswirkungen (nach Angaben der Produktionsindizes):

Industrie	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
Zement	114	117	83	86	116	119	163	194	251
Glas	134	85	62	120	141	146	171	173	190
Ziegel	155	120	48	77	201	229	266	345	511
Steinbrüche	20	100	109	156	214	240	303	457	—
Bauindustrie	113	129	82	76	112	206	306	751	—

Nachdem das Bauwesen und die Baustoffindustrie in der Krise einen von keinem anderen Industriezweig erreichten Tiefstand erlebten, nahm die Entwicklung nach der Krise einen überaus günstigen Verlauf. Dieser plötzliche Aufschwung machte bedeutende Anstrengungen erforderlich, was schon aus der Struktur der Industrien hervorgeht.

Der Zementbedarf in Lettland wird zur Zeit von zwei Fabriken bei dem derzeitigen geringen Zementverbrauch je Kopf der Bevölkerung fast restlos gedeckt. Die Rigaer Fabrik liefert den Romanzement und die Fabrik in Brozen (Süd-Kurland) den Portlandzement. Letztere arbeitet erst seit 1938. Vorher konnte die Rigaer Fabrik mit 400 Arbeitern den Inlandbedarf an Zement nicht befriedigen.

Der Portlandzementfabrik in Riga war die einzige Schieferfabrik (84 Arbeiter) angeschlossen. Nachdem nun die Produktion von Portlandzement in das Zechsteingebiet (nach Brozen) verlegt wurde, soll dort mit dem Aufbau einer neuen Schieferfabrik begonnen werden.

Der Bedarf an einfacherem Klarglas und Flaschenglas wird von acht Fabriken (1410 Arbeiter) in Riga gedeckt; nur besseres Glas, wie Kristall- und Spiegelglas wird aus dem Ausland eingeführt.

In der Gipsproduktion arbeitet ein einziges Unternehmen in Riga (68 Arbeiter). Dieser Betrieb deckt nicht nur den minimalen Inlandbedarf, sondern setzt den größten Teil seiner Produktion im Ausland ab.

Die Zahl der Ziegelbrennereien betrug im Jahre 1937 82 (2151 Arbeiter). Erfasst sind allerdings nur die Ziegeleien mit mindestens fünf Arbeitern oder mechanischer Arbeitskraft. Darüber hinaus gibt es in ganz Lettland verteilt noch etwa 150 Betriebe, die mit äußerst primitiven Hilfsmitteln arbeiten und deren Produktion an Ort und Stelle verbraucht wird. Hergestellt werden gewöhnliche Tonziegel und in neuerer Zeit auch Sandkalk und feuerfeste Ziegel, die bisher aus dem Ausland bezogen werden mußten.

Die Kalkproduktion wurde 1937 von 23 Brennereien (252 Arbeiter) und acht Kalkstein- und Dolomitbrüchen (474 Arbeiter) erstellt. Daneben bestehen weitere rd. 70 Brennereien und 15 Steinbrüche, die primitiv arbeiten und nur einen ganz geringen Anteil an der Gesamtproduktion (ca. 10 %) haben.

Die geringere Zahl der Betriebe in den einzelnen Produktionszweigen erforderte zur Deckung des steigenden Bedarfs weitgehende Neueinstellungen von Arbeitskräften, da für eine Erweiterung der Produktionsanlagen zunächst das Kapital fehlte. In den Steinbrüchen, Ton- und Sandgruben stieg die Zahl der Angestellten und Arbeiter von 789 im Jahre 1934 auf 1741 im Jahre 1937. In der steinverarbeitenden Industrie (Ziegel-, Zement-, Glas-, Kalk-Industrie usw.) stieg sie von 4163 im Jahre 1934 auf 6407 im Jahre 1937.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Lettland und die damit zusammenhängende Verknappung der Arbeitskräfte erfordert eine weitere Produktionssteigerung durch

Rationalisierung und Mechanisierung der Produktion,

was auch für die Preisbildung wichtig ist. Waren früher die Arbeitslöhne vermöge des niedrigen Lebensstandards in Lettland gering und eine vorwiegend manuelle Produktion von Vorteil, so zogen schon bis 1937 die Löhne in allen Teilen des Landes, wie nachstehend ersichtlich, erheblich an:

Tageslohn für ungelernete Arbeiter (in Lat):

Jahr	Livland	Kurland	Semgallen	Lettgallen
1935	2,88	2,35	2,25	2,15
1936	3,10	3,10	3,30	2,50
1937	3,70	3,45	3,70	2,55

Bei der angestrebten weitgehenden Rationalisierung bietet sich der ausländischen Maschinenindustrie die Möglichkeit einer Einschaltung und eines Absatzes ihrer Baumaschinen. Sowohl auf dem Inlandmarkt, als auch beim Export können beträchtliche Absatzsteigerungen dank der guten Qualität der Erzeugnisse erzielt werden.

Produktionsziffern für 1937/38:

Portlandzement	143 254 t
Romanzement	7 570 t
Tonziegel	112 221 000 Stck.
Sandkalkziegel	3 324 000 Stck.
Alabaster-Gips	318 t
Stück-Gips	41 000 t

Fensterglas	879 680 m ²
Kalkstein und Dolomit	428 000 t
gebr. weißer und grauer Kalk	50 000 t
Schieferplatten	4 865 000 Stck.
Drainröhren	5 700 000 Stck.

Abgesehen von der Zementindustrie und dem einen oder anderen Unternehmen der übrigen Branchen, die sich heute erst im Stadium der Organisation befinden, sind sonst alle Anzeichen für eine günstige Entwicklung dieses Industriezweiges in Lettland gegeben. Zieht man schließlich in Betracht, daß bisher die Kalkindustrie zu 75 %, die Glas-, Zement- und Schieferindustrie zu 100 % in Riga und der näheren und weiteren Umgebung Rigas stehen, die gleichmäßige Sicherstellung der Versorgung des Landes mit den jeweiligen Erzeugnissen aber und der Preisausgleich einen Ausbau der Industrien auch in den anderen Teilen des Landes (dies gilt besonders für die Kalkindustrie) erforderlich machen, so lassen sich hieraus nicht nur für die betreffenden Industrien, sondern vor allem auch für die Maschinenlieferanten gute Zukunftsaussichten ableiten.

Japanische Siedlungspläne in der Mandchurei.

Von Johann Newel, Mukden.

Einschließlich des Kwantung-Pachtgebietes umfassen die heutigen Grenzen der Mandchurei ein Gebiet von 1 303 147 qkm, das ist fast doppelt soviel wie Japan mit seinen sämtlichen Besitzungen, also Korea, Formosa, halb Sachalin und den Mandatsinseln der Südsee von zusammen 677 534 qkm innehat. Aber während auf der nur 382 545 qkm betragenden Fläche des eigentlichen Japan über 70 Millionen Menschen wohnen, hat die Gesamt-Mandchurei nur eine Einwohnerzahl von etwa 36 Millionen. Vergleicht man den Ackerbau der beiden Länder, so findet man, daß in der Mandchurei 37,3 v. H. der gesamten Fläche anbaufähig, aber nur genau die Hälfte davon, nämlich rund 15 Millionen ha, tatsächlich bebaut werden, während in Japan bereits jedes Eckchen des nur rund 6 Millionen ha oder 15,7 v. H. der Gesamtfläche betragenden anbaufähigen Bodens ausgenutzt ist. Dabei ist die Ackerbau treibende Bevölkerung der beiden Länder fast genau gleich groß, nämlich 30,5 Millionen in der Mandchurei und 30,8 Millionen in Japan. Demnach hat also jedes Mitglied der Ackerbau treibenden Bevölkerung in der Mandchurei genau zweieinhalbmal soviel Boden zur Verfügung wie in Japan, wobei der gegenüber den reichen und fruchtbaren Ländereien der Mandchurei oft recht kümmerliche Boden Japans nicht einmal berücksichtigt ist. Es ist also kein Wunder, wenn die für die Geschicke Japans verantwortlichen Männer seit jeher auf das Land vor ihren Toren geblickt und überlegt haben, wie man es für das unter dem immer stärker werdenden Druck seiner Uebervölkerung stehende Japan nutzbar machen könne.

Der Gedanke einer Besiedlung der Mandchurei

lag unter den bestehenden Umständen für Japan sehr nahe. Der Versuch einer Durchführung wurde zuerst nach dem russisch-

japanischen Krieg gemacht. Während dieser Periode, die bis zum September 1931 dauerte, kamen nun zwar die Japaner in Scharen nach der Mandchurei, aber meist nur als Kaufleute, Eisenbahnbeamte, Ingenieure usw. und nicht als Bauern. Zum Teil lag das an verschiedenen widrigen Umständen, wie der feindlichen Haltung der chinesischen Regierung, dem Verbot des Landerwerbs, der Tätigkeit der Banditen, die schon damals Japaner mit Vorliebe unruhigten usw. Nur im Kwantung-Pachtgebiet, das ganz unter japanischer Verwaltung stand, sowie in geringerem Maße in dem engen Streifen der südmandschurischen Eisenbahnzone, ließen sich nach und nach Japaner nieder, die jedoch weniger reinen Ackerbau betrieben, als vielmehr Gartenbau und Obstzucht. Drei getrennte Versuche einer Gruppensiedlung wurden während dieser Zeit unternommen:

1. die sogenannte Aikawa-Siedlung,
2. die Ansiedlung einer Gruppe von Reservisten,
3. die Ansiedlung einer Gruppe von Bauern durch die Ackerbau-Gesellschaft in Dairen.

Alle diese Versuche waren Fehlschläge. Die sogenannten Ansiedler, zum Teil frühere Mitglieder der Eisenbahnschutzwache und Polizei, zum Teil aus der japanischen Armee entlassene Soldaten, denen nur beste Ländereien zur Verfügung gestellt worden waren, konnten sich mit dem einförmigen Leben eines Bauern nicht mehr abfinden und kehrten den Siedlungen meist schon nach kurzer Zeit den Rücken. Manche hatten wohl von dem Leben eines Gutsbesitzers geträumt, der seinen chinesischen Kulis Befehle erteilt, aber nicht selbst mit Hand anzulegen braucht. Von 30 Familien, die während der Jahre 1914—1917 sich angesiedelt hatten, waren im Jahre 1931 nur noch 17 auf dem ihnen ursprünglich angewiesenen Grund und Boden selbsthaft, während von den durch die Regierung des Pachtgebietes mit allem lebenden und toten Inventar ausgerüsteten 19 Familien der Aikwa-Siedlung nur drei Familien durchhielten. Die im Jahre 1929 mit einem Kapital von 10 Millionen Yen gegründete Ackerbau-Gesellschaft von Dairen wollte hauptsächlich japanische Arbeitslose im Pachtgebiet ansiedeln. Mit 500 Familien sollte der Anfang gemacht werden, 74 machten von dem Angebot Gebrauch. Auch kleinere private Versuche einiger Japaner, die glaubten, eine Ansiedlung müsse sich irgendwie lohnen und daher auch durchführen lassen, schlugen in der großen Mehrzahl fehl. Nur die Fruchtfarmen hielten durch, mit dem Erfolg, daß das Kwantung-Pachtgebiet heute einen anerkannt erstklassigen Obst- und Gartenbau besitzt und daß besonders die mandschurischen Aepfel weltberühmt geworden sind. Im Jahre 1931 betrug die Gesamtzahl der japanischen Siedler in der Mandchurei etwas unter 1500 Familien mit einer Kopffzahl von 3600 Personen, die zudem fast ausschließlich im Kwantung-Pachtgebiet und nur zu einem geringeren Teil in der Eisenbahnzone lebten. Dort war und ist ihr Leben gesichert, weil sie die stetig wachsende Zahl ihrer eigenen Landsleute, die anderen Berufen nachgehen, mit frischem Obst und Gemüse versorgen.

im Werte von 10,4 Mill. Ls. zur Ausfuhr, in der gleichen Zeit 1938 dagegen nur 3377 t im Werte von kaum 5,1 Mill. Ls. Es folgen Butter mit 3905 t (1938 = 3755 t) für 9,7 (8,7) Mill. Ls. 46 625 lebende Schweine im Werte von 7,4 Mill. Ls., die in der Hauptsache nach dem Deutschen Reich ausgeführt wurden, bearbeitete und unbearbeitete Hölzer für 6,2 Mill. Ls. und Sperrplatten für 4,7 Mill. Ls. Hauptabnehmer lettländischer Waren sind Großbritannien und das Deutsche Reich. Während die Ausfuhr nach Großbritannien in der Vergleichszeit von 18,7 auf 21,6 Mill. Ls., also um 15,7 % stieg, betrug die Ausfuhrsteigerung nach dem Deutschen Reich rund 50 %, sie erreichte im 1. Vierteljahr 1939 rund 15,4 Mill. Ls. gegenüber 10,3 Mill. Ls. Januar bis März 1938. Demnach ist Großbritannien an der lettländischen Ausfuhr mit 40,8 %, das Deutsche Reich mit 30,8 % beteiligt.

Die Preise der Einfuhrwaren haben sich im allgemeinen auf gleicher Höhe gehalten. Die Einfuhr betrug in den ersten vier Monaten 1939 72,4 Mill. Ls., also 2,2 Mill. mehr als im ersten Jahresdrittel 1938. Gestiegen ist die Einfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten, während die Einfuhr von Rohstoffen einen Rückgang aufweist. Diese Entwicklung hängt mit den Rationalisierungsbestrebungen der lettischen Regierung zusammen, die die Einfuhr von Maschinen für Industrie und Landwirtschaft erfordern. Die Einfuhr von Industriemaschinen betrug in den ersten drei Monaten 1939 rd. 4 Mill. Ls. (1938 = 3,4 Mill.) und von landwirtschaftlichen Maschinen 0,8 (0,4) Mill. Ls. Auch die Einfuhr künstlicher Düngemittel mit 4,2 Mill. Ls. ist etwas größer als 1938. Zusammen betrug die Einfuhr von Rohstoffen 15,5 (17,7) Mill. Ls., die von Halbfabrikaten 14,5 (13,4) Mill. und die von Fertigwaren 22,2 (20,3) Mill. Ls.

Unter den Einfuhrländern steht das Deutsche Reich mit 21,5 Mill. Ls. — einschl. der Ostmark und dem Protektorat Böhmen-Mähren sogar mit 22,1 Mill. Ls. oder 42,3 % der Gesamteinfuhr weitaus an erster Stelle. Die Einfuhr aus Großbritannien ist von 7,4 Mill. Ls. im ersten Vierteljahr 1938 auf 10,3 Mill. Ls. gestiegen und beträgt 19,7 % der Gesamteinfuhr des ersten Vierteljahres 1939. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist in der gleichen Zeit von 4,2 Mill. Ls. auf 3 Mill. zurückgegangen, während die Einfuhr aus der UdSSR. von 1,4 auf 2 Mill. Ls. gestiegen ist.

Geld- und Kapitalmarkt.

Auf die Binnenwirtschaft ist diese günstige Entwicklung des Außenhandels nicht ohne Rückwirkung geblieben. Aus den Ueberschüssen des Staatshaushaltsjahres 1937/38 konnten 3 Mill. Ls. verschiedenen wirtschaftlichen Zwecken, u. a. 0,5 Mill. Ls. dem neugeschaffenen Rationalisierungsfonds, überwiesen werden. Der neue Staatshaushaltsplan 1939/40 konnte unter Erhöhung um 8 Mill. Ls. auf der Einnahmen- und Ausgabenseite mit 199 Mill. Ls. ausgeglichen werden. Die Gold- und Devisenvorräte erreichten im April 1939 einen Bestand von 110,2 Mill. Ls. gegen 94,3 Mill. Ls. zur gleichen Zeit 1938. Der günstige Devisenbestand ermöglichte es der Regierung, die schwedische Zündholzanleihe von 1928 in Höhe von 6 Mill. Dollar zu günstigen Bedingungen aufzukaufen. Diese 6 %ige Anleihe, die einen Nennwert von rd. 39,4 Mill. Ls. hatte,

wurde zum Kurse von 44,875 %, d. h. mit 14,4 Mill. Ls., von dem derzeitigen Inhaber der Obligationen zurückgekauft. Der dadurch bedingte Rückgang der Devisenvorräte dürfte bei anhaltender günstiger Entwicklung des Außenhandels bald wieder ausgeglichen werden.

Der Geldumlauf hat im Verlaufe eines Jahres eine Erhöhung um 25,3 Mill. Ls. erfahren und betrug am 1. Mai 1939 rd. 168,7 Mill. Ls. Für den Stand des Geldmarktes ist bezeichnend, daß der Zinssatz für kurzfristige Darlehen geringer als für langfristige ist. Diese Entwicklung ist außer der allgemeinen politischen Spannung auch den Maßnahmen der lettischen Regierung auf innerwirtschaftlichem Gebiete zuzuschreiben.

Arbeitsmarkt.

Alle staatlichen Maßnahmen, wie das Gesetz über die Bildung von Wirtschaftsgemeinschaften, die Gründung des Rationalisierungsinstituts beim Finanzministerium und die vor kurzem errichtete Arbeitszentrale, deren Leiter dem Staatspräsidenten unmittelbar untersteht, haben das einzige Ziel: Sicherstellung der notwendigen Arbeitskräfte für die **Landwirtschaft**. In den letzten Jahren stellte Polen der lettländischen Landwirtschaft jährlich etwa 45 000 Wanderarbeiter. Durch die polnische Teilmobilisation im Zusammenhang mit der Danziger Frage dürfte diese Zahl 1939 nicht annähernd erreicht werden. Bleiben diese jedoch aus, so bedeutet dieses ein Fehlen von einem Drittel des gesamten Landarbeiterbedarfs. Es ist deshalb zu verstehen, daß die Regierung mit allen Mitteln bestrebt ist, in dieser Frage, die für das ganze Land eine Lebensfrage ist, eine Dauerlösung zu finden. Die oben genannten Maßnahmen der Regierung wollen durch Rationalisierung der lebensfähigen Industrieunternehmungen, durch Schließung unrationell arbeitender Betriebe, Arbeitskräfte aus diesem Wirtschaftszweig freimachen und sie der Landwirtschaft zuführen. Diese soll durch Mechanisierung ihrer Arbeiten selbst zum Einsparen von Arbeitskräften erzogen werden. Für die Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen gewährt der Staat bedeutende Zuzahlungen. Durch Gewährung von Krediten für den Bau von Landarbeiterwohnungen, durch Verbesserung der Sozialversicherung auf dem Lande soll die Bereitwilligkeit des städtischen Arbeiters zur Rückkehr auf das Land gefördert werden, durch das Verbot der neuen Arbeitszentrale über die Einstellung von Arbeitskräften vom Lande soll die Landflucht verhindert werden. Ob all diese Maßnahmen es erreichen werden, daß das Land wieder mit eigenen Arbeitskräften auskommt und damit das Wort des Staatspräsidenten: „Dem eigenen Land der eigene Pflüger“ zur Tatsache wird, läßt sich schwer voraussagen. Zunächst ist durch diese staatlichen Eingriffe Unruhe in die Entwicklung von Handel und Industrie hineingetragen worden.

R i g a , den 15. Juni 1939.

Osteuropäische Wirtschaftschronik.

Polen:

Wirtschaftspolitische Beziehungen.

Mit den USA haben Handelsvertragsverhandlungen begonnen, die zum Abschluß eines neuen Abkommens führen sollen. Handelsminister Roman, der zur Zeit anlässlich der Newyorker Weltausstellung in Nordamerika weilt, hat entsprechende Unterhandlungen geführt.

Mit Holland sind die Wirtschaftsverhandlungen wieder aufgenommen worden. Eine polnische Delegation ist nach dem Haag abgereist. Im ersten Quartal 1939 wies der polnisch-holländische Warenaustausch ein Aktivsaldo zugunsten Polens in Höhe von 4,3 Mill. Zl. auf.

Mit Ungarn wurde ein Handels- und Reiseverkehrsabkommen abgeschlossen, das am 1. Juni 1939 in Kraft getreten ist und bis zum 30. Juni 1940 Geltung hat. Dieser Vertrag berücksichtigt die letzten Gebietsveränderungen und läßt eine Umsatzsteigerung erwarten. Ungarn wird Kohle, Koks und Eisenhüttenzeugnisse aus dem Karwiner Gebiet einführen, sowie Holz. Polen tritt als Abnehmer von Obst, Oelsaaten, Fischen, Chemikalien, ferner von Kraftwagenmotoren, Maschinen, Geräten u. a. auf. Im Hinblick auf die gemeinsame Grenze wird mit einer gesteigerten Inanspruchnahme der Häfen Gdingen und Danzig durch Ungarn gerechnet.

Der Warenaustausch mit der Sowjetunion wird voraussichtlich in der Einfuhr vor allem Manganerze, Baumwolle, Phosphorite, Felle und Tabak umfassen, in der Ausfuhr Kohle (etwa 900 000 t), Textilerzeugnisse, Zink, Metallwaren, elektrische Kabel, Maschinen u. a. Vertreter der Stickstoffwerke in Moscice und Chorzow beabsichtigen, Apatit zur Herstellung von künstlichem Dünger aus der Sowjetunion einzuführen. Pelze sollen bereits für 1 Mill. Zl. eingekauft sein.

Anlässlich des Besuches einer polnischen Delegation aus Lodz sind Verhandlungen über den Bezug sowjetrussischer Baumwolle geführt worden. Grundlage der Verhandlungen stellt die Lieferung von 17 000 t Baumwolle nach Polen dar, die von Exportlen einerseits und der Firma Dalbe auf dem Kompensationswege durchgeführt werden soll, wodurch sich die Preise etwas erhöhen dürften. Polen führt als Gegenlieferung Kohle, Eisenerzeugnisse und Textilfertigfabrikate aus. Die Einfuhr soll teils über Gdingen, teils auf dem Bahnwege von Odessa erfolgen.

Auslandskredite.

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, de Monzie, hat anlässlich der Einweihung von Zweigstrecken der Kohlenmagistrale Oberschlesien-Gdingen das Interesse der französischen Wirtschaft für den polnischen Markt unterstrichen. Insbesondere besteht Interesse an den Elektrifizierungsarbeiten.

Zwischen der französischen Finanzgruppe Ales-Thom (Belfort) und dem polnischen Handelsministerium ist ein Abkommen in der Frage der Elektrifizierung des Zentralen Industriegebietes abgeschlossen worden. Danach wird diese Gesellschaft zwei große Elektrizitätswerke in der Gegend von Lublin und Starachowice errichten. Die englischen Finanzkreise bezeugen ihr Interesse am polnischen Markt durch die Inaussichtnahme eines dreijährigen Kredites der englischen Metallbearbeitenden Industrie in Form von Maschinen und Investitionsgütern. Das englische Ausfuhrdepartement soll in jedem einzelnen Falle den polnischen Kreditnehmer begutachten. Hinzu kommen noch Bankgarantien von polnischer Seite. Pressemeldungen zufolge soll die englische Hambros-Bank eine Ausfuhrgarantie für 100 000 Pfund für eine bereits laufende Lieferung an Polen erteilt haben.

Die landwirtschaftliche Ausfuhr

belief sich im Jahre 1938 auf 759 Mill. Zl. 85,4 % dieses Wertes (632 Mill. Zl.) entfielen hierbei auf zehn Abnehmerländer. An erster Stelle stand England mit 28 %, an zweiter Deutschland mit 27 %, ferner die USA (8 %), Belgien (6,5), Holland (5), die Schweiz, Italien, die Tschechoslowakei, Frankreich, Spanien.

Eine Ausfuhrkreditversicherung

soll nunmehr auch in Polen geschaffen werden, um das Risiko der polnischen Ausfuhrfirmen zu vermindern und größere Geschäftsabschlüsse zu erleichtern. Die

Handels- und Gewerbekammern setzen sich für die Durchführung ein, so daß man in nächster Zeit mit der Errichtung eines Kreditinstituts rechnet.

Neue Richtlinien der Getreidepolitik.

In der ersten Sitzung der vom Verband der Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Organisationen eingesetzten Kommissionen, unter Vorsitz des Präsidenten Lubienski, ist die Ausarbeitung folgender Fragen beschlossen worden: der Bau von Getreidelagerhäusern und Elevatoren, das Verhältnis zwischen Getreide- und Brotpreisen, die Getreidelagerung bei den Landwirten, die Vermahlungsgebühr, die Frage der Lebensmittelreserven.

Im Zusammenhang mit der geplanten Bildung von Getreidereserven sollen die Getreidevorschußkredite erhöht werden. Bei einer Reserve von 5 Mill. dz Getreide und einem Mindestpreis von 15 Zl. je dz Roggen, würde ein Vorschuß in Höhe von 75 % des Marktpreises rd. 60 Mill. Zl. ausmachen. Die Bereitstellung dieser Summe bei gleichzeitiger Verlängerung der Anleihefristen und einer Ermäßigung der Verzinsung wird für den Kriegsfall als notwendig gefordert.

Was die Getreideüberschüsse Polens anbetrifft, so haben sie im Jahre 1938 — 6 % betragen, im Durchschnitt für einen längeren Zeitraum 3 bis 4 %. Dieser Ueberschuß könne als Hungerexport bezeichnet werden, da er nur durch den geringen pro Kopfverbrauch der Bevölkerung erzielt werde.

Der Gdingener Hafenumschlag im April

erreichte 838 675 t (730 238 t im Vormonat). Davon entfielen auf die übersaische Einfuhr 118 876 t, auf die Ausfuhr 712 050 t. In den ersten vier Monaten des Jahres 1939 erreichte der gesamte Warenumschlag demnach 3 123 215 t gegenüber 2 998 906 t in der gleichen Zeit des Jahres 1938.

Die Elektrizitätswirtschaft in Polen

hat in letzter Zeit eine beschleunigte Entwicklung erfahren. Zur Zeit werden jährlich 4 Milliarden kWh erzeugt, was einem durchschnittlichen je Kopfverbrauch der Bevölkerung von 113 kWh entspricht. Insgesamt waren Ende 1938 1 639 000 kWh installiert. Insgesamt bestehen tausend Kraftwerke, von denen jedoch nur 185 eine installierte Kraft von über 1000 kWh aufweisen und die rd. 94 % der gesamten elektrischen Energie erzeugen. Diese Großkraftwerke befinden sich vorwiegend in den westlichen und südlichen Teilgebieten Polens.

Die Montage deutscher Wagen

wird von der Interessengemeinschaft deutscher Autofabriken demnächst in Angriff genommen. Zunächst werden Mercedes-Personenwagen, Typ 170 V in einer Anzahl von etwa 200 Stück montiert werden, ferner Henschel-Lastkraftwagen. Der Preis für einen Mercedes 170 V wird 8400 Zl. betragen, was eine Verbilligung gegenüber dem bisherigen Preis von 9 150 Zl. darstellt. Die teuerste Ausführung dieses Modells wird rd. 12 500 Zl. kosten. Der Lastkraftwagen mit rd. 6 t Tragfähigkeit wird rd. 30 000 Zl. kosten.

Neue Produktionen.

In Pulawa im Zentralen Industriegebiet soll eine neue Gelatine-Fabrik errichtet werden, die den gesamten Inlandbedarf decken soll. Die Gelatine soll nach einem speziellen Fabrikationsverfahren aus Schweinehaut hergestellt werden. Aus der Gelatine sollen noch Knochenmehl, Knochenleim und Knochenfett erzeugt werden. Bisher belief sich die Einfuhr von Gelatine auf rd. 2000 bis 2500 dz im Werte von rd. 1 Mill. Zl.

Die Herstellung von synthetischem Benzin

wird von der Polnischen Chemischen Gesellschaft auf ihre Durchführbarkeit hin untersucht. Die Herstellung von synthetischem Benzin aus Kohle würde eine wertvolle Ergänzung für die sich erschöpfenden Erdölvorkommen bei dem gleichzeitigen Ansteigen des Treibstoffbedarfes bilden.

Zur Bildung von Rohstoffreserven.

Aus Gründen der Landesverteidigung wird der Schaffung von Rohstoffreserven größte Aufmerksamkeit zugewandt. Einer Verwirklichung stehen die äußerst mangelhaften Lagereinrichtungen entgegen, sowie der Mangel an Geldmitteln, die es nur wenigen Firmen erlauben, Rohstoffreserven anzuschaffen und einzulagern. Von der Regierung werden Maßnahmen zur Abhilfe geplant.

Litauen:

Ausländische Fachleute bekommen keine Arbeitsgenehmigung.

Das Innenministerium hat den Betrieben ein Rundschreiben zukommen lassen, in dem diese aufgefordert werden, ausländische Facharbeiter durch litauische Staatsangehörige zu ersetzen.

Gründung eines Import- und Exportkomitees.

Die Handels- und Industriekammer hat zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr ein Komitee gegründet, das mit der am Finanzministerium bestehenden Außenhandelskommission zusammenarbeiten wird.

Rege Tätigkeit der Genossenschaften.

Ende 1938 bestanden 197 Handelsgenossenschaften, deren Eigenkapital 8,2 Mill. Lit betrug. Das geliehene Kapital bezifferte sich auf 11,6 Mill. Lit. Die Genossenschaften konnten für 99,1 Mill. Lit Waren umsetzen.

Die halbstaatliche Genossenschaft „Lietukis“ konnte ihren Umsatz von 73 Mill. Lit 1937 auf 113,8 Mill. Lit im Jahre 1938 erhöhen. Sie kaufte insgesamt 148 000 t Getreide für 25 Mill. Lit auf, davon wurden 129 000 t für 20 Mill. Lit ausgeführt. In kleinen Mengen exportierte „Lietukis“ Kartoffeln und Futtergetreide. An der Flachsausfuhr war sie mit 23,8 % beteiligt. Aus dem Ausland führte die Genossenschaft 124 000 t Zement für 6,2 Mill. Lit, sowie Eisen und Erdölprodukte ein. Im Rahmen des Fünfjahresplanes baut sie z. Zt. in Schaulen eine Flachsfabrik und zahlreiche Getreidespeicher und Getreidesilos. Die Fleischverwertungs-A.G. „Maistas“ konnte 1938 ihren gesamten Umsatz um 21,1 % erhöhen. Die Ausfuhr erreichte 27 Mill. Lit, und der Ankauf von Schweinen betrug 496 603 Stück. Das Jahr 1938 schloß sie mit einem Reingewinn von 615 000 Lit ab.

Erhöhung des Diskontsatzes.

Die Staatsbank „Lietuvos Bankas“ hat ab 15. Mai den Diskontsatz von 5 % auf 7 % erhöht. Die Kredite für Landwirte, sowie der Exporthandel werden durch diese Erhöhung nicht betroffen. Seit 1931 hat eine Aenderung des Diskontsatzes nicht mehr stattgefunden.

Auch die Privatbanken wollen ihren Diskontsatz von 8 % auf 10 % erhöhen. Für laufende Rechnungen und Einlagen sollen 6 bis 7 % gezahlt werden. Die endgültige Lösung wird durch eine Bankkommission in nächster Zeit beschlossen werden.

Steuererhöhung.

Das Finanzministerium hat die Erhöhung verschiedener direkter und indirekter Steuern beschlossen. In erster Linie soll die Verbrauchssteuer für Tabak erhöht werden. Demnach wird 1 kg Tabak Ia Sorte mit 36 Lit, I. Sorte mit 21 Lit, II. Sorte mit 18,3 Lit und III. Sorte mit 17,7 Lit besteuert.

Schiffahrt 1938.

Die Schiffahrtsgesellschaft „Lietuvos Baltijos Lloydas“ hat mit fünf eigenen Frachtdampfern, mit einer Gesamttonnage von 9305 BRT den Schiffsverkehr zur See im vergangenen Jahre unterhalten. Insgesamt wurden 121 000 t Fracht verladen, gegenüber 69 000 t im Jahre 1937. Zum erstenmal nahm die Gesellschaft mit vier hölzernen Schleppkähnen und später mit weiteren auf einer eigenen Werft erbauten vier eisernen Schleppkähnen mit einem Ladegewicht von je 650 BRT in der Binnenschiffahrt auf der Memel teil. Insgesamt fahren 30 Fahrzeuge unter litauischer Flagge, von denen 13 der Gesellschaft gehören, fünf von ihr gepachtet sind und zwölf andere in engem Kontakt mit ihr arbeiten. Das Geschäftsjahr brachte der Gesellschaft 2,9 Mill. Lit Einnahmen.

Erweiterungen und Neugründungen von Industrieunternehmen.

Das Finanzministerium hat den Textilfabriken „Drobe“, „Nemunas“ und „Siulas“ in Kaunas und der „Kutschinski-Padebinski“ in Plunje die Erweiterung ihrer Betriebe genehmigt. Außerdem wird die A. G. „Ringuva“ in Kaunas eine größere Seifenfabrik errichten. Z. Zt. bestehen 26 Seifenfabriken und Kleinbetriebe.

Gleichzeitig soll an der Memel in Skersnemune eine Zementfabrik gebaut werden. Die Baukosten sind auf 3 Mill. Lit und die Jahresproduktion mit 60 000 t Zement veranschlagt.

In Mariampol ist eine A. G. Baumwollweberei mit einem Grundkapital von 300 000 Lit gegründet worden. Demnächst soll mit dem Bau einer Textilfabrik begonnen werden, die mit Wasserkraft betrieben und mit 150 Webstühlen ausgerüstet werden soll.

Die Fischverwertungs-A. G. „Zuvis“ in Memel ist nach Schwentoje verlegt worden. Zum weitern Ausbau werden Maschinen in England bestellt.

In Kaunas wurde eine Aktiengesellschaft „Tauras“ mit 100 000 Lit Grundkapital gegründet. Dieselbe soll die Ziegeleien mit Maschinen beliefern.

Die Bildung eines Industriedepartements,

das sich mit der Ueberwachung und der Förderung der einheimischen Industrie beschäftigen wird, ist in nächster Zeit vorgesehen. Am 1. Juli soll das Departement seine Tätigkeit schon aufnehmen.

Ziegeleiwesen.

1938 waren nach statistischen Angaben 321 Ziegeleien in Betrieb, davon 305 Dorfziegeleien. Die Ziegelproduktion erreichte 85 Mill. Stück und war um 60 % höher als 1937. In die Ziegeleien wurde 1 Mill. Lit investiert, in diesem Jahre soll dieselbe Summe verwandt werden. Die Herstellung soll 1939 rd. 100 Mill. Ziegel erreichen.

Gründung einer halbstaatlichen Flachshandelsgesellschaft.

Zur Zentralisierung des Flachshandels soll eine halbstaatliche Aktiengesellschaft errichtet werden. Diese wird auch private Flachshändler als Aktionäre aufnehmen.

Von 1923 bis einschließlich 1938 ist für rd. 700 Mill. Lit Flachs ausgeführt worden. Die Anbaufläche erreichte 1937 mit 88 000 ha den höchsten Stand. Seit 1936 ist ein Rückgang der Ausfuhr von Flachsfasern festzustellen. Der Export von Hede betrug 35 % der Faserausfuhr, 1937 40 % und 1938 sogar 44 %.

Bauwesen.

Das Grundkapital der bei der Landbank bestehenden Baugesellschaft soll von 250 000 Lit auf 1 500 000 Lit erhöht werden. Gleichzeitig wird die Einführung einer Steuer für unbebaute Bauplätze angestrebt. Dadurch soll die Bautätigkeit gefördert werden. Nach einer neuen Verordnung des Innenministeriums ist ein Ankauf von Bauplätzen nur mit Genehmigung des Innenministers möglich. Damit will man die Ansiedlung von Juden verhindern.

Die Maul- und Klauenseuche

ist endgültig beseitigt. Zu ihrer Bekämpfung wurden 209 000 Lit aufgewendet.

Lettland:

Handelsvertrag mit Schweden.

Bekanntlich ist am 31. Dezember 1938 der Verrechnungsverkehr im Handel zwischen Lettland und Schweden außer Kraft gesetzt worden. Wie wir melden, lag der Grund hierzu in einer für Lettland ungünstigen (passiven) Entwicklung des Clearingkontos. Am 15. April 1939 wurde zwischen den Regierungen ein neuer Vertrag geschlossen, nach welchem beide Länder sich verpflichten, den gegenseitigen Warenaustausch wertmäßig in der gleichen Höhe zu halten. Die Verrechnung erfolgt mit freier Valuta.

Der Staatswirtschaftsrat

hat durch Gesetz vom 9. Mai 1939 den Auftrag erhalten, sich an der gesetzgeberischen Tätigkeit des Staates zu beteiligen, indem er Gutachten über die vom Ministerkabinett vorgelegten Gesetzentwürfe abgibt und Fragen wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Art berät. Im Staatswirtschaftsrat sind die Handels- und Industriekammer, die Landwirtschaftskammer, die Handwerkskammer und die Arbeitskammer vertreten.

Wirtschaftspolitische Reden.

Der Vorsitzende der Handels- und Industriekammer, A. Berzins, sprach am 9. Mai 1939 über die Wirtschaftspolitik seit der Einführung der autoritären Regierungsform in Lettland (1934). Er stellte fest, daß an die Stelle einer Vielzahl kleinerer Organisationen ein planmäßig aufgebautes System der Kammern und Vereine getreten sei. Der erneuerten Wirtschaftspolitik liege das nationale Prinzip zugrunde. Wenn im Ergebnis der nationalen Bestrebungen sich das spezifische Ge-

wicht der übrigen Volksgruppen vermindert habe, so sei das nicht geschehen, um die anderen zu schwächen. Der Umbau der lettischen Wirtschaftsstruktur sei mit zahlreichen Liquidationen verbunden gewesen, die einen positiven Kampf um die Wohlfahrt des Landes darzustellen hätten. Große Sorgen bereite das Problem der Arbeitskräfte, wobei besonders in der Landwirtschaft „der einzige Weg Mechanisierung und rochmals Mechanisierung“ sei.

Auf der Gemeinschaftstagung des Staatswirtschaftsrats und des Staatskulturrats gab Finanzminister Waldmanis einen Ueberblick über die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. Er stellte fest, daß Lettland in der Ernährungswirtschaft größere Reserven angelegt habe und auch in der Industrie für einige Monate mit Rohstoffen versorgt sei. Weiter gab er bekannt, daß Lettland seine Außenanleihe von 1928 zu besonders günstigen Bedingungen ausgekauft habe, was einen Beweis für die Zahlungsfähigkeit und gesunde Wirtschaftslage Lettlands darstelle.

Wichtige Zollermäßigungen.

Die industrielle Produktion Lettlands soll in qualitativer, quantitativer und preislicher Hinsicht u. a. auf dem Wege über die Hinzuziehung der ausländischen Konkurrenz verbessert werden. In diesem Zusammenhang wurden im Regierungsanzeiger vom 25. Mai 1939 eine große Anzahl von teilweise beachtlichen Zollermäßigungen festgesetzt, darunter auf folgende Artikel: Kalziumchlorid, Pflanzenfarben, Bänder aus Kunstseide, Samt und Plüsch, Krepp, Gewebe aus gemischter Kunstseide, Tüll- und Filetgewebe, Spitzen, Baumwollgarne, Wirkwaren verschiedener Art, Tisch- und Bettwäsche, Taschentücher, Krawatten, Damenwäsche, Fertigungskonfektion, Jagdwaffen, Maschinenbürsten.

Auskauf der 6%igen Anleihe von 1928.

Zwischen der Regierung Lettlands und dem schwedischen Zündholzkonzern „Svenska Tändsticks Aktiebolaget“ wurde am 10. Mai 1939 ein Ergänzungsvertrag über die lettische 6%ige Außenanleihe geschlossen, die im Jahre 1928 vom schwedischen Zündholzkonzern in Höhe von 6 Mill. \$ vermittelt worden war. Das schwedische Unternehmen hatte das Angebot gemacht, die verbliebene Schuld von 5,8 Mill. \$ zuzüglich der Zinsabschnitte gegen eine Barzahlung von 2,6 Mill. \$ in freien Devisen an das Newyorker Bankhaus „Lee, Higinson & Co“ zu liquidieren. Die lettische Regierung hat die Summe am 12. Mai 1939 aus den Valutareerven des Staatskreditfonds bezahlt.

Hafenbestimmungen von Riga, Windau und Libau.

In Nr. 113/1939 des Regierungsanzeigers sind die Hafenbestimmungen von Windau neu festgelegt worden. Nr. 114 bringt Ergänzungen zu den in Nr. 92/1938 dieses Organs bekanntgegebenen Hafenbestimmungen von Riga, und in Nr. 112 werden die neuen Hafenbestimmungen von Libau veröffentlicht.

Um die Ausnutzung des Keggum-Stromes.

Bekanntlich soll das im Bau befindliche Kraftwerk Keggums, an der Düna, im Herbst den ersten Strom liefern. Im Zusammenhang damit entsteht die Frage nach der Organisation der Stromverteilung. Der halbamtliche „Rits“ (Nr. 130) bringt dazu in Vorschlag, daß für die gesamte Elektrizitätswirtschaft Lettlands unter staatlicher Beteiligung eine große Gesellschaft gegründet werden soll, „die viel rationeller arbeiten könnte, wie viele Einzelunternehmen“. Mithin ist auch hier die Gründung eines großen staatlichen Unternehmens mit gleichzeitiger Zwangsauflösung privater Gesellschaften geplant.

Aus der Baustoffindustrie.

Auf der GV. der A. G. Rijas Gipsis wurde bekanntgegeben, daß die Gesellschaft an der Düna neben der Zementfabrik C. Ch. Schmidt zwei Fabriken errichtet hat, von denen eine Gipsplatten und die andere „Siporex“-Leichtbetonplatten herstellen werde. Die Produktion soll bereits im Mai d. Js. aufgenommen werden. Die Gipsplattenfabrik beabsichtigt 30 000 bis 50 000 Platten in 24 Stunden zu produzieren, die „Siporex“-Fabrik etwa 50 cbm Leichtbeton.

Rationalisierungsfonds.

Zur Förderung der Festigung und Entwicklung der natürlichen Industrie, im Einklang mit den staatlichen, wirtschaftlichen, Verteidigungs- und allgemeinen Interessen besteht beim Finanzministerium ein Rationalisierungsfonds. Er kann

auch eine zweckentsprechende Mechanisierung in anderen Wirtschaftszweigen fördern und reicht an Industrieunternehmen besonders billige Kredite, im Einklang mit den Plänen des Rationalisierungsinstituts.

Gründung einer Arbeitszentrale.

Zur Behebung der Schwierigkeiten des Arbeitseinsatzes, besonders in der Landwirtschaft, wurde am 4. Mai 1939 durch Gesetz eine „lettländische Arbeitszentrale“ geschaffen, über welche die gesamte Stellenvermittlung geleitet wird. Gleichzeitig werden die bestehenden Einrichtungen dieser Art aufgelöst bzw. in die Arbeitszentrale überführt. Sie befaßt sich nicht nur mit der Stellenvermittlung und der Regelung des Arbeitseinsatzes, sondern auch mit der Berufsplanung und Berufsberatung.

Beim Finanzministerium wurde eine Industrie-Inspektion geschaffen, welche für die Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes über Industrie- und Handwerksunternehmen und die richtige Steuerabrechnung der Unternehmen zu sorgen hat.

Beim Ministerium für öffentliche Angelegenheiten wurde eine Arbeitsinspektion eingerichtet, die in ganz Lettland über die Einhaltung der sozialen Gesetze in den Wirtschaftsunternehmen zu wachen hat.

Estland:

Der Warenaustausch mit der Schweiz und Griechenland.

hat eine für Estland sehr ungünstige Handelsbilanz ergeben, so daß die Einfuhr griechischer und Schweizer Waren z. Zt. von den zuständigen Stellen teilweise gesperrt worden ist. Der Handel mit der Schweiz, die in erster Linie Eier aus Estland einfuhrte, hatte einen Jahresumsatz von etwa 800 000 Ekr., mit Griechenland von 500 000 Ekr. aufzuweisen. Mit der Schweiz sollen die normalen Handelsbeziehungen wieder aufgenommen werden, zumal das 1938 zwischen der Schweiz und Estland abgeschlossene Abkommen sich noch nicht hat auswirken können, da es erst kürzlich in Kraft getreten ist. Schwächer sind die Aussichten, die für die Wiederbelebung des Handels mit Griechenland bestehen, das hauptsächlich Tabak nach Estland ausführt und wohin sich der Transport mancher Exportwaren aus Estland der großen Entfernung wegen nicht bezahlt macht.

Eine Gruppe schwedischer Wirtschaftler

besuchte Anfang Juni 1939 das Brennschieferwerk in Sillamägi, wobei mit dem Wirtschaftsminister Besprechungen über die Absatzmöglichkeiten sowie den eventuellen Ausbau der Werke stattfanden. Das hier gewonnene Stauböl hat sich als Bindemittel für den Landstraßenstaub gut bewährt und findet in Schweden besonderes Interesse. Die schwedischen Geschäftsleute sind die Hauptaktionäre des mit schwedischem Kapital arbeitenden „Estländischen Oelkonsortiums“.

Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse

ist in den ersten fünf Monaten dieses Jahres, im Vergleich mit 1938, bedeutend gestiegen. Die Baconausfuhr nach England hat sich mengenmäßig um 60 %, wertmäßig um 50 % gehoben. Sie betrug 1414 t im Werte von 1,9 Mill. Ekr. gegen 883 t für 1,3 Mill. Ekr. Die Eierausfuhr hat sich in der Berichtszeit verdoppelt, an Käse wurden 53 %, an Milchpulver über 16 %, an Butter 13,5 % mehr ausgeführt als im Vorjahre. Von den im Mai 1939 exportierten 29 877 Faß Butter gingen 25 367 Faß nach England, 4085 Faß nach Deutschland und 359 Faß nach Italien.

Die Einfuhr von Südfrüchten

mit Ausnahme von Zitronen, ist ab 1. Juni vom Wirtschaftsministerium verboten worden.

Die neue Aktiengesellschaft „Elektrikeskus“

(Elektrische Zentrale), deren Statuten am 1. Juni 1939 von der Regierung bestätigt worden sind, hat ein Grundkapital von 1 Million Ekr. in 1000 Aktien zu je 1000 Ekr., von denen 80 % namentlich sind. Diese dürfen nur vom Staat, den Selbstverwaltungen, den Elektrizitätsverbänden und den Besitzern elektrischer Zentralen erworben werden. Auf Grund der Vorschriften in den Statuten besitzt das estnische Wirtschaftsministerium 50 % der Aktien. Darüber hinaus sollen sich vor allem die mit staatlichem Kapital arbeitenden Elektrizitätsgesellschaften und -Zentralen beteiligen.

Das estländische Oelkonsortium

in Sillamägi hat in England einen Absatzmarkt für seine Brennschieferasche gefunden, die von englischen Firmen zu Bausteinen und Isolierplatten verarbeitet wird. Es sind bereits einige größere Sendungen dieser Asche nach England gegangen, die im Gegensatz zu der in den anderen Brennschieferölfabriken anfallenden nur einen sehr geringen Oelgehalt aufweist. Der Preis ist 2,5 Ekr. je t.

Die Torfbrikettfabrik in Tootsi,

die seit Anfang 1939 in Betrieb ist, hat eine Jahreserzeugung von 50 000 t Briketts, die aus Torfmüll unter 1500 Atm. Druck hergestellt werden und einen Wassergehalt von nur 10—12 % besitzen. Die Fabrik ist ein staatliches Unternehmen, in das bisher 3,5 Mill. Ekr. investiert wurden; eine Erweiterung des Maschinenparks ist vorgesehen. Die Verwendung von Torfbriketts ist ein neuer Schritt zur Lösung des in Estland außerordentlich wichtigen Heizstoffproblems.

Die Aussichten für die landwirtschaftliche Konjunktur

sind, nach Ansicht der estländischen Landwirte, für dieses Jahr ungünstig, da die kalte und sehr trockene Witterung den Wintersaaten stark geschadet hat. Die Ernteaussichten betragen nach amtlichen Schätzungen am 15. Mai 1939 für Weizen 75 %, für Roggen 85 % und für Klee, der teilweise sehr starke Frostschäden erlitten hat, 72 %. Die Landarbeiterlöhne sind jedoch weiter gestiegen, so daß den Landwirten empfohlen wird, ihre Betriebe zu rationalisieren und weniger vordringliche Ausgaben auf eine spätere Zeit zu verschieben.

Eine landwirtschaftliche Zählung

soll im Jahre 1940 auf Grund eines Sondergesetzes in Estland durchgeführt werden. Ihre Ergebnisse werden die Grundlage einer Produktions- und Absatzregelung bilden. Besondere Aufmerksamkeit soll den Meliorationsarbeiten, der Technisierung der Landwirtschaft und dem Landarbeiterproblem gewidmet werden.

Ein Versorgungsrat für die Lebensmittelbeschaffung

soll auf Beschluß der Regierung beim estnischen Wirtschaftsministerium gebildet werden. Die in diesem Rat vertretenen Zentralinstitutionen haben die Aufgabe, im Kriegsfall und bei sonstigen schwierigen Lagen für alle notwendigen Vorräte zu sorgen.

Finnland:

In Paris wurden Verhandlungen

mit Finnland über die Rückzahlung eines französischen Darlehens aufgenommen, das im Jahre 1930 der Kreditanstalt der Finnländischen Genossenschaften gewährt wurde. Die Finnländer halten den jetzigen Kurswert maßgebend für die Rückzahlung, während die Franzosen die Berechnung des damaligen Kursstandes des Frs. in Gold verlangen. Auch die Verhandlungen über einen Handelsvertrag wurden bei dieser Gelegenheit wieder aufgenommen.

Im Zusammenhang mit dem Besuch der finnländischen Wirtschaftsdelegation

machte die Handelskammer in Manchester geltend, daß die Hebung der Ausfuhr von Maschinen, Elektroausrüstungen und Baumwolle nach Finnland jetzt energisch gefördert werden sollte. Diesbezügliche englische Vorschläge sind einigen Vertretern der finnländischen Wirtschaft auch schriftlich gemacht worden.

Die Ausfuhr von tierischen Nahrungsmitteln,

die rd. 6 % des Wertes der finnländischen Gesamtausfuhr beträgt, soll vor allem auf dem englischen Markt Absatz finden. Daher werden diese Erzeugnisse sehr hoch prämiert, und zwar Butter 9 Fmk. je kg, Eier 3,50 Fmk. je kg, Käse 2—2,50 Fmk je kg, lebende Schweine 1,50 Fmk. je kg, Schweinefleisch 2,50 Fmk. und Rindfleisch 1,50 Fmk. je kg. Von der gesamten Buttererzeugung Finnlands gehen 50 % ins Ausland. Die Ausfuhrprämie für Butter hat z. Zt. einen Höchststand erreicht.

Die Einfuhr von Sojaschrot

aus Schweden wurde bekanntlich auf Grund der Maul- und Klauenseuche von der finnländischen Regierung verboten. Die Einfuhr bereits eingekauften Sojaschrots ist nunmehr unter Beobachtung scharfer Vorsichtsmaßnahmen gestattet

worden. Es handelt sich um etwa 2000 t, die für drei Monate in Helsinki, Wiborg und Abo gelagert und dann dem Verkauf freigegeben werden sollen.

Die staatlichen Einnahmen für Einfuhrzölle

betragen in den ersten fünf Monaten 1939 671 Mill. Fmk. gegen 764 Mill. Fmk. in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Einfuhrzölle im Mai dieses Jahres stiegen auf 165 Mill. Fmk. gegen 163 Mill. 1938.

Der finnländische Flugverkehr

hat sich im Laufe der letzten Jahre sehr stark entwickelt. Während die Flugleistung 1936 erst 341 546 t/km betrug, stieg sie im Jahre 1938 auf 704 313 t/km. Die finnländische „Aero A.-G.“ betreibt 50 % des ausländischen und den gesamten Binnenflugverkehr. Die Gesellschaft hat ihr Aktienkapital durch Neuzeichnung auf 9 Mill. Fmk. erhöht. Es soll eine direkte Verbindung Helsinki—London über Schweden eingerichtet werden.

Eine große Verkehrskonferenz

soll Ende Juli 1939 in Helsinki zusammentreten, um über alle Fragen des Transitverkehrs zu den Olympischen Spielen im Sommer 1940 zu beraten. Anfang Juni 1939 fand eine Konferenz zwischen zwei Vertretern des deutschen Eisenbahnwesens, dem olympischen Organisationskomitee und Vertretern der Stadtverwaltung und des finnländischen Verkehrswesens statt, auf der beschlossen wurde, zu der bevorstehenden Beratung Vertreter aller Ostseestaaten hinzuzuziehen, um den Einsatz von Sonderverbindungen im Eisenbahn-, Schiffs- und Flugverkehr festzusetzen.

Die Kraftstromgewinnung

durch den Ausbau der Stromschnellen von Merikoski bei Uleåborg erfordert laut dem nunmehr ausgearbeiteten Kostenvoranschlag eine Investition von 80 Mill. Fmk.; eine neue Brücke, die auch gebaut werden müßte, würde etwa 4 Mill. Fmk. kosten.

Der Zementkonsum

ist im ersten Viertel des Jahres 1939 auf 65 500 t gegenüber 44 000 t in der Vergleichszeit 1938 gestiegen, da die Bautätigkeit jetzt im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Olympiade 1940 eine sehr lebhaft ist.

Die staatliche Alkoholmonopolgesellschaft

hat ab 1. Juni die Erhöhung der Preise für Branntwein, andere alkoholische Getränke und starke Weine um 6 Fmk. je l angeordnet. Der in Finnland gestiegene Alkoholverbrauch soll durch diese Maßnahme wieder herabgedrückt werden. Schwache Weine und Malzgetränke werden von der Preissteigerung nicht betroffen.

Die Schnittholzverkäufe

sind in diesem Jahr später als sonst abgeschlossen worden, Anfang Mai 1939 jedoch konnte eine wachsende Kauflust festgestellt werden, und bis zum 15. Mai 1939 waren 515 000 Stds. verkauft worden, was die Gesamtverkäufe des Vorjahres zum gleichen Zeitpunkt übersteigt.

Sowjetunion:

Starker Rückgang des Außenhandels.

Nach dem erst jetzt veröffentlichten Ausweis der Hauptzollverwaltung der Sowjetunion über den Außenhandel im Oktober 1938, stellte sich der Gesamtumsatz in den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres auf 2246,4 Mill. neue Goldrubel, gegenüber 3069,9 Mill. in der gleichen Zeitspanne 1937, was einen Rückgang um 26,9 % bedeutet. Zurückgegangen ist sowohl die Aus- wie Einfuhr. Letztere betrug in der Berichtszeit 1153,8 Mill. (1937: 1341,3 Mill.), während der Export sich auf 1092,6 Mill. (1937: 1728,6 Mill.) neue Goldrubel stellte. Damit wurde die Handelsbilanz mit 61,2 Mill. passiv, während sie ein Jahr vorher mit 387,4 Mill. neuen Goldrubeln aktiv war. Auf die wichtigsten Länder verteilt, zeigt sie in Millionen neuen Goldrubeln für Januar/Oktober 1938 folgendes Bild:

	Ausfuhr	Einfuhr	Umsatz
England	322,9	184,4	507,3
USA.	75,0	352,7	427,7
Belgien-Luxemburg	117,6	50,9	168,5
Holland	74,1	77,5	151,6
Deutschland	81,2	47,6	128,8
Iran	56,4	62,7	119,1
Frankreich	52,4	34,6	87,0
China	36,9	50,0	86,9
Mongolei	53,7	24,8	78,5

Unter den Lieferanten standen also die USA bei weitem an erster Stelle, während als Abnehmer England führte und Deutschland den dritten Platz einnahm.

Manganerzlieferungen nach USA.

Die sowjetrussische Handelsgesellschaft Amtorg Trading Corporation in New York hat kürzlich 18 000 t Manganerze amerikanischen Firmen verkauft, wobei kurzfristige Lieferungsstermine vereinbart wurden.

Nach der amerikanischen Außenhandelsstatistik belief sich 1938 die Einfuhr an Manganerzen aus der UdSSR auf 60 315 t = 2,66 Mill., gegenüber 156 110 t gleich 3,96 Mill. \$ 1937. Hieraus ist die Schrumpfung dieses Exports aus der Sowjetunion nach USA, dem besten Abnehmer dieses Produktes, klar ersichtlich.

„Vereinfachte“ Außenhandelsstatistik.

Nachdem zuletzt im September 1937 der sowjetrussische Außenhandel mit den einzelnen Ländern genau nach Warengruppen ausgewiesen wurde, dann aber die Tabelle ganz ausfiel, sind jetzt die einzelnen Posten einer Reihe wichtiger, zur Aus- bzw. Einfuhr gelangter Artikel so zusammengefaßt worden, daß ein Einblick in die Zusammensetzung nicht mehr möglich ist. Auch die Statistik über „die Umsätze der Zollverwaltungen an allen Grenzen der UdSSR“ sind so „vereinfacht“, daß sie nur noch summarische Angaben, ohne Anführung des Umsatzes über die einzelnen Zollstellen, enthalten. Die Tabelle über den Durchgang ausländischer Güter ist ganz fortgefallen.

Neugliederung des Außenhandelskommissariats.

Das Verordnungsblatt der Sowjetregierung bringt einen Erlaß, demzufolge das Außenhandelskommissariat in 17 Verwaltungen, bzw. Abteilungen aufgeteilt wird, und zwar in die:

- | | |
|---|---|
| 1. Devisenverwaltung, | 10. Abt. für die Sowjethandelsvertretungen im Auslande, |
| 2. Exportverwaltung, | 11. Finanzabteilung, |
| 3. Importverwaltung, | 12. Zentralbuchhaltung, |
| 4. Verwaltung für den Handel mit dem Osten, | 13. Rechtsabteilung, |
| 5. Transportverwaltung, | 14. Administrative und wirtschaftliche Verwaltung, |
| 6. Hauptzollverwaltung, | 15. 1. Abteilung, |
| 7. Abt. für Handelsverträge, | 16. Abt. „Mobotdel“, |
| 8. Ingenieurabteilung, | 17. Abt. für Konzessionen. |
| 9. Personalabteilung, | |

Ferner sind dort eine Firmenkartothek, eine technische Bibliothek, ein Archiv, eine Kontroll- und Inspektionsgruppe, ein Sekretariat und Büros für Experten und Uebersetzer vorhanden.

Bisher geltende Bestimmungen über Prüfung und Abnahme von Importausrüstungen aufgehoben.

Die am 20. September v. Js. vom Außenhandelskommissariat erlassene, am 25. Dezember 1938 ergänzte und teilweise abgeänderte Verfügung über die Inspektion, Prüfung, Besichtigung und Abnahme von Einfuhrausrüstungen und Waren, welche sowjetrussische Handelsorganisationen im Auslande kaufen, ist, lt. „Wneschnjaja Torgowlja“ am 8. April d. Js. aufgehoben worden mit der Bestimmung, daß die Erlasse vom 14. September 1930 wieder in Kraft gesetzt werden.

Gesetz über den Staatshaushalt für 1939.

Nach dem am 3. Juni vom Obersten Rat der UdSSR angenommenen Staatsvoranschlag für 1939, sind die Einnahmen in der Gesamthöhe von 156 097 829 000 Rbl. (1938 waren es nach vorläufiger Berechnung 127,6 Mrd. Rbl.) und die Ausgaben im Betrage von 155 447 829 000 Rbl. (im Vorjahre beliefen sie sich auf rd. 124 Mrd. Rbl.) festgesetzt. Das Finanzkommissariat wurde beauftragt, für eine durchgreifende Verbesserung der Kontrolle über die Staatsausgaben zu sorgen.

Unter den Ausgaben fallen die ungeheuren Bewilligungen für die Rote Armee und Flotte, mit 40 855 Mrd. auf. 1938 waren es 27,04 und 1937 nur 17,5 Mrd. Rbl. Im Laufe dreier Jahre ist also eine Steigerung um das 1,3fache zu verzeichnen!

Große Verluste in der Wirtschaft.

Finanzkommissar Swerew berichtet in der „Prawda“ über die bedeutenden Einbußen, welche die Sowjets durch Mißwirtschaft in ihren Betrieben erleiden. So gehen z. B. der Papierindustrie zehntausende Tonnen beim Waschen der Fasern verloren, was durch geeignete Spezialapparate zu vermeiden sei. Auch das Moskauer Fleischkombinat hätte 1938 etwa 19,65 Mill. Rbl., eine große Konservenfabrik 5,51 Mill. Rbl., die „Glawtabak“ 9,6 Mill. Rbl. usw. an Verlusten zu verzeichnen. Außer unsachgemäßen Verfahren wären Unterschlagungen und Entwendungen staatlicher Mittel sehr verbreitet.

Elektrische Ausrüstung für Kraftwagen.

Die Autofabrik „Molotow“ in Gorki soll in diesem Jahre sechszyindrige Personenwagen herausbringen, welche eine in der Moskauer Fabrik „ATE—1“ hergestellte elektrische Ausrüstung erhalten. Sie werden dazu verschiedene Konstruktionsänderungen, so besonders der Starter, bekommen, auch wird die Spannung beim Generator auf 180 Watt erhöht werden u. a. m., 6000 komplette Ausrüstungen dieser Art will man bis Ende 1939 schaffen. Ferner sollen die Vorbereitungen zu Elektroausrüstungen von Kleinwagen so weit fortschreiten, daß die Autofabrik „KIM“ im nächsten Mai mit solchen beliefert werden soll.

Bau von Lastkraftwagen mit Gasgeneratoren.

Die Moskauer Automobilfabrik „Stalin“ hat Anfang Mai mit dem Bau von Lastkraftwagen mit Gasgeneratoren des Typs „SIS—21“ begonnen und die ersten Maschinen herausgebracht. Im Laufe des Jahres sollen 5500 Wagen dieser Art hergestellt werden.

Ein neues Dieselmotorschiff für das Asowsche Meer.

In Odessa fand die Uebernahme des von der Schiffswerft „61“ in Nikolajewsk, für Erztransporte auf der Strecke Poti—Mariupol erbaute, neue Motorschiff „Stroiteljstwo“ statt. Es ist das 6. einer Serie. Die Motoren wurden von der Leningrader Dieselmotorenfabrik „Rußkij Diesel“ geliefert.

Neue Schiffswerft am Schwarzen Meer.

In Kamysch-Borun bei Kertsch wird mit größter Eile eine Schiffswerft errichtet, auf der sowohl Kriegs- wie Handelsschiffe gebaut werden sollen. Gleichzeitig wird an einer Zufuhrbahn und der Vertiefung des Fahrwassers gearbeitet. Auch ein Marinestützpunkt ist dort im Entstehen.

Ausländische Bagger für die Nordhäfen.

Ende Mai traf der in Rotterdam bestellte Schiffsbagger „Msta“ in Murmansk ein. Von den in Glasgow für Archangelsk gebauten Baggern und Baggerausrüstungen ist das Räumboot „Dwinskaja I“ auch bereits geliefert worden.

Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Die Linie Solotonoscha—Mironowka, die 108 km mißt, wird jetzt dem Verkehr übergeben. Sie ist eine Abzweigung der Strecke Kiew—Mironowka und überquert den Dnjepr in der Nähe von Kanew. Mit der Anlage zweiter Gleise ist auf der Bahnverbindung Moskau—Brjansk (295 km) begonnen worden.

Um das Kohlenvorkommen von Dombarowo zu erschließen, das der Brennstoffversorgung der Industrien des Wolgagebietes dienen soll, wird eine Eisenbahnstrecke Orsk—Dombarowskije Ugli (96 km) gebaut werden, die man noch in diesem Jahre fertigstellen will.

Da die Stalin-Bahn, die das wichtigste Eisenerz-Bergbauggebiet Kriwoj Rog mit dem Donezbecken und den Eisenhüttenwerken des Südens verbindet, sowie die Getreideausfuhr aus dem Dnjeppropetrowsker Gebiet und den Verkehr nach den Kurorten der Krim vermittelt, überbeansprucht ist, ist eine Reihe von weiteren Verbesserungen und Neuausrüstungen vorgesehen. Gegenwärtig werden u. a. die Stationen Sineļnikowo, Baglej und Tschaplino ausgebaut. In Melitopol wird ein Depot für Lokomotiven des Typs „IS“ errichtet, die für den Personenverkehr nach der Krim bestimmt sind. Für die im laufenden Jahre auszuführenden Arbeiten sind 46 Mill. Rbl. vorgesehen.

Durch Erlaß des Verkehrskommissars L. Kaganowitsch, wird die Pensaer Eisenbahn aus der Verwaltung der Südost-Bahnen genommen und erhält eine eigene mit dem Sitz in Pensa. Ferner gliedert sich die Kaganowitsch-Bahn, welche Swerdlowsk über Kasan mit Moskau verbindet, fortan in eine solche mit Swerdlowsk als Zentrum und in die Permer Linie, mit Perm als Mittelpunkt.

Neugründungen der Kohlenindustrie.

Der Kohlentrust „Karagandaugolj“ hat mit dem Bau einer neuen Grube „Nr. 20 — bis“ begonnen, die 300 000 t jährlich liefern soll, und beabsichtigt demnächst zwei weitere Lager von einer ähnlichen Ertragsfähigkeit zu erschließen. Er will alle drei Anlagen noch in diesem Jahre betriebsfertig haben. Ferner wird aus Grube Nr. 5, die seit 1934 unbenutzt war, wieder gefördert, und zwar fürs erste etwa 150 t Kokskohle täglich mit der Absicht, die Tagesförderung auf das Dreifache zu steigern.

Im Moskauer Revier ist der Bau von 12 neuen Kohlengruben in Angriff genommen worden, wobei der größte Wert auf die Gebiete von Tula, Usrowsk und Tscherepezk gelegt wird. Hier, wo reiche Flötze in nur 7—15 m Tiefe liegen, sollen die Anlagen von „Naklonka“, „Agejewskaja Nr. 1“, „Agejewskaja Nr. 2“, „Glubokowskaja“ und „Shentikowskaja“ entstehen, mit einer Gesamtkapazität von 1 Mill. t jährlich. Dort will man auch Kohle im Tagebau gewinnen. Im Usrowsker Bezirk entstehen die Gruben „Brunjnaskaja Nr. 4“, „Wojejkowskaja Nr. 1“, „Dubowskaja Nr. 7“ und „Wysozkaja-Wostotschnaja“.

Diesen Neugründungen steht die unrentable Arbeit des sowjetrussischen Kohlenbergbaus überhaupt gegenüber, die sich nach Einstellung der staatlichen Zuschüsse ab 1. Februar 1939 bemerkbar macht. So hatte der Trust „Schachtanthrazit“, allein vom Januar bis Ende April d. Jrs., einen Ausgabenüberschuß von 2,74 Mill. Rbl.

Neue Unternehmungen.

In Saporoschje ist ein großes Blechkaltwalzwerk in Betrieb genommen worden, das Bleche bis zu 2000 mm Breite herstellen wird.

Zur Versorgung der sowjetrussischen Auto- und Traktorenindustrie mit den nötigen Einzelteilen, sollen 7 neue Spezialfabriken und zwar je eine in Rjasan und Krasnojarsk (mit einer Jahresproduktion im Werte von 55—60 Mill. Rbl.) je eine in Kasan, Nowosibirsk und Krasnodar für die Herstellung aus Grauguß und schmiedbarem Gußeisen (Jahresleistung für je 40 Mill. Rbl.), eine in Sysranj für kalte Stanzung und eine Automobilfederfabrik in Tschus-sowa (Ural) bis 1941 errichtet werden. Die Gesamtkosten sind auf 220 Mill. Rbl. veranschlagt. Um die Erdölgewinnung im Bakugebiet zu steigern, sind 8 neue Kraftanlagen in Aussicht genommen. 2 sollen im Norden und Südwesten der Halbinsel Apscheron, 2 in Baku selbst und auf dem Kap Gousson entstehen. Für jede dieser 4 Anlagen ist eine Leistung von 24 000 kW vorgesehen. Ein Reservejede dieser 4 Anlagen ist eine Leistung von 24 000 kW vorgesehen. Ein Reservekraftwerk von 12 000 kW will man im Erdölhafen von Baku errichten, 3 sollen in das Gebiet von Nefte-Tschala kommen, von denen 2 schon in diesem Jahre fertig werden.

Versagen des Bljawinsker Kupferkombinats.

Wie der Volkskommissar der Nichteisenmetall-Industrie, Samochwalow, feststellt, ist der Bau der Fabrik für Erzbrikettierung völlig unbefriedigend. Das Kupferschmelzwerk wurde so unvollständig ausgeführt, daß die vorgesehene Schwefelgewinnung nicht erfolgen kann. Da auch der Konvertor nicht fertig wurde, ist die Verarbeitung von Schwefelkies in Schwarzkupfer gleichfalls unmöglich. In dem seit mehreren Jahren betriebenen Bergwerke von Bljawinsk kann der Plan für die Erzförderung aus Arbeitermangel nicht ausgeführt werden.

Allein in den ersten 4 Monaten d. Js. verließen 420 Arbeiter wegen schlechter Werkbedingungen, vor allem infolge der Untauglichkeit der Ventilationsanlagen, ihre Arbeitsplätze.

Planlosigkeit im Ausbau der Eisenhüttenindustrie im Ural.

Auf einer kürzlich in Swerdlowsk stattgefundenen Besprechung von Fachleuten wurde ein krasses Bild von der bestehenden Systemlosigkeit im Ausbau dieser „Wiege der Metallurgie Rußlands“ gegeben. Infolge der herrschenden Zustände müssen nämlich Eisenerze aus Magnitogorsk nach Nadesdinsk und Maganerze aus dem Süden der Sowjetunion nach Magnitogorsk zur Verarbeitung gebracht werden. Ferner sind die Gasgeneratoren der Werke des Stahltrusts „Wostokstalj“ auf sibirische Kohle und die Walzwerke auf Bezug der Knüppel aus allen Teilen des Landes angewiesen. Der Fabrik für Ferrolegierungen in Tscheljabinsk fehlt es an Kraftstrom, dem „Perwomaiski“-Werk an Steinkohle, den mit Holzkohle arbeitenden Hochöfen an letzterer usw. Dabei könnte natürlich sowohl der Brenn- wie Rohstoffbedarf in jeder Hinsicht aus den reichen örtlichen Vorräten voll gedeckt werden. Daß bei solchen Mißständen das Versagen „kolossale Ausmaße“ erreicht und im Wachsen begriffen ist, liegt auf der Hand und läßt das Entsetzen der Leiter begrifflich erscheinen.

Wieder 2 Volkskommissariate hinzugekommen.

Das Gesetz über die Gründung eines Volkskommissariats für das industrielle Bauwesen überträgt diesem auch die Errichtung von Wohnhäusern, kulturellen Zwecken dienenden Gebäuden und Industriesiedlungen.

Das neue Volkskommissariat für den Kraftverkehr in den Teilrepubliken hat die Organisation des Personen- und Lastkraftwagenverkehrs, die Instandsetzung des Wagenparks und die Ausbildung des technischen sowie Fahrpersonals zu übernehmen.

Molotow hat jetzt bereits 6 Stellvertreter,

nachdem Wyschinski und Frau Semljatschka zu stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare ernannt wurden.

Siedlung im Fernen Osten.

Die „Prawda“ hat einen groß angelegten Propaganda-Feldzug für eine planmäßige Verpflanzung von Bauern aus den dichter bevölkerten Gegenden des zentralen Sowjetrußland und dem Wolgagebiet nach dem Osten Sibiriens eröffnet. Es sollen im Laufe ds. Jrs. 2.500 Familien im Fernen Osten sesshaft gemacht werden.

Weitere Herabsetzung des Flachskontingentes.

Das Dekret über Zwangsablieferung der Flachs- und Hanfernte 1939 sieht, mit Ausnahme von Hanffasern, eine weitere Herabsetzung der Kontingente vor. Verglichen mit den letzten 3 Jahren ergibt sich folgendes Bild (in t):

	1936	1937	1938	1939
Flachsfasern	420 000	350 000	222 230	217 080
Hanffasern	82 000	55 000	39 270	39 530
Leinsaat	256 000	210 000	140 385	137 380
Hanfamen	70 000	50 000	32 400	30 785

Da die diesjährige Abgabennorm, ebenso wie das 1938 der Fall war, gleichzeitig eine ungefähre Einschätzung der zu erwartenden Ernte bedeutet, so kommt in der niedrigeren Festsetzung deutlich der Rückgang im Anbau zum Ausdruck.

Ferner Osten:

Deutsch-mandschurischer Handelsvertrag verlängert.

Am 31. Mai wurde in Hsinking durch den deutschen Gesandten und den Chef des Außenamtes von Mandschukuo eine Vereinbarung unterzeichnet, durch die das deutsch-mandschurische Handelsabkommen vom 14. September 1938 für das am 1. Juni beginnende Abkommensjahr 1939/40 verlängert wird.

Wie im Vertrag vorgesehen, werden die deutschen Banken der Yokohama-Specie-Bank einen Ueberbrückungskredit von 45 Mill. RM zur Verfügung stellen. Die Einfuhr mandschurischer Produkte wird 1939/40, wie im vergangenen Jahre

115 Mill RM, die Ausfuhr deutscher Waren 62,5 Mill. RM betragen, dabei ist das mandschurische Einfuhrkontingent zugunsten Deutschlands von 7 auf 8,75 Mill. RM erhöht worden. Gleichzeitig wurde die Einbeziehung der sudetendeutschen Gebiete in das deutsch-mandschurische Handelsabkommen vereinbart.

Stableinfuhr Mandschukuo.

Mandschukuo erzeugt in den Showawerken eigenen Stahl, doch war darüber hinaus noch die Einfuhr von besonders qualifiziertem Material notwendig. Die bis dahin geltende Regelung genügte aber den Verhältnissen nicht mehr. Daher soll die bisher übliche Praxis der Kontrolle der Stahllieferungen und Festsetzung der Preise aufgehoben und den Marktpreisen in Japan, zu denen noch ein Zuschlag hinzukommt, angeglichen werden. Eine bessere Lösung will man in kommenden Aussprachen finden. Für das laufende Jahr wurde der Bedarf an Spezialstahl auf 7000 t festgesetzt, der in voller Höhe von Japan aus gedeckt werden wird. Feder- und Drillstahl soll jedoch aus Deutschland bezogen werden.

Die Kohlenproduktion Mandschukuo

für 1939/40 ist auf 20,9 Mill. t festgesetzt worden. Der steigende Bedarf im Lande selbst machte diese Erhöhung um 500 000 t notwendig. Dabei hat man sogar erwogen, die Ausfuhr nach Japan, die vertraglich festliegt, herabzusetzen. Der Hauptteil der Förderung liegt in den Händen von Gruben, die unter der Leitung der SME stehen. Ihre Leistungsfähigkeit ist vollkommen ausgenutzt, so daß die für das laufende Geschäftsjahr vorgesehene Erhöhung von den Gruben der Mandschurischen Kohlenbergwerksgesellschaft allein gedeckt werden muß. Dabei sind jedoch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden, da diese Werke nicht die für solch eine Mehrleistung notwendigen Maschinen besitzen und nur schwer welche erhalten können. Außerdem macht sich der auf Grund des raschen Aufbaues verständliche allgemeine Arbeitermangel auch hier schon stark fühlbar.

Spinnerei in Chinchow eröffnet.

Die Toyo Spinning Co. hat den Bau ihrer großen Fabrik in Chinchow beendet. Sie ist im Westen des Industrieviertels erbaut und umfaßt 2350 Maschinen mit rund 50 000 Spindeln. Die Eröffnung fand am 28. Mai statt.

Osteuropäische Messen und Ausstellungen.

Litauen:

In der Zeit vom 20. bis 24. Juni fand eine Ausstellung der staatlichen Handwerkerschule in Kaunas statt. Es wurden Keramik-, Leder-, Buchbinder- und Dekorationsarbeiten der Schüler gezeigt. Diese Ausstellung hatte mehr lokale Bedeutung.

Lettland:

Landwirtschaftliche Ausstellung.

In der Zeit vom 15. Juni bis 2. Juli veranstaltete die lettländische Landwirtschaftskammer in Mitau eine landwirtschaftliche Ausstellung, auf der die Ergebnisse der lettischen Agrarpolitik in den letzten fünf Jahren gezeigt wurden.

Bauausstellung in Riga.

In der Zeit vom 15. bis 28. Juni d. Js. fand in Riga, in den Räumen der Universität eine Bauausstellung statt, an der sich Bauunternehmern und öffentliche Institutionen beteiligten. Die Schau wurde von der Berufskammer durchgeführt und stand unter der Leitung von Prof. E. Ziemelis.

Osteuropäische Märkte und Preise.

Polen.

(Kurs am 16. Juni 1939: 100 Zloty = 47,00 RM.)

In Posen wurden folgende Richtpreise notiert (in Zloty je 100 kg); Weizen 22,50 bis 23,00, Roggen 15,00 bis 15,25, Weizenmehl 10—35 % 41,00 bis 43,00, 10—50 % 38,25 bis 40,75, IA 0—65 % 35,50 bis 38,00, II 35—50 % 34,25 bis 35,25, II 35—65 % 31,25 bis 33,75, II 50—60 % 29,75 bis 30,75, IIA 50—65 % 28,75 bis 29,75, II 60—65 % 27,25 bis 28,25, III 60—70 % 23,25 bis 24,25, Roggenmehl 0—30 % 25,75 bis 26,50, IA 0—55 % 24,25 bis 25,00, Kartoffelmehl „Superior“ 30,25 bis 33,25; Weizenkleie, grob 12,25 bis 12,55, mittelg. 10,50 bis 11,25; Roggenkleie 11,50 bis 12,50; Gerstenkleie 11,75 bis 12,75; Viktoriaerbsen 34,00 bis 37,00, Folger-Erbesen 28,00 bis 30,00; Sommerwicken 21,00 bis 22,50; Peluschken 22,00 bis 23,00; blaue Lupinen 13,25 bis 13,75; Senf 55,00 bis 58,00; Leinkuchen 25,00 bis 26,00; Rapskuchen 13,50 bis 14,50; Sonnenblumenkuchen 42—43 % 19,50 bis 20,50; Speisekartoffeln 5,00 bis 5,50; Weizenstroh, lose 1,65 bis 1,90, gepr. 2,40 bis 2,90; Roggenstroh, lose 1,90 bis 2,40, gepr. 2,90 bis 3,15; Haferstroh, lose 1,65 bis 1,90, gepr. 2,40 bis 2,65; Gerstenstroh, lose 1,65 bis 1,90, gepr. 2,40 bis 2,65; Heu, lose (neu) 6,25 bis 6,75, gepr. 7,25 bis 7,75; Netzeheu, lose (neu) 6,75 bis 7,25, gepr. 7,75 bis 8,25.

In Bromberg: Roggen 15,50 bis 15,75; Weizen 23,00 bis 23,25; Hafer 17,00 bis 17,50; Roggenmehl IA 0—55 % m. Sack 25,25 bis 25,75; Roggennachmehl 0—95 % 20,75 bis 21,25; Weizenanzugmehl 0—30 % m. Sack 43,25 bis 44,25, 0—35 % 42,25 bis 43,25, 10—50 % 39,75 bis 40,75, IA 0—65 % 37,25 bis 38,25, II 35—65 % 32,75 bis 33,75; Weizenschrotnachmehl 0—95 % 30,75 bis 31,75; Roggenkleie 12,00 bis 12,50; Weizenkleie, fein 11,75 bis 12,25, mittelg. 11,50 bis 12,00, grob 12,50 bis 13,00; Gerstenkleie 12,25 bis 12,75; Gerstengrütze, fein 31,00 bis 32,00, mittel 32,00 bis 33,00; Perlgerstengrütze 42,50 bis 43,00; Feld-Erbesen 27,00 bis 29,00; Viktoria-Erbesen 36,00 bis 40,00; Folger-Erbesen 27,00 bis 29,00; Sommerwicken 23,00 bis 24,00; Peluschken 24,00 bis 25,00; gelbe Lupinen 12,50 bis 13,00; blaue Lupinen 11,25 bis 11,75; Senf 53,00 bis 57,00; engl. Raygras 150,00 bis 160,00; Tymothe, ger. 40,00 bis 45,00; Leinkuchen 25,50 bis 26,00; Rapskuchen 13,75 bis 14,25; Speisekartoffeln 5,00 bis 5,25; Roggenstroh, lose 3,00 bis 3,50, gepr. 3,50 bis 4,00; Netzeheu, lose 7,50 bis 8,00, gepr. 8,25 bis 8,75.

Litauen.

(Kurs am 13. Juni 1939: 100 Lit = 41,94 RM.)

Nach der neuesten Veröffentlichung von Statistikos Biuletėnis, Kaunas.

Getreide, Gemüse, Samen und Futtermittel (je Ztr. in Lit): Roggen 7,85; Weizen 10,30; Hafer 6,80; Gerste 7,70; Wicken 8,15; Erbsen 11,10; Kartoffeln 2,35; rote Rüben 4,05; Leinsamen 14,25; Rotklee 51,00; Weißklee 156,00; Klee 4,00; Heu 3,10; Stroh 2,20; (je kg) Roggenmehl 0,23; Weizenmehl 0,49; Graupen 0,46; Gerstengraupen 0,37; Sauerkohl 0,30; Rohnen 0,53; Zwiebeln 0,53; Kohl (je Kopf) 0,25.

Vieh und Geflügel (je Stück in Lit): Arbeitspferde 368,00; Milchkühe 189,00; Läuferschweine, 4 Monate 36,00; Saugkälber 13,50; Schafe 19,40; Truthähne 7,00; Gänse 6,25; Enten 3,20; Hühner 2,90; (je Ztr.) Mastbullen 25,60; magere Bullen 20,70; Mastschweine 45,00.

Fleisch und Fische (je kg in Lit): Rindfleisch 0,80; Schweinefleisch 1,46; Hammelfleisch 0,83; Salzspeck 2,00; Rauchspeck 2,45; Rauchwurst 2,10; Schmalz 2,45; verschiedene Fische 0,60; Hechte 1,45; Heringe 0,95.

Eier und Milchprodukte: Eier I. Sorte 10 Stück 0,75; II. Sorte 10 Stück 0,65; Vollmilch 1 Liter 0,17; Sahne 1 Liter 1,05; (je kg) Quark 0,60; Weißkäse 0,70; Holländerkäse 2,30; Tilsiter Käse 2,25; Molkereibutter 3,40; Bauernbutter 2,65.

Kolonialwaren (je kg in Lit): Salz 0,14; Würfelzucker 1,32; Farin 1,00; Bienenhonig 2,40; Leinöl 1,46; einfache Waschseife 1,55; Tee, I. Sorte 50 g 1,45; Zichorie 100 g 0,23; Kakao 100 g 0,59; Petroleum 1 Liter 0,33; Tabak, III. Sorte 50 g 1,00.

Felle, Häute und Lederwaren (je Stück in Lit): Viehhäute 19,70; Pferdehäute 15,60; Kälberhäute 4,85; Schaffelle 4,75; (je kg) Sohlenleder 7,20; Juchtenleder 5,75; gewaschene Wolle 4,60; 1 Paar Männerhalbschuhe 16,30.

Webwaren und Kleider (je m in Lit): Fabrikleinen 1,50; Hausmachertuch 15,20; Satin 1,60; Flanell 1,58; Indanthren 1,35; Hausleinen 1,50; besseres Tuch 4,00; Männeranzug 80,00; Frauenkleid 8,80.

Baumaterialien: Schieneneisen 1 kg 0,38; Nägel 10 cm 1 kg 0,83; Ziegel 1000 Stück 74,00; Portlandzement 1 Ztr. 4,55; ungel. Kalk 1 Ztr. 3,30; verzinktes Blech 1 Blatt 3,40; Draht Nr. 400 1 Rolle 5,05; Tannenbretter 2,54 cm 1 cbm 78,00; Fichtenbretter 2,54 cm 1 cbm 87,00; Fichtenbalken 13×18 cm 1 cbm 80,00.

Brennmaterialien: Benzin 1 Liter 0,75; Elektrizität 1 kWh 1,05; Birkenholz 1 fm 12,00; Erlenholz 1 fm 10,40; Handtorf 1 t 23,00; Kohle 100 kg 8,70.

Lettland.

(Kurs am 14. Juni 1939: 100 Lat = 48,75 RM.)

Nach den Veröffentlichungen der Rigaer Börsenmakler wurden im Großhandel folgende Preise in Lat notiert:

Nahrungs- und Genußmittel (100 kg): Hafer 16,00 bis 17,00; Gerste (Futter-) 15,00 bis 17,00; Roggen (freier Handel) 18,60 bis 19,00; desgl. (Staatshandel) 16,50 bis 19,00; Weizen (freier Handel) 25,00 bis 26,00; desgl. (Staatshandel) 28,50 bis 32,00; Reis 95,00 bis 105,00; Roggenmehl (grob, mit Säcken) 19,00; Weizenmehl (gebeutel, mit Säcken) 37,00 bis 53,00; Speck aller Art 145,00; Schinken aller Art 190,00; Feinrzucker 66,50; Salz (Koch- und Stein-) 6,65; Heringe (je Faß) 80,00; desgl. Matties 74,00; desgl. Yarmouth 68,00 bis 74,00; Tee (1 kg) 15,00 bis 18,50; Kaffee 300,00 bis 450,00; Kakao 210,00 bis 400,00.

Metalle (1000 kg): Gußeisen, in Masseln 157,00; Sorteneisen 300,00; Kesselbleche (2—6 mm) 330,00 bis 370,00; Blech, verzinkt (1,5—1,00 mm) 545,00 bis 576,00; (0,5 mm) 570,00; Federstahl (100 kg) 35,50 bis 41,50; Werkzeugstahl, mittl. Qualität (1 kg) 2,16 bis 2,88; Kupferbleche (100 kg) 225,00; Weichblei, in Masseln (1000 kg) 520,00 bis 540,00; Zink (100 kg) 66,00; Zinn 650,00 bis 710,00.

Minerale und mineralische Erzeugnisse: Zement (je Faß) in Papiersäcken 8,00; Kalk, gelöschter (100 kg) 2,50; Ziegel (1000 Stück) rote 42,00; desgl. weiße 44,00; Gips, ungebr., in Stücken (100 kg) 0,65 bis 0,75; desgl. gebrannt 1,50 bis 1,90; Asphalt (Bitumen) 22,00; Fensterglas (je m²) 2 mm dick 2,00 bis 3,00; desgl. 3 mm dick 4,30 bis 9,00.

Estland.

(Kurs am 28. Mai 1939: 100 Ekr. = 68,13 RM.)

(Revaler Großhandelspreise vom 28. Mai 1939).

Getreide und Mehl (Ekr. je 100 kg): Roggen 16,50; Weizen 22,50; Futtergerste 16,50; Hafer 12,50; Roggenmehl 18,63, geb. 26,75; Weizenmehl, geb., I. Sorte 42,50.

Nahrungsmittel (Ekr. je 100 kg): Speisekartoffeln 3,15; Kartoffelmehl 30,00; Zucker 48,88; Salz 2,60; Reis, Burma II 45,50; Schweizerkäse (je kg) 1,25; Pflanzenbutter (je kg) 0,73; Tee, or. Pek., Ceylon (je kg) 5,80; Kaffee, Rio, Santos (je kg) 2,98; Kakao, holländ. (je kg) 2,10; Heringe, Matties (je Faß) 44,50; Mattiuls 46,00; Inlandpreise (je kg) Meiereibutter 2,05; Landbutter 1,70; Sahne (je l) 1,10; Milch (je l) 0,12.

Fleisch (Ekr. je kg): Größere Bullen 0,46 bis 0,50, Lebendgewicht 0,29 bis 0,31; kleinere Bullen 0,44 bis 0,49, Lebendgewicht 0,24 bis 0,29; Kühe und Rinder, gemästet 0,52 bis 0,57, andere 0,32 bis 0,51, Lebendgewicht 0,16 bis 0,34; Sterken, gemästet 0,52 bis 0,57, andere 0,34 bis 0,49, Lebendgewicht 0,19 bis 0,34; Kälber, gemästet 0,55 bis 0,65, andere 0,38 bis 0,55, Lebendgewicht 0,27 bis 0,45; Schafe, gemästet 0,50 bis 0,55, andere 0,38 bis 0,50; Exportschafffleisch 1,00 bis 1,05, Lebendgewicht franko Abgangsstation 0,41 bis 0,44; Schweine: Bacongewicht und Jungschweine 0,70 bis 0,80; Fleischschweine 0,72 bis 0,74; Fettschweine 0,72 bis 0,76; alte Sauen 0,65 bis 0,70; Lebendgewicht 0,58 bis 0,61.

Felle und Häute (Ekr. je kg): Rinderhäute, frisch I. Sorte 0,70, II. Sorte 0,63, Ausschuhhäute 0,50; gesalzen I. Sorte 0,82, II. Sorte 0,74, Ausschuhhäute 0,60; Kalbfelle, frisch I. Sorte bis 3,5 kg schwer 3,50 je Stück, II. Sorte, schwerere

1,10 je kg; Ausschuhhäute 1,75 je Stück; Schaffelle I. Sorte 3,35 je Stück, II. Sorte 3,00, III. Sorte 2,25, IV. Sorte 1,75, V. Sorte 0,65 je Stück; Pferdehäute, frisch von 20 kg ab 11,00, II. Sorte leichtere 8,00, III. Sorte Ausschuhhäute 5,00 je Stück; gesalzen I. Sorte von 17 kg ab 11,00; II. Sorte, leichtere 8,00; III. Sorte 5,00 je Stück.

Leder (je kg): einheimisches 2,50, amerikanisches I. Sorte 2,75.

Flachs (je kg): R 1,33; HD 1,24; D 1,15; OD 1,06; LOD 0,97; H 0,88.

Metalle (Ekr. je 100 kg): Sorteneisen 21,50; Federstahl 30,00; engl. Zinn 465,00; Blei 40,50; Kupferblech 210,00; Messingblech 180,00; Zinkblech 77,50.

Düngemittel (Ekr. je 100 kg): Superphosphat 18—20 % 5,45; Kalisalz 40 % 11,70; estländ. Phosphorit 3,35; Nitrophoska 24,50.

Fische (Ekr. je kg): Hechte 0,30 bis 0,35; Barse, größere 0,30 bis 0,35, kleinere 0,15 bis 0,25; Zander 1,00 bis 1,20; Aal 1,50 bis 1,80; Strömlinge 0,07 bis 0,08; Brachsen 0,25; Dorsch 0,06 bis 0,10; kleine Revalsche Strömlinge 0,20 bis 0,25; Fludern 0,30 bis 0,35.

Finnland.

(Kurs am 6. Juni 1939: 100 Fmk. = 5,145 RM.)

Großhandelspreise in Helsinki am 6. Juni 1939 (in Fmk. je kg).

Getreide: Roggen 2,25 bis 2,30; Winterweizen 2,20 bis 2,30; Sommerweizen 2,30 bis 2,40; Hafer für Grütze 1,50 bis 1,60 franko Mühle.

Kartoffeln: Speisekartoffeln 0,85 bis 0,90; im staatlichen Getreidelager: 1,00 franko Helsinki und Wiborg.

Butter: Meiereibutter im Großhandel 27,75, im Einzelhandel 29,50; Milch 1,60 je l.

Eier: Qualitätseier 12,50; Exporteier 11,50; kleine Eier und 2. Sorte 10,50 je kg.

Fleisch: Sterken, junge Bullen 9,00 bis 10,00; schwerere Bullen 8,50 bis 9,50; Kühe 6,50 bis 8,00; Mastkälber 10,00 bis 15,00; kleine Kälber 7,00; andere 7,50 bis 10,00; Schafe 8,00 bis 12,00; Schweine unter 80 kg 12,50, schwerere 11,50; Sauen 8,00 bis 9,50.

Viehfutter: Sojaschrot 2,60; Mehl aus Leinsamen 2,65 bis 2,70; Weizenkleie 1,50 bis 1,55; Weizenfuttermehl 1,75 bis 1,80; einheimisches Gerstenfuttermehl 1,60 bis 1,65; Haferfuttermehl 1,45 bis 1,50; Mais 1,75 bis 1,80; Maismehl 1,85 bis 1,90.

Düngemittel: Kalksalpeter 11,00; Chilesalpeter 10,18; Kalkstickstoff 9,00; Ammoniumsulfat 8,25; Kalisalz 40 % 3,70; Superphosphat, ausländ. 3,80; Kotkaphosphat 3,30; Knochenmehl 3,60.

Aus den osteuropäischen Fachzeitschriften.

Alle Artikel, über die in dieser Spalte berichtet wird, liegen beim Wirtschaftsinstitut für die Oststaaten, Königsberg (Pr), im Wortlaut vor.

Interessenten erhalten auf Wunsch Auszüge oder vollständige Uebersetzungen.

Polen.

Nationalwirtschaft.

Ziel und Aufgabe des Institutes zur Unterstützung von Erfindungen am Museum für Technik und Industrie in Warschau. „Przemysl Naftowy“ (Erdölindustrie), Lemberg, Nr. 7, 1939.

Die vornehmlichste Aufgabe dieses Institutes ist die Unterstützung polnischer Erfindungen zugunsten der Nationalwirtschaft. Dieses Ziel soll erreicht werden durch Klärung derjenigen technischen Probleme, die einer Bearbeitung zwecks Verbesserung bedürfen, und entsprechende Anregung in Erfinderkreisen, durch Untersuchung der angemeldeten

Erfindungen auf ihren technischen und wirtschaftlichen Wert und durch Rechtsschutz in ganz besonderen Fällen, sowie Unterstützung bei der Organisierung der Produktion. L.

Wehrwirtschaft.

Projekt eines wichtigen Gesetzes über die Verkehrsmittel im Dienste der Landesverteidigung. „Auto“ (Auto), Warschau, Nr. 3, 1939.

Der polnische Ministerrat hat am 27. Januar 1939 ein Gesetzesprojekt über die Verwendung der Verkehrsmittel im Dienste der Landesverteidigung beschlossen, das noch in der laufenden Sitzungsperiode dem Sejm und Senat

zur Annahme vorgelegt werden soll. Das Projekt unterscheidet grundsätzlich zwei Phasen: 1. die Vorbereitungszeit während des Friedens und 2. die Zeit des Krieges. Im Frieden haben die entsprechenden militärischen Stellen in Übereinstimmung mit den zivilen, staatlichen und privaten Verkehrsbehörden sowie Organisationen, alle vorhandenen Maßnahmen (Musterung der Kraftfahrzeuge, Probemobilmachungen u. ä.) zu treffen. Die den Eigentümern dadurch entstehenden Kosten übernimmt der Staat. Bei Ausbruch eines Krieges sind automatisch sämtliche Verkehrsmittel den zuständigen staatlich-militärischen Stellen unterstellt und erfolgt sofort die Uebernahme des dazu gehörigen Personals in die Wehrmacht (Wehrmachtstransportdienstpflicht bis zum 60. Lebensjahr). Weiter enthält das Gesetz Vorschriften über Geheimhaltung staatspolitisch wichtiger Angelegenheiten und sieht Strafen bei Nichtbefolgen obiger Verordnungen vor. L.

Die Rolle der Lastkraftwagen bei der Landesverteidigung in Polen. „Przemysł Naftowy“ (Erdölindustrie), Lemberg, Nr. 6, 1939.

Im Rahmen eines Artikels aus englischer Quelle über das Thema „Die Rolle der Lastkraftwagen bei der Landesverteidigung“ wird hier auf die Verhältnisse in Polen näher eingegangen, wobei auf die Verordnung vom Frühjahr 1935 hingewiesen wird, laut der alle Lastkraftwagen und Traktoren für fünf Jahre von jeglichen Steuern befreit sind. Diese Verordnung ist in verteidigungspolitischen Sinne zu verstehen. Desgleichen die Verordnung vom Herbst 1938, die auch Prämien für Lastwagen, Autobusse, Traktoren usw. vorsieht, welche im eigenen Lande hergestellt und erstmalig in der Zeit vom Dezember 1935 bis März 1938 registriert worden sind. Die Höhe der Prämien ist von der Verwendungsmöglichkeit der einzelnen Lastkraftwagen entsprechend ihrem Fassungsvermögen, Motorstärke usw. abhängig gemacht. Eine weitere staatliche Förderung des Lastkraftwagenwesens bedeutet die kürzlich erschienene Verordnung, wonach die Umsatzsteuer für Benzin von 3 auf 1½ % herabgesetzt und sämtliche industriellen Autounternehmungen für 10 Jahre vollkommen von dieser Umsatzsteuer befreit sind. L.

Binnenwasserstraßen.

Das Investitionsprogramm für Binnenwasserstraßen von Ing. H. Herbich,

„Polska Gospodarcza“ (Das wirtschaftliche Polen), Warschau, Nr. 16, 1939.

Das Büro für Wasserwege des Verkehrsministeriums hat das Arbeitsprogramm für 1939 bekanntgegeben, das in diesem Artikel näher besprochen wird. Die Investitionen gliedern sich in zwei Gruppen: 1. Energiewirtschaft und Schutz vor Ueberschwemmungen, 2. Instandhaltung und Verbesserung von Binnenwasserstraßen. Der Verfasser gibt die aus einzelnen Fonds zur Verfügung gestellten Kredite an und behandelt sodann eingehend die vordringlichsten Arbeiten (das Wasserkraftwerk in Roznow, das Sammelbecken in Czchow, das Wasserkraftwerk in Turniszki, das Staubecken in Porabka u. a.). Von den Binnenwasserstraßen werden die Verbindung des Zentralen Industriegebietes mit dem oberschlesischen Kohlenrevier, die Regulierung der Weichsel und ihrer Zuflüsse, der Goplo-Warthe-Kanal, der Königskanal, der Steinkanal u. a. besprochen. Bs.

Erdöl.

Zukunftsansichten der polnischen Petroleumindustrie von Prof. Ing. Z. Pielski, „Przeglad Gorniczo-Hutniczy“ (Rundschau für Bergbau und Hüttenwesen), Kattowitz, Nr. 2, 1939.

Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß die Petroleumherzeugung in Polen seit einigen Jahren ständig abnimmt. In diesem Jahre decke das gewonnene Petroleum nicht mehr den inländischen Bedarf für Beleuchtungszwecke und, bei der zu erwartenden zunehmenden Motorisierung Polens, bereits im Jahre 1940 auch nicht mehr den Bedarf an Benzin. Die geologischen Untersuchungen berechtigen zu der Annahme, daß noch viele, bisher unbekannte Quellen vorhanden sind, insbesondere im Karpathengebiet. Beschleunigte Suchbohrungen aus staatlichen Geldern müßten in den nächsten fünf Jahren zentral von dem Staatlichen Geologischen Institut durchgeführt werden. Der Verfasser gibt weiterhin neue Einnahmequellen des Staates zur Finanzierung dieser Suchaktion in Gestalt einer zusätzlichen geringen Besteuerung von Benzin, Oel usw. an, weist auf die Unzulänglichkeit der bisherigen Bohrungen und auf die große Bedeutung des Erdöls für Bestand und Entwicklung des Zentralen Industriegebietes, sowie für die Schlagkraft einer modernen Armee hin. L.

Erdgas.

Erdgasentdeckungen des „Pionier“ im östlichen Industriezentrum Polens (C. O. P.). „Przemysł Naftowy“ (Erdölindustrie), Lemberg, Nr. 6, 1939.

In den Jahren 1935 bis 1938 sind von der Gesellschaft „Pionier“ im östlichen Teil des Zentralindustrialgebietes zahlreiche Bodenuntersuchungen zur Feststellung von Erdgasquellen durchgeführt worden, die ein vielversprechendes Ergebnis zeigten, zumal es sich um völlig unerforschte Gebietsteile handelte. Zahlreiche Hand- und Kernbohrungen bis zu einer Tiefe von 380 m führten schließlich zur Entdeckung von Erdgasquellen im Gebiet Chodnowice—Popowice östlich Przemysł und in der Umgebung von Jarosław, während bis dahin nur die Quellen in Daszawa, Kosow und Kalusz bekannt waren. Das Gas der neu entdeckten Quellen setzt sich aus Methan, Äthan und Propan zusammen. Von Seiten der polnischen Regierung sind bereits geeignete Maßnahmen zur Gewinnung und Ausbeutung dieser Gase getroffen und mit Bohrungen bis zu einer Tiefe von 1000 m begonnen worden. L.

Litauen.

Kreditwesen.

Die Kreditwirtschaft 1938 von M. Ragevicius, „Tautos Ukis“ (Volkswirtschaft), Nr. 18, Mai 1939.

In Litauen sind 393 Kreditinstitute vorhanden, die sich in 1 Staatsbank, 1 Landbank, 1 staatliche Sparkasse, 6 Aktienbanken, 1 Bankhaus, 13 Kreditvereine und 369 Kreditgenossenschaften gliedern. Die Bilanzsumme dieser gesamten Anstalten betrug am 1. Januar 1939 773,1 Mill. Lit. Der Bericht gibt eine ausführliche Darstellung über die Höhe der geschäftlichen Verpflichtungen der einzelnen Bankunternehmen. Jo.

Industrie.

Die Rationalisierung der Industrie von Ing. K. Stapulionis, „Tautos Ukis“ (Volkswirtschaft), Nr. 19, Mai 1939.

Die Industrialisierung in Litauen stütze sich auf die Initiative des einzelnen Unternehmers. Aus Mangel an Facharbeitern und Kapital hielt die Industrie mit dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt unserer Zeit nicht Schritt. Im Jahre 1939 bestanden 16 081 Betriebe, davon nur 1380 mit 5 und mehr Arbeitern. Der Staat konnte den einheimischen Erzeugnissen nur durch Zölle einen gewissen Schutz gewähren. Der Verfasser dieses Berichtes setzt sich für

eine Liquidation der vielen Zwergbetriebe im Interesse einer Rationalisierung der einzelnen Wirtschaftsgebiete ein. Jo.

Die neugegründete Industrie ist planvoll zu gestalten von Ing. St. Stulginskis, „Lietuvos Aidas“ (Das litauische Echo), Nr. 280, 7. Juni 1939.

Der Bericht behandelt die Probleme der Konzentration von Industrien in den Städten. Der Verfasser warnt bei Errichtung neuer Betriebe vor den Fehlern der westeuropäischen Staaten. Da das Anwachsen zu Großstädten volkspolitisch eine große Gefahr bedeutet, tritt Stulginskis für eine zweckmäßige Verteilung der industriellen Betriebe über das ganze Land ein. Jo.

Die Fellbearbeitungsindustrie und ihre Aussichten von Dipl.-ekon. V. Povilaitis, „Tautos Ukis“ (Volkswirtschaft), Nr. 19, Mai 1939.

In diesem Artikel über den jüngsten litauischen Industriezweig werden, an Hand von reichem Zahlenmaterial, einige Aufschlüsse über den heutigen Stand der Fellbearbeitung und Ausfuhr gegeben. Anfang 1939 waren in diesem Wirtschaftszweig 8 größere Betriebe mit 200 ständigen Arbeitern beschäftigt, die heimische und in größeren Mengen eingeführte Rohstoffe verarbeiten. Die Einfuhr von unbearbeiteten Fellen, die 1929 nur 62 400 Lit betrug, ist im Jahre 1938 auf 1 525 200 Lit gestiegen. Jo.

Landwirtschaft.

Die augenblickliche Lage der Landwirtschaft und ihre kommenden Aufgaben. „Tautos Ukis“ (Volkswirtschaft), Nr. 18, Mai 1939.

Der Landwirtschaftsminister Dr. I. Krikiūnias berichtete auf einer Versammlung der Landwirtschaftskammer über die Lage der Landwirtschaft nach dem Verlust des Memellandes. Die Regierung will durch staatliche Eingriffe eine Intensivierung dieses für den Export so wichtigen Wirtschaftszweiges herbeiführen. Der Minister gab in knapper Form einen Umriß über die wirtschaftliche Entwicklung und beendete seine Ausführungen mit einem kurzen Ausblick auf die kommende Arbeit. Jo.

Die Landarbeiterfrage. „XX. Amzius“ (20. Jahrhundert), Nr. 103, 8. Mai 1939.

Auch in Litauen hat sich in letzter Zeit ein Fehlen von Arbeitskräften für die Landwirtschaft bemerkbar gemacht. Der Bericht stellt eine Untersuchung über den Grund dieser Erscheinungen

an und kommt zu dem Ergebnis, daß nur eine vollständige Neuordnung der Arbeitsorganisation Abhilfe schaffen könne. Jo.

Fischerei.

Die Fischerei in Litauen von Ing. V. Taujenis, „Musu Girios“ (Unsere Wälder), Nr. 5, Mai 1939.

In drei Abschnitten bringt der Verfasser einen guten Ueberblick über Anzahl und Größe der Gewässer in den einzelnen Kreisen, über den Fischreichtum und die Einnahmen aus den Fischereibetrieben. Seine Darstellungen belegt er mit eingehendem Zahlenmaterial. Jo.

Forstwirtschaft.

Der Holzhandel im Jahre 1938 von Dipl.-Forstwirt Jameikis, „Musu girios“ (Unsere Wälder), Nr. 3, März 1939.

Der bekannte Forstwirt gibt eine Uebersicht über den litauischen Holzhandel in den letzten Jahren. Seine Angaben geben ein aufschlußreiches Bild über den Holzausfuhrhandel und über die Preisfrage in der Forstwirtschaft. Jo.

Lettland.

Außenhandel.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern in den letzten fünf Jahren von A. Kampe, „Ekonomists“ (Volkswirt), Riga, Nr. 10, 1939.

Der Leiter des Vertragsdepartements im Außenministerium gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der lettischen Außenhandelsbeziehungen, wobei er sich näher mit den Grundfragen des Außenhandels, mit dem Verhältnis zu Deutschland und England als Handelspartner, und mit den Veränderungen durch Entstehung des großdeutschen Wirtschaftsraumes befaßt. R.

Verwaltung.

Das Kammersystem in Lettland von R. Lindenbergs, „Ekonomists“ (Volkswirt), Riga, Nr. 10, 1939.

Innerhalb von fünf Jahren hat die lettische nationale Regierung in den vier Wirtschaftskammern für Handel und Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Arbeiterfragen eine neuartige Wirtschaftsverwaltung geschaffen, die an Stelle der bisherigen privaten Organisationen getreten ist. Im vorliegenden Aufsatz wird auf die Grundgedanken des neuen Systems eingegangen. R.

Wegebau.

Der Bau von Landstraßen und Brücken im erneuerten Lettland von Ing. J.

Melnalksnis, „Cels und Satiksmē“ (Weg und Verkehr), Riga, Nr. 9, 1939.

Der Direktor des Auto- und Landstraßendepartements gibt einen Ueberblick über die in den letzten fünf Jahren durchgeführten Bauvorhaben auf seinem Arbeitsgebiet. An den größeren Arbeiten waren auch deutsche Firmen beteiligt. R.

Estland.

Spinnereindustrie.

Die Versorgung der Flachsspinnereien mit Rohstoffen von Agr. J. Ritslaid, „Majandustead“ (Wirtschaftsnachrichten), Reval, Nr. 18, Mai 1939.

Der Verfasser beschäftigt sich mit der Ausfuhr und dem einheimischen Verbrauch von Flachs und Hanf, sowie mit der Einfuhr von Flachsfasern nach Estland, die etwa 5% des Jahresbedarfs der Spinnereien darstellt. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Besserung der Qualität der an die einheimischen Spinnereien verkauften Rohstoffe anzustreben sei, um den Bedarf an ausländischem Flachs noch weiter zu verringern. K. v. F.

Landwirtschaft.

Die Landwirtschaftszählung von Dr. Agr. E. Jaska, „Majandustead“ (Wirtschaftsnachrichten), Reval, Nr. 23, Juni 1939.

Der Artikel befaßt sich mit einzelnen Fragen der im Jahre 1939/40 vorgesehenen landwirtschaftlichen Zählung und zeigt die Aufgaben, die Landwirtschaft, Fischerei und Gartenbau zu erfüllen haben werden. Auf dieser Grundlage könne eine zweckmäßige Verteilung der Anbaufläche, Produktionslenkung und Erbteilung vorgenommen werden. Auch die Absatzmärkte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Lenkung von Arbeitskräften aus den zahlreichen Kleinwirtschaften in die größeren Betriebe, sowie der Anbau von Winterobst sollen Gegenstand der Untersuchungen sein. K. v. F.

Sowjetunion.

Maschinenbau.

Rückständigkeit der russischen Schlepperindustrie. „Maschinostrojenije“ (Maschinenbau), Moskau, Nr. 245, 1938.

Die Leistungen der sowjetrussischen Schlepperindustrie geben schon lange zu verschiedenen Klagen Anlaß und scheinen keinesfalls besser geworden zu sein. In den ersten drei Quartalen 1938 sind insgesamt statt der für den be-

treffenden Zeitabschnitt vorgesehenen 29 800 Maschinen tatsächlich nur 23 400 gebaut worden, was 78,7 % des Planes entspricht. Besonders schlimm ist es um verschiedene neue Schlepper- und Motortypen bestellt. So hätte das Schlepperwerk in Tscheljabinsk 700 Schlepper mit Gasgeneratoren bauen sollen, tatsächlich sind aber nur 154 hergestellt worden. J.

Brennstoffe.

Stroh als Brennstoff für Gasgeneratoren. „Mechanisazija i elektrifikazija sozial. sel'skochosjaistwa“ (Mechanisierung und Elektrifizierung der sozialistischen Landwirtschaft), Moskau, Nr. 10/11, 1938.

Seit längerer Zeit werden in der UdSSR verschiedene Brennstoffe auf ihre Brauchbarkeit für landwirtschaftliche Gasgeneratoren hin untersucht. So hat u. a. auch das Industrie-Institut in Leningrad eine Reihe von Versuchen mit Stroh durchgeführt, um festzustellen, inwieweit es sich zu diesem Zweck verwenden läßt. Es hat sich dabei gezeigt, daß seine physikalisch-chemischen Eigenschaften denen des Holzes und Torfes nahestehen und der Trockendestillationsprozeß einen ähnlichen Verlauf nimmt. In der Hauptsache besteht das Stroh aus Zellstoff ($C_6H_{10}O_5$), Kieselsäure (SiO_2) und Wasser. Sein Heizwert erreicht etwa 4,700 WE/kg. J.

Holzkohlengewinnung in der UdSSR von N. Suslow, „Industrija“ (Industrie), Moskau, Nr. 54, 1939.

Die Holzkohlenerzeugung der Sowjetunion weist in den letzten Jahren einen Rückgang auf, der sich besonders in der Eisengießerei unangenehm bemerkbar macht, da sie auf diesen Brennstoff angewiesen ist. Allein im Uralgebiet ist die Produktion von 3,3 Mill. cbm 1932 auf 3 Mill. cbm 1936 gesunken. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß verschiedene Meiler außer Betrieb gesetzt wurden, sondern auch mit der Rückständigkeit der angewandten Herstellungsverfahren zu erklären. Es werden nämlich hauptsächlich Meiler nach der Methode von Schwarz im Handbetrieb verwendet, die meist schon seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts im Gebrauch sind und nur sechs bis acht cbm täglich leisten. Die Bauart dieser Meiler läßt auch eine Mechanisierung kaum zu. Zu ihren Nachteilen gehört ferner, daß wertvolle chemische Erzeugnisse wie Essigsäure, Azethon und Methylalkohol verloren gehen. J.

Metalllegierungen.

Kalzium-Silikat-Beimischungen zu Grau- und Temperguß von S. Saltykow, „Sel'skochosjaistwennaja maschina“ (Landwirtschaftliche Maschine), Moskau, Nr. 11, 1938.

Um die Güte des Gußeisens und Stahls zu erhöhen, ist es üblich geworden, ihnen verschiedene Beimischungen in sehr kleinen Mengen zu geben. Besonders gut scheint sich eine Legierung mit Kalziumsilikat zu bewähren, die aus 33–36 % Ca, 60–65 % Si, ca. 2 % Fe, etwa 2 % Al und höchstens 0,5 % C besteht. Die von einem sowjetrussischen Werk angestellten Versuche haben gezeigt, daß solch ein Zusatz die Graphitbildung wesentlich beschleunigt. J.

Aerodynamik.

Neue Windturbinen TW-5 in der Landwirtschaft, „Mechanisazija i elektrifikazija sozial. sel'sk. chosjaistwa“ (Mechanisierung und Elektrifizierung der sozialistischen Landwirtschaft), Moskau, Nr. 1, 1939.

Trotz mehrfacher Verordnungen bleibt die Windturbinenproduktion der UdSSR weit hinter den Planzißern zurück, so daß die Landwirtschaft die Luftenergie nur zu einem geringen Teile ausnutzen kann. 1936 wurden z. B. nur etwa 2100 Windturbinen mit einer Gesamtleistung von 6300 PS gebaut und 1937 nur 1400 mit 5000 PS. Jetzt verspricht man sich viel von dem neuen, erheblich vervollkommenen System TW-5. J.

Landmaschinen.

Russische elektrische Raupenschlepper von N. Sasanow, „Elektrischestwo“ (Elektrizität), Moskau, Nr. 11, 1938.

Kürzlich wurde ein Raupenschlepper gebaut, der bei einer Drehzahl von 60 PS aufweist, wobei die Fahrgeschwindigkeiten 3,5 und 6,7 km in der Stunde betragen. Der Motor wiegt 420 kg, die ganze Maschine mit Kabeln aber 11 t. Die Prüfung des neuen Schleppers verlief im allgemeinen zufriedenstellend und ergab: (im 1. Gang) Wirkungsgrad 0,67, Stromverbrauch zum Pflügen von 1 ha 72,5 kW/Std.; (im 2. Gang) Wirkungsgrad 0,69, Stromverbrauch zum Pflügen von 1 ha 64,2 kW/Std. J.

Vakuumanlage zur Tierreinigung, „Mechanisazija i elektrifikazija sozial. sel'sk. chosjaistwa“ (Mechanisierung und Elektrifizierung der sozialistischen Landwirtschaft), Moskau Nr. 2/3, 1939.

Das Institut für Mechanik und Elektrizität in der Landwirtschaft (Zweigstelle in Dnepropetrowsk) hat kürzlich

eine Vakuumbürste zur Reinigung von Haustieren hergestellt, die sich bewährt zu haben scheint. Es handelt sich um ein elyptisches Gerät mit einem Striegel in der Mitte. Der Apparat wird von einem gewöhnlichen Staubsauger be-

dient und soll etwa 212 mm WS schaffen. In 10 Minuten können damit, wie es heißt, 283 gr Staub gesammelt werden. Das Institut ist jetzt dabei, eine größere Anlage zu bauen, um gleichzeitig zehn Tiere zu reinigen. J.

Osteuropäische Wirtschaftsliteratur.

Ostraum.

Schultze - Pfaelzer, Gerhard: Die Große Grenze. Streifzüge am Rande Europas. Berlin 1938, Safari-Verlag, 379 S., 24 Abb., 5,80 RM.

Es war ein guter Gedanke, jene „Große Grenze“ — ein sehr wahres Wort! — in ihrem ganzen Verlaufe vom Finnischen Meerbusen, ja sogar vom Eismeer bis zum Schwarzen Meere, und ebenso den Raum zwischen ihr, d. h. der Sowjetgrenze, und der deutschen Ostgrenze, den man auch als Zwischeneuropa bezeichnet hat, einmal in seinen vielfältigen völkerkundlichen und geschichtlichen Verflechtungen zusammenfassend zu betrachten. Keine andere Grenze der Welt kommt dieser „Großen Grenze“ an tiefgreifender Wirkung gleich, nicht nur heute, sondern auch in früheren Zeiten. Man kann ohne weiteres sagen, daß Schultze-Pfaelzers Buch ein sehr geeigneter und noch dazu sympathischer Führer durch das Gewirr dieser Fragen ist. Seine Sprache hat zuweilen dichterischen Schwung; die unverkennbare praktische Kenntnis all dieser Länder und Völker und das Wissen um ihre Geschichte befähigen den Verfasser zu eindrucksvollen Gegenüberstellungen von Ereignissen und Gestalten und zu schlagkräftigen Formulierungen. Es ist hier nicht möglich, den Inhalt auch nur anzudeuten; jedenfalls erhält man in unterhaltender Form eine an eigenwilligen Auffassungen reiche Einführung in die Geschichte, Kulturgeschichte und Gegenwartslage der Randstaaten einschließlich Rumäniens. Man möchte wünschen, daß sich die Begeisterung des Verfassers für die Probleme dieses auch für uns schicksalhaften Raumes noch vielen anderen mitteilen möge. Freilich bleiben auch manche für das Gesamtbild sehr wichtige Tatsachen unerwähnt, so z. B. das Ost-Judentum, das doch gerade in diesen Landstrichen seine eigentliche Kraftquelle besitzt und zum mindesten dem städtischen Leben aller dieser Länder von Litauen bis zur Donaumündung einen einheitlichen Stempel aufdrückt, und außerdem hätte wohl

gerade im Falle Polens das endlose Einstromen deutscher Kultureinflüsse und deutschen Blutes stärker herausgestellt werden können, zumal eben diese deutschen Aufbaukräfte zur Herausbildung der „Großen Grenze“ auch maßgeblich beigetragen haben.

Bruno Plaetschke.

Litauen.

Lietūkis. Agricultural Co-operative Society of Lithuania. Kaunas 1939, Spindulys-Verlag, 23 Seiten, mit einer Karte.

Diese in englischer Sprache abgefaßte Broschüre gibt einen kurzen Bericht über die litauische Landwirtschaftsgenossenschaft. Die Einleitung bringt einige geschichtliche Tatsachen. Die Gründer und Organisatoren dieser Gesellschaft waren der frühere Ministerpräsident Dr. Tubelis und Prof. Šalčius. Es werden die Organisation, der Aufbau, die Mitgliedsbewegung und die Handelsbeziehungen dargestellt. Eine beigelegte Karte von Litauen zeigt die Standorte der einzelnen Genossenschaften mit ihren Anlagen. Die kleine Schrift ist mit zahlreichem Bildmaterial ausgestattet. Lothar Johnke.

Estland.

Meyer-Willudda, Dr. Erich: Wirtschaftsgeographie von Estland. Schriften des Institutes für Osteuropäische Wirtschaft, Stuttgart 1939, Verl. Kohlhammer, VI und 215 Seiten, Preis brosch. RM 6,—.

Der Verfasser, der Estland aus eigener Erfahrung kennt, hat mit dem vorliegenden, umfangreichen Werk eine wertvolle Ergänzung der deutschen Wirtschaftsliteratur über die Oststaaten geschaffen. Ausgehend von den natürlichen Grundlagen des Landes beschäftigt er sich in weiteren gut durchdachten und gegliederten Hauptteilen mit der Siedlungs-, Verkehrs- und Produktionsgeographie. Dabei bleibt er stets mit der lebendigen Wirtschaft der Gegenwart verbunden, würdigt die Entwicklung und Vorzüge, läßt es aber auch nicht an wohl abgewogener, sachkundiger Kritik fehlen. Bei dem Abschluß aller Wirtschaftszweige geht der Ver-

fasser auch auf die heutige Wirtschafts- und Handelspolitik ein und setzt sie in besondere Beziehung zu Deutschland. Dadurch wird das Buch auch für den weitschauenden Kaufmann und Wirtschaftler wertvoll, dem es wertvolle Richtlinien für seinen Einsatz bietet. Die lebendige, anschauliche Darstellung macht das Lesen angenehm und hilft über manchen notwendig trockenem Stoff hinweg. Jedem, der sich mit den Oststaaten befaßt und besonders mit der Wirtschaft Estlands sich vertraut machen will, bietet das vorliegende Werk eine ausgezeichnete Grundlage.

Erich Thiel.

Finnland.

Finlands Statskalender för Året 1939 (Finlands Staatskalender für das Jahr 1939). Herausgegeben von der Universität Helsinki. Helsinki 1938. Verlag Weilin & Göös A/B. 612 S. (+ 122). Preis geb. 7,50 RM.

Das Nachschlagewerk enthält neben den ausländischen diplomatischen Vertretern in Finnland alle Behörden und Einrichtungen in Finnland mit den Namen der betreffenden Beamten. Der Anhang bringt Angaben über die Stempelsteuer, Verkehrsbestimmungen, Post- und Telegrafwesen, ein Verzeichnis der im Jahre 1939 stattfindenden Märkte und Markttag, sowie statistische Tabellen über die Bevölkerung in den Städten und Flecken. Endlich enthält der Kalender ein Personen-, Orts- und Sachregister.

K. v. Fersen.

Sowjetunion.

Buchholz, Dr., Forstmeister: Der Rückzug der UdSSR vom Weltholzmarkt. Sonderdruck der Zeitschrift „Für Weltforstwirtschaft“, Band VI, Heft 3, Dez. 1938, Verlag J. Neumann, Neudamm. 26 S.

In fesselnder Weise zeigt der Verfasser in Schrift und Bild, wie durch jahrzehntelangen Raubbau die Südhälfte des europäischen Teiles der Sowjetunion vollkommen entwaldet wurde, so daß heute nur noch der fast menschenleere Norden mit Forsten bestanden ist. Ferner führt er das völlig unzureichende Eisenbahnnetz und besonders den durch das rücksichtslose Abholzen der Ufer stark gesunkenen Wasserstand, sowie die dadurch bedingte Verstopfung vieler Flüsse mit Holzmassen, die den Trans-

port immer mehr erschweren, ja stellenweise unmöglich machen, als Ursache der sich ständig zuspitzenden Krise in der Forst- und Holzwirtschaft an. Dazu kommt noch die in der UdSSR überall zutage tretende Korruption. All diese Erscheinungen bilden den Grund für die Tatsache, daß bei einer Gesamtwaldfläche von 993 Mill. ha und einem Gesamtvorrat von 32 Milliarden m ein katastrophaler, immer fühlbarer werden der Holz-mangel besteht, dem gegenüber die Machthaber vollständig ratlos sind, da bisher alle ihre Maßnahmen versagten.

W. Frhr. von Ungern-Sternberg.

Ferner Osten.

Jahresbericht und Uebersicht über die Tätigkeit des Vorstandes und Beirates der Deutschen Handelskammer Shanghai für das Geschäftsjahr 1938/39.

Der Bericht der Handelskammer vermittelt einen Einblick in die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse Chinas. Es wird festgestellt, daß es den Japanern 1938 gelungen ist, alle wichtigen Plätze des Nordens bis hinunter zum Yangtse zu besetzen und an den Flüssen hinauf weit in das Land einzudringen. Wirtschaftlich ist dagegen weniger erreicht. Für die ausländischen und auch deutschen Firmen ist die Lage äußerst schwierig. In Nanking, Hankow und Kanton liegt das Geschäftsleben vollkommen brach, ebenso an allen kleineren Küstenplätzen. In Shanghai selbst ist die Lage ebenso kompliziert. Neue chinesische Aufträge bleiben wegen der Transporthemmungen in das Innere fast ganz aus. Eine kleine Belebung brachte die Wiederinstandsetzung und der Aufbau neuer chinesischer Spinnereien, Webereien und sonstiger Kleinindustrien in oder um die fremden Niederlassungen in Shanghai. Ein neues Tätigkeitsfeld eröffnete sich durch die Belieferung japanischer Behörden, doch bietet hier die Frage der Finanzierung erhebliche Schwierigkeiten. Alle diese heutigen Möglichkeiten sind nur ein Minimum, ein Bruchteil des einst so blühenden Geschäftes. Solange Shanghai und auch die anderen Handelsplätze von dem an sich warenhungrigen Hinterlande abgeschnitten sind, kann sich kein gesunder Handel entwickeln.

Erich Thiel.

Diesem Heft unserer Zeitschrift liegt ein Verzeichnis des Ost-Europa-Verlages, Königsberg (Pr) bei, das wir der Beachtung empfehlen.



Die Deutsche Ostmesse

erschließt die Märkte des Ostraumes

Das Warenangebot von über 2500 Ausstellern aller Branchen, darunter aus zwölf Staaten des Ostens und Nordens, bietet jedem Kaufmann des In- und Auslandes — insbesondere dem deutschen Importeur und Exporteur — Gelegenheit, Geschäfte abzuschließen und sich über Geschäftsmöglichkeiten im Ostraum zu unterrichten

Die 27. Deutsche Ostmesse findet v. 20.-23. August 1939 statt

Internationale Warenmustermesse
Technische und Baumesse
Landwirtschaftsausstellung
Handwerksausstellung
Fachausstellungen
Große Auslandsbeteiligung

Das der Ostmesse angegliederte Wirtschaftsinstitut für die Oststaaten dient der planvollen Förderung des Ostexports durch Information über Absatzmöglichkeiten, Auskunftserteilung und Beratung, Berichterstattung über den osteuropäischen Wirtschaftsraum, Auskunftseinholung durch Vertrauensleute, Export-Propaganda

Nähere Auskunft durch das

M e ß a m t K ö n i g s b e r g (P e)

Ostmessehaus, Adolf-Hitler-Straße 6—8

Königsbergs

handels- u. Industriehafen

ist der

Zwischenhandelsplatz Mittel- und Westeuropas

im Verkehr mit den Oststaaten

Niedrige Hafengebühren

Günstige und preiswerte Bedingungen
für Umschlag und Lagerung aller Güter

Allen Anforderungen fortgeschrittener Technik
entsprechende Umschlagsanlagen

Lagerhäuser, auch heizbare Räume

Silospeicher mit den neuesten Bearbeitungs-
maschinen, insbesondere auch Reinigungs-
maschinen für Rundgetreide

Regelmäßige Verbindung nach allen Hafens-
plätzen der Ostsee, Nordsee und des Kanals

Auskunft erteilt die

Königsberger Hafengesellschaft

m. b. H.